

Synopse Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

HGO

Aktuelle Fassung	Neue Fassung	Begründung
<p style="text-align: center;">§ 4c</p> <p style="text-align: center;">Beteiligung von Kindern und Jugendlichen</p> <p>Die Gemeinde soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die Gemeinde über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 4c</p> <p style="text-align: center;">Beteiligung von Kindern und Jugendlichen</p> <p>(1) Die Gemeinde soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. <b>Zur Berücksichtigung der besonderen Belange soll die Gemeinde geeignete Verfahren entwickeln, hierzu können Gremien eingerichtet werden.</b></p> <p>(2) <b>Soweit geeignete Verfahren gem. Abs. 1 entwickelt wurden, können Kindern und Jugendlichen in den Organen der Gemeinde, ihren Ausschüssen sowie den Ortsbeiräten Antrags-, Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten eingeräumt werden.</b></p> <p>(3) <b>Die Gemeinde regelt per Satzung die nähere Ausgestaltung der Kinder- und Jugendbeteiligung.</b></p>	<p>Zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen sowie Seniorinnen und Senioren werden die §§ 4c und 8c HGO sowie dementsprechend die §§ 4c und 8a HKO geändert. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird in § 4c HGO und HKO zentral geregelt. Insbesondere eröffnet die gesetzliche Regelung die Möglichkeit, dass die Kommunen eine institutionalisierte Form der Beteiligung in Form bestimmter Gremien wie Kinder- und Jugendparlamente, Beiräte oder durch Beauftragte installieren können. Zur Geltendmachung ihrer Anliegen kann den Kindern und Jugendlichen bzw. den eingerichteten Gremien ein Antrags-, Anhörungs-, Vorschlags-, und Rederecht in den Gremien der Landkreise, der Städte und Gemeinden eingeräumt werden. Die Form der Beteiligung und deren Umfang sollte den Kommunen zur Entscheidung überlassen werden. In der Praxis hat sich gezeigt, dass je nach örtlichen Strukturen für die eine Gemeinde eine institutionalisierte Form der Beteiligung vorteilhafter, in anderen Kommunen eher projektbezogene Beteiligungen gewünscht werden. Viele positive Beispiele aus der Praxis zeigen, dass das kommunale Selbstverwaltungsrecht und die Entscheidungen vor Ort die besten Ergebnisse liefern. Als Neuerung wird ebenfalls eingeführt, dass der Umfang der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zentral per Satzung festzulegen ist</p>

		und nicht mehr jedem einzelnen Gremium innerhalb der Kommune obliegt.
<p>§ 8b</p> <p>Bürgerentscheid</p> <p>(1) Die Bürger einer Gemeinde können über eine wichtige Angelegenheit der Gemeinde einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren). Auch die Gemeindevertretung kann anstelle einer eigenen Entscheidung die Durchführung eines Bürgerentscheids beschließen; der Beschluss bedarf der Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder (Vertreterbegehren).</p> <p>(2) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Weisungsaufgaben und Angelegenheiten, die kraft Gesetzes dem Gemeindevorstand oder dem Bürgermeister obliegen,</li> <li>2. Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung und die Frage, ob die Stelle des Bürgermeisters ehrenamtlich verwaltet werden soll,</li> <li>3. die Rechtsverhältnisse der Gemeindevertreter, der Mitglieder des Gemeindevorstands und der sonstigen Gemeindebediensteten,</li> <li>4. die Haushaltssatzung (einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe), die Gemeindeabgaben (außer der Entscheidung über den Erhebungsmodus des gemeindlichen Straßenbeitrags nach § 11a Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Abgaben) und die Tarife der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Gemeinde,</li> <li>5. die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 112) der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe,</li> </ol> <p>5a. Entscheidungen im Rahmen der Bauleitplanung</p>	<p>§ 8b</p> <p>Bürgerentscheid</p> <p>(1) Die Bürger einer Gemeinde können über eine wichtige Angelegenheit der Gemeinde einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren). Auch die Gemeindevertretung kann anstelle einer eigenen Entscheidung die Durchführung eines Bürgerentscheids beschließen; der Beschluss bedarf der Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder (Vertreterbegehren).</p> <p>(2) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Weisungsaufgaben und Angelegenheiten, die kraft Gesetzes dem Gemeindevorstand oder dem Bürgermeister obliegen,</li> <li>2. Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung und die Frage, ob die Stelle des Bürgermeisters ehrenamtlich verwaltet werden soll,</li> <li>3. die Rechtsverhältnisse der Gemeindevertreter, der Mitglieder des Gemeindevorstands und der sonstigen Gemeindebediensteten,</li> <li>4. die Haushaltssatzung (einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe), die Gemeindeabgaben (außer der Entscheidung über den Erhebungsmodus des gemeindlichen Straßenbeitrags nach § 11a Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Abgaben) und die Tarife der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Gemeinde,</li> <li>5. die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 112) der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe,</li> </ol> <p>5a. Entscheidungen im Rahmen der Bauleitplanung</p>	

<p>mit Ausnahme des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches,</p> <p>6. Entscheidungen im Rechtsmittelverfahren sowie über</p> <p>7. Anträge, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen.</p> <p>(3) Das Bürgerbegehren ist schriftlich bei dem Gemeindevorstand einzureichen; richtet es sich gegen einen Beschluss der Gemeindevertretung, muss es innerhalb von acht Wochen nach Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht sein. Es muss die zu entscheidende Frage, eine Begründung und einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten sowie bis zu drei Vertrauenspersonen bezeichnen, die zur Entgegennahme von Mitteilungen und Entscheidungen der Gemeinde sowie zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Gemeindevorstand ermächtigt sind. Das Bürgerbegehren muss in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern von mindestens 3 Prozent, in Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern von mindestens 5 Prozent und in den sonstigen Gemeinden von mindestens 10 Prozent der bei der letzten Gemeindewahl amtlich ermittelten Zahl der wahlberechtigten Einwohner unterzeichnet sein; die Wahlberechtigung der Unterzeichner muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein. § 3a des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung. Der Gemeindevorstand unterrichtet auf Wunsch vor der Sammlung der Unterschriften über die beim Bürgerbegehren einzuhaltenden gesetzlichen Bestimmungen.</p> <p>(4) Ein Bürger- oder Vertreterbegehren darf nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten drei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid durchgeführt worden ist. Über die</p>	<p>mit Ausnahme <b>des verfahrenseinleitenden Beschlusses sowie sonstige Angelegenheiten, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens, eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung oder eines abfallrechtlichen, immissionsschutzrechtlichen, wasserrechtlichen oder vergleichbaren Zulassungsverfahrens zu entscheiden sind.</b></p> <p>6. Entscheidungen im Rechtsmittelverfahren sowie über</p> <p>7. Anträge, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen.</p> <p>(3) Das Bürgerbegehren ist schriftlich bei dem Gemeindevorstand einzureichen; richtet es sich gegen einen Beschluss der Gemeindevertretung, muss es innerhalb von acht Wochen nach Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht sein. Es muss die zu entscheidende Frage, eine Begründung und einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten sowie bis zu drei Vertrauenspersonen bezeichnen, die zur Entgegennahme von Mitteilungen und Entscheidungen der Gemeinde sowie zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Gemeindevorstand ermächtigt sind. Das Bürgerbegehren muss in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern von mindestens 3 Prozent, in Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern von mindestens 5 Prozent und in den sonstigen Gemeinden von mindestens 10 Prozent der bei der letzten Gemeindewahl amtlich ermittelten Zahl der wahlberechtigten Einwohner unterzeichnet sein; die Wahlberechtigung der Unterzeichner muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein. § 3a des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung. Der Gemeindevorstand unterrichtet auf Wunsch vor der Sammlung der Unterschriften über die beim Bür-</p>	<p>Zukünftig wird der Begriff des Aufstellungsbeschlusses durch denjenigen des „verfahrenseinleitenden Beschlusses“ ersetzt. Damit ist klargestellt, dass der jeweils erste sachbezogene Beschluss in einer Bauleitplanung weiterhin bürgerentscheidsfähig ist. Dies kann auch der Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB sein.</p> <p>Planfeststellungsverfahren und Bürgerbegehren können zu widersprechenden Ergebnissen und damit zu einer nicht vertretbaren Verzögerung des geplanten Vorhabens führen. Im Rahmen solcher Verfahren sind regelmäßig vielschichtige Abwägungsprozesse durchzuführen, die nur schwer auf eine mit Ja oder Nein zu beantwortende Frage im Rahmen eines Bürger- oder Vertreterbegehrens reduziert werden können.</p> <p>Für Planfeststellungsverfahren, die in besonderen Rechtsvorschriften angeordnet werden, gelten grundsätzlich die Regelungen der §§ 72 ff. des VwVfG. Um zu einem möglichst umfassenden Anwendungsbereich zu gelangen, müssen nicht nur die Planfeststellungsverfahren, in denen die Gemeinde selbst planende Behörde ist, sondern auch die Verfahrenshandlungen Einschluss finden, in denen die Gemeinde im Rahmen einer von anderen Rechtsträgern betriebenen Planung z. B. durch Stellungnahmen eingebunden ist. Für die durch besondere Rechtsvorschriften anzuordnenden förmlichen Verwaltungsverfahren enthalten §§ 63 ff. VwVfG besondere Verfahrensvorschriften. Im förmlichen Verwaltungsverfahren sind die Verpflichtung zur Anhörung der Beteiligten und damit eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen.</p> <p>Ausgeschlossen werden sollen daneben weitere Angelegenheiten z. B. in abfallrechtlichen, immissi-</p>
--	--	---

<p>Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet die Gemeindevertretung. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn die Gemeindevertretung die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahmen beschließt. Die Gemeindevertretung kann mit Zustimmung der Vertrauenspersonen Unstimmigkeiten im Wortlaut der Fragestellung des Bürgerbegehrens bereinigen. Eine Beanstandung des Zulassungsbeschlusses nach § 138 ist nur innerhalb von sechs Wochennach der Beschlussfassung zulässig.</p> <p>(5) Wird ein Bürgerentscheid durchgeführt, muss den Bürgern die von den Gemeindeorganen vertretene Auffassung dargelegt werden.</p> <p>(6) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern mindestens 15 Prozent, in Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern mindestens 20 Prozent und in den sonstigen Gemeinden mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Ist die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit nicht erreicht worden, hat die Gemeindevertretung die Angelegenheit zu entscheiden. Finden an einem Tag mehrere Bürgerentscheide statt und werden die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen jeweils von einer ausreichenden Mehrheit so beantwortet, dass die Bürgerentscheide inhaltlich nicht miteinander zu vereinbaren sind, dann gilt die Mehrheitsentscheidung, für welche die größere Zahl von gültigen Stimmen abgegeben wurde. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Gemeindewahlleiter in einer Sitzung des Wahlausschusses zieht.</p> <p>(7) Der Bürgerentscheid, der die nach Abs. 6 erfor-</p>	<p>gerbegehren einzuhaltenden gesetzlichen Bestimmungen.</p> <p>(4) Ein Bürger- oder Vertreterbegehren darf nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten drei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid durchgeführt worden ist. Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet die Gemeindevertretung. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn die Gemeindevertretung die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahmen beschließt. Die Gemeindevertretung kann mit Zustimmung der Vertrauenspersonen Unstimmigkeiten im Wortlaut der Fragestellung des Bürgerbegehrens bereinigen. Eine Beanstandung des Zulassungsbeschlusses nach § 138 ist nur innerhalb von sechs Wochennach der Beschlussfassung zulässig.</p> <p>(5) Wird ein Bürgerentscheid durchgeführt, muss den Bürgern die von den Gemeindeorganen vertretene Auffassung dargelegt werden.</p> <p>(6) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern mindestens 15 Prozent, in Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern mindestens 20 Prozent und in den sonstigen Gemeinden mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Ist die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit nicht erreicht worden, hat die Gemeindevertretung die Angelegenheit zu entscheiden. Finden an einem Tag mehrere Bürgerentscheide statt und werden die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen jeweils von einer ausreichenden Mehrheit so beantwortet, dass die Bürgerentscheide inhaltlich nicht miteinander zu</p>	<p>onsschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Zulassungsverfahren. Auch in diesen Verfahren, z.B. im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung in immissionsschutzrechtlichen Verfahren, findet eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung statt. Soweit Kommunen hier für Genehmigungen und sonstige Entscheidungen zuständig sind, handeln sie im übertragenen Wirkungskreis, so dass diese Entscheidungen einem Bürgerbegehren ohnehin nicht zugänglich sind, weil Bürgerbegehren nur den eigenen Wirkungskreis betreffen können. Ein Anwendungsbereich könnte sich aber z. B. im Hinblick auf eine Stellungnahme der Kommune im Rahmen eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens ergeben.</p>
--	---	---

<p>derliche Mehrheit erhalten hat, hat die Wirkung eines endgültigen Beschlusses der Gemeindevertretung. Die Gemeindevertretung kann einen Bürgerentscheid frühestens nach drei Jahren abändern. Die §§ 63 und 138 finden keine Anwendung.</p> <p>(8) Das Nähere regelt das Hessische Kommunalwahlgesetz.</p>	<p>vereinbaren sind, dann gilt die Mehrheitsentscheidung, für welche die größere Zahl von gültigen Stimmen abgegeben wurde. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Gemeindewahlleiter in einer Sitzung des Wahlausschusses zieht.</p> <p>(7) Der Bürgerentscheid, der die nach Abs. 6 erforderliche Mehrheit erhalten hat, hat die Wirkung eines endgültigen Beschlusses der Gemeindevertretung. Die Gemeindevertretung kann einen Bürgerentscheid frühestens nach drei Jahren abändern. Die §§ 63 und 138 finden keine Anwendung.</p> <p>(8) Das Nähere regelt das Hessische Kommunalwahlgesetz.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 8c</p> <p>Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Beiräten, Kommissionen und Sachverständigen</p> <p>(1) Kindern und Jugendlichen können in ihrer Funktion als Vertreter von Kinder- oder Jugendinitiativen in den Organen der Gemeinde und ihren Ausschüssen sowie den Ortsbeiräten Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten eingeräumt werden. Entsprechendes gilt für Vertreter von Beiräten, Kommissionen und für Sachverständige. Die zuständigen Organe der Gemeinde können hierzu entsprechende Regelungen festlegen.</p> <p>(2) Die Regelung des § 88 Abs. 2 bleibt unberührt</p>	<p style="text-align: center;">§ 8c</p> <p><b>Interessenvertretung für ältere Menschen, sonstige Beiräte, Kommissionen</b></p> <p>(1) <b>Die Gemeinde kann zur Wahrung der Interessen älterer Menschen einen Beirat einrichten. Anstelle eines Beirates kann auf Beschluss der Gemeindevertretung auch ein Beauftragter für die Belange älterer Menschen bestellt werden.</b></p> <p>(2) <b>Zur Berücksichtigung besonderer Belange kann die Gemeinde weitere Beiräte mit beratender Funktion bilden.</b></p> <p>(3) <b>Beiräten, Beauftragten für ältere Menschen, Kommissionen und Sachverständigen können in den Organen der Gemeinde, ihren Ausschüssen sowie den Ortsbeiräten Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten in den Angelegenheiten eingeräumt werden, die ihren Aufgabenbereich betreffen. Die Gemeinde regelt per Satzung die weitere Ausgestaltung der Beiräte, des Beauftragten</b></p>	<p>Eine Berücksichtigung der Interessen von Seniorinnen und Senioren wird in § 8 c Abs. 1 HGO und § 8a Abs. 1 HKO besonders hervorgehoben. Die Beteiligung kann in Form von Beiräten aber auch durch Beauftragte sichergestellt werden. Angesichts des breiten Meinungsspektrums beim Umfang der Beteiligung und um den unterschiedlichen Anforderungen in den Kommunen nach der Reichweite der Beteiligung von Seniorinnen und Senioren gerecht zu werden, obliegt es der Entscheidung der örtlichen Kreis-/Gemeindevertretung, per Satzung die Beteiligung der Seniorenvertretung festzulegen. Gleiches gilt für andere Beiräte, Kommissionen und Sachverständige.</p>

	<p>für ältere Menschen, für Kommissionen und Sachverständige.</p> <p>(4) Die Regelung des § 88 Abs. 2 bleibt unberührt.</p>	
<p>§ 17 Rechtsfolgen, Auseinandersetzung</p> <p>(1) In der Vereinbarung nach § 16 Abs. 3 ist insbesondere der Umfang der Grenzänderung zu regeln und sind Bestimmungen über den Tag der Rechtswirksamkeit und, soweit erforderlich, über das Ortsrecht, die Verwaltung, die Rechtsnachfolge, die Auseinandersetzung und den Wahltag einer Nachwahl nach § 32 Abs. 1 des Kommunalwahlgesetzes zu treffen (Grenzänderungsvertrag). Wird eine neue Gemeinde gebildet, muss die Vereinbarung auch Bestimmungen über die vorläufige Wahrnehmung der Aufgaben der Gemeindeorgane der neuen Gemeinde enthalten. Für die vorläufige Wahrnehmung der Aufgaben des Bürgermeisters in der neu gebildeten Gemeinde bestellt die obere Aufsichtsbehörde einen Beauftragten; § 141 gilt entsprechend. Auf die Bestellung kann verzichtet werden, wenn ein hauptamtlicher Beigeordneter nach § 16 Abs. 3 Satz 6 vorhanden ist. Wird eine Gemeinde in eine andere Gemeinde eingegliedert, muss die Vereinbarung auch Bestimmungen über die vorläufige Vertretung der Bevölkerung der eingegliederten Gemeinde durch die Gemeindevertreter der eingegliederten Gemeinde in der Gemeindevertretung der aufnehmenden Gemeinde bis zur nächsten regelmäßigen Wahl oder einer Nachwahl treffen. Der Gemeindevertretung der aufnehmenden Gemeinde muss mindestens ein Gemeindevertreter der eingegliederten Gemeinde angehören, im Übrigen sind bei der Bestimmung der Zahl</p>	<p>§ 17 Rechtsfolgen, Auseinandersetzung</p> <p>(1) In der Vereinbarung nach § 16 Abs. 3 ist insbesondere der Umfang der Grenzänderung zu regeln und sind Bestimmungen über den Tag der Rechtswirksamkeit und, soweit erforderlich, über das Ortsrecht, die Verwaltung, die Rechtsnachfolge, die Auseinandersetzung und den Wahltag einer Nachwahl nach § 32 Abs. 1 des Kommunalwahlgesetzes zu treffen (Grenzänderungsvertrag). Wird eine neue Gemeinde gebildet, muss die Vereinbarung auch Bestimmungen über die vorläufige Wahrnehmung der Aufgaben der Gemeindeorgane der neuen Gemeinde enthalten. Für die vorläufige Wahrnehmung der Aufgaben des Bürgermeisters in der neu gebildeten Gemeinde bestellt die obere Aufsichtsbehörde einen Beauftragten; § 141 gilt entsprechend. Auf die Bestellung kann verzichtet werden, wenn ein hauptamtlicher Beigeordneter nach § 16 Abs. 3 Satz 6 vorhanden ist. Wird eine Gemeinde in eine andere Gemeinde eingegliedert, muss die Vereinbarung auch Bestimmungen über die vorläufige Vertretung der Bevölkerung der eingegliederten Gemeinde durch die Gemeindevertreter der eingegliederten Gemeinde in der Gemeindevertretung der aufnehmenden Gemeinde bis zur nächsten regelmäßigen Wahl oder einer Nachwahl treffen. Der Gemeindevertretung der aufnehmenden Gemeinde muss mindestens ein Gemeindevertreter der eingegliederten Gemeinde angehören, im Übrigen sind bei der Bestimmung der Zahl</p>	<p>Die Änderung dient der Klarstellung. Aufgrund unterschiedlicher Nachfragen im Rahmen der bisher durchgeführten Fusionsprozesse hinsichtlich der bestehenden Formulierung, erfolgt durch die Änderung nunmehr eine eindeutige Festlegung. Die an der Fusion beteiligten Kommunen haben Kenntnis davon, welche öffentlichen Bücher von der Grenzänderung betroffen sind und berichtigt werden müssen.</p>

<p>der Gemeindevertreter der eingegliederten Gemeinde in der Gemeindevertretung der aufnehmenden Gemeinde die örtlichen Verhältnisse und der Bevölkerungsanteil zu berücksichtigen. Im Falle des Satz 3 muss die Vereinbarung ferner Bestimmungen über eine befristete Vertretung der eingegliederten Gemeinde bei Streitigkeiten über die Vereinbarung treffen.</p> <p>(2) Der Grenzänderungsvertrag bedarf der Genehmigung der oberen Aufsichtsbehörde. Die obere Aufsichtsbehörde hat den Grenzänderungsvertrag mit dem Genehmigungsvermerk im Staatsanzeiger für das Land Hessen öffentlich bekannt zu machen. In Fällen von geringer Bedeutung genehmigt die Aufsichtsbehörde die Vereinbarung über die Grenzänderung. Geringe Bedeutung hat eine Grenzänderung, wenn sie nicht mehr als drei Prozent des Gebiets der abgebenden Gemeinde und nicht mehr als insgesamt 200 Einwohner erfasst. Die beteiligten Gemeinden haben den Grenzänderungsvertrag mit dem Genehmigungsvermerk der Aufsichtsbehörde nach den für ihre Satzungen geltenden Vorschriften öffentlich bekannt zu machen.</p> <p>(3) Enthält die Vereinbarung nach § 16 Abs. 3 keine erschöpfende Regelung oder kann wegen einzelner Bestimmungen die Genehmigung nicht erteilt werden, ersucht die zuständige Aufsichtsbehörde die Gemeinden, die Mängel binnen angemessener Frist zu beseitigen. Kommen die Gemeinden einem solchen Ersuchen nicht nach, trifft die zuständige Aufsichtsbehörde die im Interesse des öffentlichen Wohls erforderlichen Bestimmungen.</p> <p>(4) Bei einer Änderung der Gemeindegrenzen durch Gesetz werden die Rechtsfolgen und die</p>	<p>der Gemeindevertreter der eingegliederten Gemeinde in der Gemeindevertretung der aufnehmenden Gemeinde die örtlichen Verhältnisse und der Bevölkerungsanteil zu berücksichtigen. Im Falle des Satz 3 muss die Vereinbarung ferner Bestimmungen über eine befristete Vertretung der eingegliederten Gemeinde bei Streitigkeiten über die Vereinbarung treffen.</p> <p>(2) Der Grenzänderungsvertrag bedarf der Genehmigung der oberen Aufsichtsbehörde. Die obere Aufsichtsbehörde hat den Grenzänderungsvertrag mit dem Genehmigungsvermerk im Staatsanzeiger für das Land Hessen öffentlich bekannt zu machen. In Fällen von geringer Bedeutung genehmigt die Aufsichtsbehörde die Vereinbarung über die Grenzänderung. Geringe Bedeutung hat eine Grenzänderung, wenn sie nicht mehr als drei Prozent des Gebiets der abgebenden Gemeinde und nicht mehr als insgesamt 200 Einwohner erfasst. Die beteiligten Gemeinden haben den Grenzänderungsvertrag mit dem Genehmigungsvermerk der Aufsichtsbehörde nach den für ihre Satzungen geltenden Vorschriften öffentlich bekannt zu machen.</p> <p>(3) Enthält die Vereinbarung nach § 16 Abs. 3 keine erschöpfende Regelung oder kann wegen einzelner Bestimmungen die Genehmigung nicht erteilt werden, ersucht die zuständige Aufsichtsbehörde die Gemeinden, die Mängel binnen angemessener Frist zu beseitigen. Kommen die Gemeinden einem solchen Ersuchen nicht nach, trifft die zuständige Aufsichtsbehörde die im Interesse des öffentlichen Wohls erforderlichen Bestimmungen.</p> <p>(4) Bei einer Änderung der Gemeindegrenzen durch Gesetz werden die Rechtsfolgen und die</p>	
--	--	--

<p>Auseinandersetzung im Gesetz oder durch Verordnung geregelt. Das Gesetz kann dies auch der Regelung durch Vereinbarung überlassen, die der Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde bedarf. Kommt diese Vereinbarung nicht zustande, gilt Abs. 3 entsprechend.</p> <p>(5) Die Genehmigung des Grenzänderungsvertrags und die Entscheidung der Aufsichtsbehörde über die Auseinandersetzung begründen Rechte und Pflichten der Beteiligten. Sie bewirken den Übergang, die Beschränkung oder Aufhebung von dinglichen Rechten. Die Aufsichtsbehörde ersucht die zuständigen Behörden um die Berichtigung der öffentlichen Bücher.</p> <p>(6) Rechtshandlungen, die aus Anlass der Änderung des Gemeindegebiets erforderlich werden, sind frei von öffentlichen Abgaben und Gebühren.</p>	<p>Auseinandersetzung im Gesetz oder durch Verordnung geregelt. Das Gesetz kann dies auch der Regelung durch Vereinbarung überlassen, die der Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde bedarf. Kommt diese Vereinbarung nicht zustande, gilt Abs. 3 entsprechend.</p> <p>(5) Die Genehmigung des Grenzänderungsvertrags und die Entscheidung der Aufsichtsbehörde über die Auseinandersetzung begründen Rechte und Pflichten der Beteiligten. Sie bewirken den Übergang, die Beschränkung oder Aufhebung von dinglichen Rechten. Die <b>beteiligten Kommunen ersuchen</b> die zuständigen Behörden um Berichtigung der öffentlichen Bücher.</p> <p>(6) Rechtshandlungen, die aus Anlass der Änderung des Gemeindegebiets erforderlich werden, sind frei von öffentlichen Abgaben und Gebühren.</p>	
<p>§ 24a</p> <p>Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ohne wichtigen Grund die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit ablehnt oder ihre Ausübung verweigert,</li> <li>2. die Pflichten des § 24 oder des § 26 verletzt.</li> </ol> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu eintausend Euro geahndet werden.</p> <p>(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Gemeindevorstand.</p>	<p>§ 24a</p> <p>Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ohne wichtigen Grund die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit ablehnt oder ihre Ausübung verweigert,</li> <li>2. die Pflichten <del>des § 24 oder des § 26</del> der §§ 24, 26 oder 26a verletzt.</li> </ol> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu <del>eintausend</del> <b>fünftausend</b> Euro geahndet werden.</p> <p>(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Gemeindevorstand.</p>	<p>Mit der Aufnahme des § 26a in Abs. 1 Nr. 2 wurde eine Rechtsgrundlage zur Verhängung einer Geldbuße bei der Verletzung der Anzeigepflicht nach § 26a HGO geschaffen. In der Vergangenheit kamen Mandatsträger ihrer Anzeigepflicht oftmals nicht oder erst nach mehrfacher Aufforderung nach. In der Praxis hat sich zudem gezeigt, dass der derzeitige Betrag in Höhe von bis zu 1.000 € nicht mehr zeitgemäß ist. Der Rahmenbetrag wurde daher entsprechend erhöht.</p>
<p>§ 25</p>	<p>§ 25</p>	

<p>Widerstreit der Interessen</p> <p>(1) Niemand darf in haupt- oder ehrenamtlicher Tätigkeit in einer Angelegenheit beratend oder entscheidend mitwirken, wenn er</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. durch die Entscheidung in der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil erlangen kann,</li> <li>2. Angehöriger einer Person ist, die zu dem in Nr. 1 bezeichneten Personenkreis gehört,</li> <li>3. eine natürliche oder juristische Person nach Nr. 1 kraft Gesetzes oder in der betreffenden Angelegenheit kraft Vollmacht vertritt (Einzel- oder Gesamtvertretung),</li> <li>4. bei einer natürlichen oder juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 gegen Entgelt beschäftigt ist, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dadurch Befangenheit gegeben ist,</li> <li>5. bei einer juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 als Mitglied des Vorstands, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs tätig ist, es sei denn, dass er diesem Organ als Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde angehört,</li> <li>6. in anderer als öffentlicher Eigenschaft in der Angelegenheit tätig geworden ist. Satz 1 gilt nicht, wenn jemand an der Entscheidung lediglich als Angehöriger einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe beteiligt ist, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden.</li> </ol> <p>(2) Abs. 1 gilt nicht für die Stimmabgabe bei Wahlen und Abberufungen.</p> <p>(3) Ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt, entscheidet das Organ oder Hilfsorgan, dem der Betroffene angehört oder für das er die Tätigkeit ausübt.</p>	<p>Widerstreit der Interessen</p> <p>(1) Niemand darf in haupt- oder ehrenamtlicher Tätigkeit in einer Angelegenheit beratend oder entscheidend mitwirken, wenn er</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. durch die Entscheidung in der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil erlangen kann,</li> <li>2. Angehöriger einer Person ist, die zu dem in Nr. 1 bezeichneten Personenkreis gehört,</li> <li>3. eine natürliche oder juristische Person nach Nr. 1 kraft Gesetzes oder in der betreffenden Angelegenheit kraft Vollmacht vertritt (Einzel- oder Gesamtvertretung),</li> <li>4. bei einer natürlichen oder juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 gegen Entgelt beschäftigt ist, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dadurch Befangenheit gegeben ist,</li> <li>5. bei einer juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 als Mitglied des Vorstands, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs tätig ist, es sei denn, dass er diesem Organ als Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde angehört,</li> <li>6. in anderer als öffentlicher Eigenschaft in der Angelegenheit tätig geworden ist. Satz 1 gilt nicht, wenn jemand an der Entscheidung lediglich als Angehöriger einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe beteiligt ist, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden.</li> </ol> <p>(2) Abs. 1 gilt nicht für die Stimmabgabe bei Wahlen und Abberufungen.</p> <p>(3) Ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt, entscheidet das Organ oder Hilfsorgan, dem der Betroffene angehört oder für das er die Tätigkeit ausübt.</p>	<p>Folgeänderung zur Einfügung des § 52a HGO</p>
---	---	--

<p>(4) Wer annehmen muss, weder beratend noch entscheidend mitwirken zu dürfen, hat dies vorher dem Vorsitzenden des Organs oder Hilfsorgans, dem er angehört oder für das er die Tätigkeit ausübt, mitzuteilen. Wer an der Beratung und Entscheidung nicht teilnehmen darf, muss den Beratungsraum verlassen; dies gilt auch für die Entscheidung nach Abs. 3.</p> <p>(5) Angehörige im Sinne des Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Verlobte,</li> <li>2. der Ehegatte,</li> <li>2a. der eingetragene Lebenspartner,</li> <li>3. Verwandte und Verschwägte gerader Linie,</li> <li>4. Geschwister,</li> <li>5. Kinder der Geschwister,</li> <li>6. Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,</li> <li>6a. eingetragene Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der eingetragenen Lebenspartner,</li> <li>7. Geschwister der Eltern,</li> <li>8. Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).</li> </ol> <p>Angehörige sind die in Satz 1 bezeichneten Personen auch dann, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in den Fällen der Nr. 2, 3 und 6 die die Beziehung begründende Ehe nicht mehr besteht,</li> <li>1a. in den Fällen der Nr. 2a, 3 und 6a die die Beziehung begründende eingetragene Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht,</li> <li>2. in den Fällen der Nr. 3 bis 7 die Verwandtschaft oder Schwägerschaft durch Annahme als Kind erloschen ist,</li> </ol>	<p>(4) Wer annehmen muss, weder beratend noch entscheidend mitwirken zu dürfen, hat dies vorher dem Vorsitzenden des Organs oder Hilfsorgans, dem er angehört oder für das er die Tätigkeit ausübt, mitzuteilen. Wer an der Beratung und Entscheidung nicht teilnehmen darf, muss den Beratungsraum <b>oder die Bild-Ton-Übertragung</b> verlassen; dies gilt auch für die Entscheidung nach Abs. 3.</p> <p>(5) Angehörige im Sinne des Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Verlobte,</li> <li>2. der Ehegatte,</li> <li>2a. der eingetragene Lebenspartner,</li> <li>3. Verwandte und Verschwägte gerader Linie,</li> <li>4. Geschwister,</li> <li>5. Kinder der Geschwister,</li> <li>6. Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,</li> <li>6a. eingetragene Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der eingetragenen Lebenspartner,</li> <li>7. Geschwister der Eltern,</li> <li>8. Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).</li> </ol> <p>Angehörige sind die in Satz 1 bezeichneten Personen auch dann, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in den Fällen der Nr. 2, 3 und 6 die die Beziehung begründende Ehe nicht mehr besteht,</li> <li>1a. in den Fällen der Nr. 2a, 3 und 6a die die Beziehung begründende eingetragene Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht,</li> <li>2. in den Fällen der Nr. 3 bis 7 die Verwandtschaft oder Schwägerschaft durch Annahme als Kind erloschen ist,</li> </ol>	
---	--	--

<p>3. im Falle der Nr. 8 die häusliche Gemeinschaft nicht mehr besteht, sofern die Personen weiterhin wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind.</p> <p>(6) Beschlüsse, die unter Verletzung der Abs. 1 bis 4 gefasst worden sind, sind unwirksam. Sie gelten jedoch sechs Monate nach der Beschlussfassung oder, wenn eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist, sechs Monate nach dieser als von Anfang an wirksam zustande gekommen, wenn nicht vorher der Gemeindevorstand oder der Bürgermeister widersprochen oder die Aufsichtsbehörde sie beanstandet hat; die Widerspruchsfristen der §§ 63 und 74 bleiben unberührt. Die Wirksamkeit tritt nicht gegenüber demjenigen ein, der vor Ablauf der Sechsmonatsfrist ein Rechtsmittel eingelegt oder ein gerichtliches Verfahren anhängig gemacht hat, wenn in dem Verfahren der Mangel festgestellt wird.</p>	<p>3. im Falle der Nr. 8 die häusliche Gemeinschaft nicht mehr besteht, sofern die Personen weiterhin wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind.</p> <p>(6) Beschlüsse, die unter Verletzung der Abs. 1 bis 4 gefasst worden sind, sind unwirksam. Sie gelten jedoch sechs Monate nach der Beschlussfassung oder, wenn eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist, sechs Monate nach dieser als von Anfang an wirksam zustande gekommen, wenn nicht vorher der Gemeindevorstand oder der Bürgermeister widersprochen oder die Aufsichtsbehörde sie beanstandet hat; die Widerspruchsfristen der §§ 63 und 74 bleiben unberührt. Die Wirksamkeit tritt nicht gegenüber demjenigen ein, der vor Ablauf der Sechsmonatsfrist ein Rechtsmittel eingelegt oder ein gerichtliches Verfahren anhängig gemacht hat, wenn in dem Verfahren der Mangel festgestellt wird.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 30 Aktives Wahlrecht</p> <p>(1) Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag</p> <p>1. Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehöriger eines der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland (Unionsbürger) ist,</p> <p>2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat und</p> <p>3. seit mindestens sechs Wochen in der Gemeinde seinen Wohnsitz hat; Entsprechendes gilt für den Ortsbezirk (§ 81).</p>	<p style="text-align: center;">§ 30 Aktives Wahlrecht</p> <p>(1) Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag</p> <p>1. Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehöriger eines der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland (Unionsbürger) ist,</p> <p>2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat und</p> <p>3. seit mindestens sechs Wochen in der Gemeinde seinen Wohnsitz hat; Entsprechendes gilt für den Ortsbezirk (§ 81).</p>	

<p>Bei Inhabern von Haupt- und Nebenwohnungen im Sinne des Melderechts gilt der Ort der Hauptwohnung als Wohnsitz.</p> <p>(2) Hauptamtliche Bürgermeister, hauptamtliche Beigeordnete und Landräte sind ohne Rücksicht auf die Dauer des Wohnsitzes mit dem Amtsantritt in der Gemeinde wahlberechtigt.</p>	<p>Bei Inhabern von Haupt- und Nebenwohnungen im Sinne des Melderechts gilt der Ort der Hauptwohnung als Wohnsitz.</p> <p>(2) Wahlberechtigt ist bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 auch, wer keinen Wohnsitz, aber seit mindestens sechs Wochen vor dem Wahltag seinen dauernden Aufenthalt in der Gemeinde hat.</p> <p><del>(2)</del> (3) Hauptamtliche Bürgermeister, hauptamtliche Beigeordnete und Landräte sind ohne Rücksicht auf die Dauer des Wohnsitzes oder des dauernden Aufenthalts mit dem Amtsantritt in der Gemeinde wahlberechtigt.</p>	<p>Während im Landtagswahlrecht für die Teilnahme an Landtagswahlen neben dem Wohnsitz auch der dauernde Aufenthalt im Land Hessen seit mindestens sechs Wochen (aktives Wahlrecht, § 2 Abs. 2 LWG) bzw. drei Monaten (passives Wahlrecht, § 4 LWG) vor dem Wahltag ausreicht, kennt das Kommunalwahlrecht den Anknüpfungspunkt des dauernden Aufenthaltes nicht. Durch das in der HKO und HGO bisher alternativlose Kriterium des Wohnsitzes im Landkreis oder der Gemeinde wird den in Hessen lebenden Wohnsitzlosen die Teilhabe am demokratischen Legitimationsprozess im Rahmen der Kommunalwahlen verwehrt. Dies stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken insbesondere hinsichtlich des Grundsatzes der Allgemeinheit der Wahl aus Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG.</p> <p>Da Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Wahlgebiet neben dem Landtagswahlrecht auch das Europa- und Bundestagswahlrecht (§§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 6 b Abs. 2 EuWG, § 12 Abs. 1 Nr. 2 BWG) haben, wird mit Blick auf die Harmonisierung des Kommunalwahlrechts mit dem Bundes- und Landtagswahlrecht und aus den genannten verfassungsrechtlichen Gründen als weiterer Anknüpfungspunkt für die Wahlberechtigung bei Kommunalwahlen neben dem Wohnsitz auch der dauernde Aufenthalt in das Gesetz aufgenommen. Neben die Mindestwohnsitzdauer tritt für das aktive und das passive Wahlrecht (siehe Änderung des § 32) jeweils eine entsprechende Mindestaufenthaltsdauer in der Gemeinde oder im Landkreis.</p>
---	--	---

		Eine Regelung hinsichtlich des Antrags wohnungsloser Menschen auf Eintragung in das Wählerverzeichnis wird in die Kommunalwahlordnung (§ 9) aufgenommen; die KWO-Änderung soll zeitgleich mit diesem Gesetz in Kraft treten.
<p>§ 32 Passives Wahlrecht</p> <p>(1) Wählbar als Gemeindevertreter sind die Wahlberechtigten, die am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben; Entsprechendes gilt für den Ortsbezirk (§ 81). § 30 Abs. 1 Satz 2 gilt für die Wählbarkeit entsprechend.</p> <p>(2) Nicht wählbar ist, wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.</p>	<p>§ 32 Passives Wahlrecht</p> <p>(1) Wählbar als Gemeindevertreter sind die Wahlberechtigten, die am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde ihren Wohnsitz <b>oder dauern- den Aufenthalt</b> haben; Entsprechendes gilt für den Ortsbezirk (§ 81). § 30 Abs. 1 Satz 2 gilt für die Wählbarkeit entsprechend.</p> <p>(2) Nicht wählbar ist, wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.</p>	Es wird auf die Begründung zur Änderung des § 30 Bezug genommen.
<p>§ 35 Unabhängigkeit</p> <p>(1) Die Gemeindevertreter üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge und Wünsche der Wähler nicht gebunden.</p> <p>(2) Gemeindevertreter sind ehrenamtlich Tätige im Sinne der §§ 24 bis 26 und des § 27. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Aufsichtsbehörde.</p>	<p>§ 35 Unabhängigkeit</p> <p>(1) Die Gemeindevertreter üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge und Wünsche der Wähler nicht gebunden.</p> <p>(2) Gemeindevertreter sind ehrenamtlich Tätige im Sinne der §§ 24 bis 26 und des § 27. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist <b>die Aufsichtsbehörde der Gemeindevorstand</b>.</p>	Die Änderungen in § 35 Abs. 2, § 82 Abs. 2 und § 86 Abs. 6 führen dazu, dass entsprechend der grundlegenden Regelungen in § 24 HGO der Gemeindevorstand nun auch die zuständige Behörde zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gegen Mitglieder der Gemeindevertretung, der Ortsbeiräte und des Ausländerbeirates ist. Der Gemeindevorstand ist in diesen Fällen sachnäher und daher kompetenter, insbesondere im Hinblick auf eine gegebenenfalls erforderliche Sachverhaltsaufklärung.
<p>§ 36b Ein-Personen-Fraktion</p>	<p><del>§ 36b</del> <del>Ein-Personen-Fraktion</del></p>	Die Regelung zur Ein-Person-Fraktion wird gestrichen, um die Arbeitsfähigkeit der Gemeindevertretungen zu verbessern. Es handelt sich bei der Ein-

<p>(1) Entfällt in einer Gemeinde mit bis zu 23 Gemeindevertretern nach dem Wahlergebnis auf eine Partei oder Wählergruppe nur ein Sitz in der Gemeindevertretung, so hat der entsprechende Gemeindevertreter auch dann die Rechte und Pflichten einer Fraktion, wenn es nicht zu einem Zusammenschluss nach § 36a Abs. 1 kommt (Ein-Personen-Fraktion).</p> <p>(2) Dies gilt mit der Maßgabe, dass die Ein-Personen-Fraktion nicht die Bildung eines Akteneinsichtsausschusses nach § 50 Abs. 2 Satz 2 verlangen kann.</p> <p>(3) Im Fall der Übersendung von Ergebnisniederschriften der Sitzungen des Gemeindevorstands nach § 50 Abs. 2 Satz 4 tritt an die Stelle des Fraktionsvorsitzenden der Gemeindevertreter, der die Ein-Personen-Fraktion bildet.</p>	<p><del>(1) Entfällt in einer Gemeinde mit bis zu 23 Gemeindevertretern nach dem Wahlergebnis auf eine Partei oder Wählergruppe nur ein Sitz in der Gemeindevertretung, so hat der entsprechende Gemeindevertreter auch dann die Rechte und Pflichten einer Fraktion, wenn es nicht zu einem Zusammenschluss nach § 36a Abs. 1 kommt (Ein-Personen-Fraktion).</del></p> <p><del>(2) Dies gilt mit der Maßgabe, dass die Ein-Personen-Fraktion nicht die Bildung eines Akteneinsichtsausschusses nach § 50 Abs. 2 Satz 2 verlangen kann.</del></p> <p><del>(3) Im Fall der Übersendung von Ergebnisniederschriften der Sitzungen des Gemeindevorstands nach § 50 Abs. 2 Satz 4 tritt an die Stelle des Fraktionsvorsitzenden der Gemeindevertreter, der die Ein-Personen-Fraktion bildet.</del></p>	<p>Personen-Fraktion um eine hessische Besonderheit, die keine Entsprechung in einem anderen Land findet und für die keine Notwendigkeit besteht. So hat das OVG NRW bestätigt, dass der Wegfall bzw. die Unzulässigkeit von Sperrklauseln nicht dazu zwingen, auf die gesetzliche Festlegung einer Fraktionsmindeststärke zu verzichten, sondern es im Interesse der Funktionsfähigkeit der Arbeit kommunaler Organe sogar eher gerechtfertigt sein kann, Minderheitenrechte zu beschränken (OVG NRW, HSGZ 2006, 380). Es besteht kein Anspruch von Einzelmandatsträgern, die gleichen Gestaltungsrechte wie eine Fraktion zu bekommen und damit in ihrem Status gleichgesetzt zu werden.</p>																														
<p style="text-align: center;">§ 38</p> <p style="text-align: center;">Zahl der Gemeindevertreter</p> <p>(1) Die Zahl der Gemeindevertreter beträgt in Gemeinden</p> <table><tr><td>bis zu 3 000 Einwohnern</td><td>15</td></tr><tr><td>von 3 001 bis zu 5 000 Einwohnern</td><td>23</td></tr><tr><td>von 5 001 bis zu 10 000 Einwohnern</td><td>31</td></tr><tr><td>von 10 001 bis zu 25 000 Einwohnern</td><td>37</td></tr><tr><td>von 25 001 bis zu 50 000 Einwohnern</td><td>45</td></tr><tr><td>von 50 001 bis zu 100 000 Einwohnern</td><td>59</td></tr><tr><td>von 100 001 bis zu 250 000 Einwohnern</td><td>71</td></tr><tr><td>von 250 001 bis zu</td><td></td></tr></table>	bis zu 3 000 Einwohnern	15	von 3 001 bis zu 5 000 Einwohnern	23	von 5 001 bis zu 10 000 Einwohnern	31	von 10 001 bis zu 25 000 Einwohnern	37	von 25 001 bis zu 50 000 Einwohnern	45	von 50 001 bis zu 100 000 Einwohnern	59	von 100 001 bis zu 250 000 Einwohnern	71	von 250 001 bis zu		<p style="text-align: center;">§ 38</p> <p style="text-align: center;">Zahl der Gemeindevertreter</p> <p>(1) Die Zahl der Gemeindevertreter beträgt in Gemeinden</p> <table><tr><td>bis zu 3 000 Einwohnern</td><td>15</td></tr><tr><td>von 3 001 bis zu 5 000 Einwohnern</td><td>23</td></tr><tr><td>von 5 001 bis zu 10 000 Einwohnern</td><td>31</td></tr><tr><td>von 10 001 bis zu 25 000 Einwohnern</td><td>37</td></tr><tr><td>von 25 001 bis zu 50 000 Einwohnern</td><td>45</td></tr><tr><td>von 50 001 bis zu 100 000 Einwohnern</td><td>59</td></tr><tr><td>von 100 001 bis zu 250 000 Einwohnern</td><td>71</td></tr></table>	bis zu 3 000 Einwohnern	15	von 3 001 bis zu 5 000 Einwohnern	23	von 5 001 bis zu 10 000 Einwohnern	31	von 10 001 bis zu 25 000 Einwohnern	37	von 25 001 bis zu 50 000 Einwohnern	45	von 50 001 bis zu 100 000 Einwohnern	59	von 100 001 bis zu 250 000 Einwohnern	71	
bis zu 3 000 Einwohnern	15																															
von 3 001 bis zu 5 000 Einwohnern	23																															
von 5 001 bis zu 10 000 Einwohnern	31																															
von 10 001 bis zu 25 000 Einwohnern	37																															
von 25 001 bis zu 50 000 Einwohnern	45																															
von 50 001 bis zu 100 000 Einwohnern	59																															
von 100 001 bis zu 250 000 Einwohnern	71																															
von 250 001 bis zu																																
bis zu 3 000 Einwohnern	15																															
von 3 001 bis zu 5 000 Einwohnern	23																															
von 5 001 bis zu 10 000 Einwohnern	31																															
von 10 001 bis zu 25 000 Einwohnern	37																															
von 25 001 bis zu 50 000 Einwohnern	45																															
von 50 001 bis zu 100 000 Einwohnern	59																															
von 100 001 bis zu 250 000 Einwohnern	71																															

<p>500 000 Einwohnern 81  von 500 001 bis zu  1 000 000 Einwohnern 93  über 1 000 000 Einwohnern 105.</p> <p>(2) Durch die Hauptsatzung kann bis spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Wahlzeit die Zahl der Gemeindevertreter auf die für die nächst niedrigere Größengruppe maßgebliche oder eine dazwischenliegende ungerade Zahl festgelegt werden. In der niedrigsten Einwohnergrößenklasse kann die Zahl der Gemeindevertreter bis auf 11 abgesenkt werden. Die Änderung muss mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter beschlossen werden und gilt ab der nächsten Wahlzeit.</p>	<p>von 250 001 bis zu  500 000 Einwohnern 81  von 500 001 bis zu  1 000 000 Einwohnern 93  über 1 000 000 Einwohnern 105.</p> <p>(2) Durch die Hauptsatzung kann bis spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Wahlzeit die Zahl der Gemeindevertreter auf die für die nächst niedrigere Größengruppe maßgebliche oder eine dazwischenliegende ungerade Zahl festgelegt werden. In der niedrigsten Einwohnergrößenklasse kann die Zahl der Gemeindevertreter bis auf 11 abgesenkt werden. Die Änderung <del>muss mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter beschlossen werden</del> und gilt ab der nächsten Wahlzeit.</p>	<p>Das Erfordernis für eine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Änderung der Hauptsatzung mit dem Ziel der Absenkung der Zahl der Gemeindevertreter auf die nächst niedrigere Größengruppe bzw. eine dazwischenliegende ungerade Zahl entfällt. Ein entsprechend hohes Quorum existiert in keinem anderen Land. Zukünftig ist nur noch die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter gem. § 6 Abs. 2 HGO erforderlich, um die Hauptsatzung zu ändern. Dadurch sollen freiwillige Verkleinerungsbeschlüsse erleichtert und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden.</p>
<p>§ 40</p> <p>Rechtsverhältnisse des Bürgermeisters und der Beigeordneten</p> <p>(1) Der hauptamtliche Bürgermeister ist Wahlbeamter in einem Beamtenverhältnis auf Zeit (§ 6 des Hessischen Beamtengesetzes).</p> <p>(2) Für den hauptamtlichen Bürgermeister gilt für den Eintritt in den Ruhestand keine Altersgrenze; § 6 Abs. 3 und 6 sowie die §§ 33 bis 35 des Hessischen Beamtengesetzes finden keine Anwendung. Der hauptamtliche Bürgermeister tritt mit Ablauf der Amtszeit in den Ruhestand, wenn er</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. als Beamter auf Zeit eine Amtszeit von acht Jahren erreicht und</li> <li>2. das 55. Lebensjahr vollendet hat</li> </ol> <p>und nicht erneut in dasselbe oder ein höherwertiges Amt berufen wird.</p> <p>(3) Der hauptamtliche Bürgermeister wird auf sei-</p>	<p>§ 40</p> <p>Rechtsverhältnisse des Bürgermeisters und der Beigeordneten</p> <p>(1) Der hauptamtliche Bürgermeister ist Wahlbeamter in einem Beamtenverhältnis auf Zeit (§ 6 des Hessischen Beamtengesetzes).</p> <p>(2) Für den hauptamtlichen Bürgermeister gilt für den Eintritt in den Ruhestand keine Altersgrenze; § 6 Abs. 3 und 6 sowie die §§ 33 bis 35 des Hessischen Beamtengesetzes finden keine Anwendung. Der hauptamtliche Bürgermeister tritt mit Ablauf der Amtszeit in den Ruhestand, wenn er</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. als Beamter auf Zeit <del>eine Amtszeit</del> <b>Amtszeiten</b> von <del>insgesamt</del> acht Jahren <del>nach diesem Gesetz oder vergleichbarem Landesrecht</del> erreicht und</li> <li>2. das 55. Lebensjahr vollendet hat</li> </ol> <p>und nicht erneut in dasselbe oder ein höherwertiges Amt berufen wird. <b>§ 43 Abs. 1 des Hessischen</b></p>	<p>Durch die Umformulierung in Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 Nr. 1 wird klargestellt, dass künftig alle Zeiten, in denen ein kommunales Wahlbeamtenamt nach HGO und HKO aber auch nach vergleichbaren Gesetzen aus anderen Bundesländern ausgeübt wird, für die in § 40 Abs. 2 bis Abs. 3a maßgeblichen 8 Jahre zusammengerechnet werden. Künftig spielen somit insbesondere Unterbrechungen zwischen zwei Amtszeiten auch bei verschiedenen Wahlämtern (z.B. Bürgermeister, Beigeordneter, Landrat) im Gegensatz zur geltenden Rechtslage keine Rolle mehr. Aber auch entsprechende Amtszeiten aus anderen Bundesländern werden zukünftig für die Erreichung von Amtszeiten im Sinne des § 40 Abs. 2 bis Abs. 3a berücksichtigt. Dies gilt auch für die Zeiten der Weiterführung der Amtsgeschäfte gemäß § 41 HGO. Damit werden weitere Amtszeiten von Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten positive Auswirkungen im Hinblick auf die Möglichkeit haben, in den Ruhestand zu treten.</p>

<p>nen Antrag mit Ablauf der Amtszeit in den Ruhestand versetzt, wenn er</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. als Beamter auf Zeit eine Amtszeit von acht Jahren erreicht und</li> <li>2. das 50. Lebensjahr vollendet hat.</li> </ol> <p>Der Antrag muss vor Ablauf der Amtszeit gestellt werden. Für jeden Monat vor Vollendung des 55. Lebensjahres vermindert sich das Ruhegehalt dauerhaft um 0,3 Prozent (Versorgungsabschlag). Bei einer Amtszeit von 20 Jahren verringert sich der Versorgungsabschlag für jedes weitere volle Jahr um 10 Prozent. Dieser Versorgungsabschlag tritt an die Stelle desjenigen nach § 14 Abs. 3 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2015 (GVBl. S. 158).</p> <p>(4) Tritt der hauptamtliche Bürgermeister nach Abs. 2 oder 3 nicht in den Ruhestand, ist er entlassen. In diesem Fall entsteht ein Anspruch auf Altersgeld nach Maßgabe der §§ 76 und 77 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes. § 77 Abs. 3, 6, 9 Nr. 3 und 4 sowie Abs. 10 Nr. 1 und 2 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes findet keine Anwendung. Bei dem hauptamtlichen Bürgermeister, der als Beamter auf Zeit eine Amtszeit von acht Jahren erreicht hat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. tritt bei Anwendung des § 76 Abs. 2 Nr. 1 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes die Vollendung des 55. Lebensjahres an die Stelle des Erreichens der Regelaltersgrenze nach § 33 Abs. 1 oder 3 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes oder</li> <li>2. endet das Ruhen des Anspruchs auf Zahlung des Altersgeldes nach Vollendung des 50. Lebensjahres auf Antrag.</li> </ol> <p>Abs. 3 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend.</p>	<p><b>Beamtenversorgungsgesetzes bleibt unberührt.</b></p> <p>(3) Der hauptamtliche Bürgermeister wird auf seinen Antrag mit Ablauf der Amtszeit in den Ruhestand versetzt, wenn er</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. als Beamter auf Zeit <b>eine Amtszeit Amtszeiten von insgesamt acht Jahren nach diesem Gesetz oder vergleichbarem Landesrecht</b> erreicht und</li> <li>2. das 50. Lebensjahr vollendet hat.</li> </ol> <p>Der Antrag muss vor Ablauf der Amtszeit gestellt werden. Für jeden Monat vor Vollendung des 55. Lebensjahres vermindert sich das Ruhegehalt dauerhaft um 0,3 Prozent (Versorgungsabschlag). Bei einer Amtszeit von 20 Jahren verringert sich der Versorgungsabschlag für jedes weitere volle Jahr um 10 Prozent. Dieser Versorgungsabschlag tritt an die Stelle desjenigen nach § 14 Abs. 3 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218, 312), zuletzt geändert durch Gesetz vom <b>16. Februar 2023 (GVBl. S. 102)</b>.</p> <p><b>(3a) Der hauptamtliche Bürgermeister ist auf seinen Antrag hin jederzeit in den Ruhestand zu versetzen, wenn er</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. als Beamter auf Zeit <b>Amtszeiten von insgesamt acht Jahren nach diesem Gesetz oder vergleichbarem Landesrecht</b> und</li> <li>2. die Altersgrenze nach § 33 Abs. 1 oder Abs. 3 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes erreicht hat.</li> </ol> <p>(4) Tritt der hauptamtliche Bürgermeister nach Abs. 2 oder 3 nicht in den Ruhestand, ist er entlassen. In diesem Fall entsteht ein Anspruch auf Altersgeld nach Maßgabe der §§ 76 und 77 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes. <b>§§ 76 Abs. 1 Satz 3, 77 Abs. 3, 6, 9 Nr. 3 und 4 sowie Abs. 10 Nr. 1 und 2 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes</b></p>	<p>Durch den neuen Abs. 2 Satz 3 wird klargestellt, dass § 43 HBG auch in den Fällen Anwendung findet, in denen ein kommunaler Wahlbeamter zum Mitglied der Landesregierung ernannt wird. Die dort geregelten Rechtsfolgen treten folglich auch dann ein, wenn der kommunale Wahlbeamte die Voraussetzungen des Abs. 2 Satz 2 noch nicht erfüllt hat und nach dieser Vorschrift noch nicht in den Ruhestand treten könnte.</p> <p>Mit dem neuen Abs. 3a wird eine sogenannte Antragsaltersgrenze wiedereingeführt. Sofern ein kommunaler Wahlbeamter Amtszeiten von 8 Jahren und seine (individuelle) Altersgrenze nach § 33 Abs. 1 oder Abs. 3 HBG erreicht hat, kann er jederzeit auch während einer laufenden Amtszeit auf seinen Antrag hin in den Ruhestand treten. Diese Änderungen hat keine Auswirkungen auf den Wegfall der sog. Lebensaltersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Abs. 2 Satz 1). Sie können weiterhin auch nach Erreichen der Altersgrenze nach § 33 Abs. 1 oder Abs. 3 HBG (erstmalig) zu Wahl antreten und/oder nach dieser Altersgrenze im Amt bleiben.</p> <p>Die Einfügung des § 76 Abs. 1 Satz 3 in die Reihe der in anwendbaren Vorschriften in Abs. 4 dient der Klarstellung. Sie entspricht der bisherigen ständigen Auslegung der Vorschrift, da diese Beamtengruppe ja gerade nicht am Ende ihrer Amtszeit in den Ruhestand treten kann.</p>
---	--	---

<p>(5) In den Fällen des Abs. 4 Satz 1 hat der hauptamtliche Bürgermeister Anspruch auf einen monatlichen Zuschuss zu den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen. Der Zuschuss beträgt</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Hälfte des Krankenversicherungsbeitrages, höchstens jedoch die Hälfte des Betrages, der bei der Krankenkasse zu zahlen wäre, die bei Versicherungspflicht zuständig wäre, und</li> <li>2. die Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Pflegeversicherungsbeitrages, höchstens jedoch die Hälfte des Höchstbeitrages der sozialen Pflegeversicherung.</li> </ol> <p>Der Anspruch besteht auch während des Bezuges von Übergangsgeld. Der Anspruch besteht nur, wenn nach anderen Vorschriften kein Anspruch auf Zuschuss zu Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen oder auf Beihilfe besteht.</p> <p>(6) In den Fällen des Abs. 4 Satz 1 hat der hauptamtliche Bürgermeister Anspruch auf Übergangsgeld nach § 19 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes.</p> <p>(7) Abs. 1 bis 6 gelten entsprechend für den hauptamtlichen Beigeordneten.</p> <p>(8) Der ehrenamtliche Bürgermeister ist Ehrenbeamter (§ 5 des Hessischen Beamtengesetzes). Satz 1 gilt entsprechend für den ehrenamtlichen Beigeordneten. Der ehrenamtliche Beigeordnete ist entlassen, wenn er seine Rechtsstellung als Vertreter verliert.</p>	<p>zes findet keine Anwendung. Bei dem hauptamtlichen Bürgermeister, der als Beamter auf Zeit eine Amtszeit von acht Jahren erreicht hat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. tritt bei Anwendung des § 76 Abs. 2 Nr. 1 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes die Vollendung des 55. Lebensjahres an die Stelle des Erreichens der Regelaltersgrenze nach § 33 Abs. 1 oder 3 des Hessischen Beamtengesetzes oder</li> <li>2. endet das Ruhen des Anspruchs auf Zahlung des Altersgeldes nach Vollendung des 50. Lebensjahres auf Antrag.</li> </ol> <p>Abs. 3 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend.</p> <p>(5) In den Fällen des Abs. 4 Satz 1 hat der hauptamtliche Bürgermeister Anspruch auf einen monatlichen Zuschuss zu den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen. Der Zuschuss beträgt</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Hälfte des Krankenversicherungsbeitrages, höchstens jedoch die Hälfte des Betrages, der bei der Krankenkasse zu zahlen wäre, die bei Versicherungspflicht zuständig wäre, und</li> <li>2. die Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Pflegeversicherungsbeitrages, höchstens jedoch die Hälfte des Höchstbeitrages der sozialen Pflegeversicherung.</li> </ol> <p>Der Anspruch besteht auch während des Bezuges von Übergangsgeld. Der Anspruch besteht nur, wenn nach anderen Vorschriften kein Anspruch auf Zuschuss zu Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen oder auf Beihilfe besteht.</p> <p>(6) In den Fällen des Abs. 4 Satz 1 hat der hauptamtliche Bürgermeister Anspruch auf Übergangsgeld nach § 19 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes.</p>	
---	---	--

	<p>(7) Abs. 1 bis 6 gelten entsprechend für den hauptamtlichen Beigeordneten.</p> <p>(8) Der ehrenamtliche Bürgermeister ist Ehrenbeamter (§ 5 des Hessischen Beamtengesetzes). Satz 1 gilt entsprechend für den ehrenamtlichen Beigeordneten. Der ehrenamtliche Beigeordnete ist entlassen, wenn er seine Rechtsstellung als Vertreter verliert.</p>	
<p>§ 40a</p> <p>Ruhe eines bisherigen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses</p> <p>(1) Wird ein Beamter auf Lebenszeit hauptamtlicher Bürgermeister oder hauptamtlicher Beigeordneter, so ruhen abweichend von § 22 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 des Beamtenstatusgesetzes vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010), geändert durch Gesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), vom Tag der Begründung des Wahlbeamtenverhältnisses an die Rechte und Pflichten aus dem bisherigen Dienstverhältnis mit Ausnahme der Pflicht zur Verschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen. Die Rechte und Pflichten ruhen längstens bis zum Erreichen der Altersgrenze nach § 33 des Hessischen Beamtengesetzes.</p> <p>(2) Nach Beendigung des Wahlbeamtenverhältnisses ist dem Beamten auf Lebenszeit auf seinen Antrag dasselbe Amt derselben Laufbahn zu übertragen wie das Amt, das er im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Zeitpunkt der Begründung des Wahlbeamtenverhältnisses innehatte. § 28 Abs. 2 Satz 1 bis 3 des Hessischen Besoldungsgesetzes gilt entsprechend; die Dienstzeit im Wahlbeamtenverhältnis auf Zeit gilt als gleichwertige Zeit i.S. des</p>	<p>§ 40a</p> <p>Ruhe eines bisherigen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses</p> <p>(1) Wird ein Beamter auf Lebenszeit hauptamtlicher Bürgermeister oder hauptamtlicher Beigeordneter, so ruhen abweichend von § 22 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 des Beamtenstatusgesetzes vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010), geändert durch Gesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), vom Tag der Begründung des Wahlbeamtenverhältnisses an die Rechte und Pflichten aus dem bisherigen Dienstverhältnis mit Ausnahme der Pflicht zur Verschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen. Die Rechte und Pflichten ruhen längstens bis zum Erreichen der Altersgrenze nach § 33 des Hessischen Beamtengesetzes.</p> <p>(2) Nach Beendigung des Wahlbeamtenverhältnisses ist dem Beamten auf Lebenszeit auf seinen Antrag dasselbe Amt derselben Laufbahn zu übertragen wie das Amt, das er im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Zeitpunkt der Begründung des Wahlbeamtenverhältnisses innehatte. § 28 Abs. 2 Satz 1 bis 3 des Hessischen Besoldungsgesetzes gilt entsprechend; die Dienstzeit im Wahlbeamtenverhältnis auf Zeit gilt als gleichwertige Zeit i.S. des</p>	<p>Die Änderungen dienen zum einen der Klarstellung von Fragen, die sich bei der Anwendung der Norm ergeben haben.</p> <p>Der neue Abs. 2 Satz 4 stellt den spätesten Zeitpunkt für die Ausübung des Rückkehrrechts in den Fällen einer Abwahl klar. Dieser Zeitpunkt wird auf das Ende der eigentlichen Amtszeit festgelegt. Die Wahlbeamten haben möglicherweise im Vertrauen auf eine volle Amtszeit (finanzielle) Dispositionen getroffen. Bis zu Ende der eigentlichen Amtszeit erhalten Sie daher eine Absicherung durch § 4 Abs. 3 HBesG und § 17 Abs. 6 HBeamtVG. In jedem Fall kann ein abgewählter Wahlbeamter aber auch bereits zu einem früheren Zeitpunkt einen Antrag auf Rückkehr in sein Lebenszeitbeamtenverhältnis stellen.</p> <p>Durch die Änderung in Abs. 3 wird klargestellt, dass sofern der Antrag nach Abs. 2 durch den Wahlbeamten nicht gestellt wird, die Entlassung auf den Zeitpunkt des Ablaufes der Amtszeit auszusprechen ist und nicht auf den Zeitpunkt des Ablaufes der 3-Monatsfrist.</p> <p>Darüber hinaus wird mittels der neuen Regelung in Abs. 2 Satz 6 eine Doppelalimentation von Wahl-</p>

<p>§ 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes. Der Antrag ist spätestens drei Monate nach Beendigung des Wahlbeamtenverhältnisses zu stellen. Die Wiederverwendung hat spätestens sechs Monate nach Beendigung des Wahlbeamtenverhältnisses zu erfolgen.</p> <p>(3) Wird der Antrag nach Abs. 2 nicht oder nicht fristgerecht gestellt, so ist der Beamte auf Lebenszeit entlassen.</p> <p>(4) Für Richter auf Lebenszeit und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes gelten die Abs. 1 bis 3 entsprechend.</p>	<p>§ 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes. Der Antrag ist spätestens drei Monate nach Beendigung des Wahlbeamtenverhältnisses zu stellen. <b>In den Fällen des § 76 ist der Antrag spätestens drei Monate nach Ablauf der Amtszeit zu stellen.</b> Die Wiederverwendung hat spätestens sechs Monate nach Beendigung des Wahlbeamtenverhältnisses zu erfolgen. <b>Sofern dem hauptamtlichen Bürgermeister oder hauptamtlichen Beigeordneten aus dem Wahlbeamtenverhältnis ein Anspruch auf Ruhegehalt oder Altersgeld nach § 40 Abs. 1 bis 3 oder Abs. 7 dieses Gesetzes, § 76a oder § 17 Abs. 6 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes zusteht, ruht dieser Anspruch, solange er Amtsbezüge aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit erhält.</b></p> <p>(3) Wird der Antrag nach Abs. 2 nicht oder nicht fristgerecht gestellt, so ist der Beamte auf Lebenszeit <b>mit Ablauf der Amtszeit</b> entlassen.</p> <p>(4) Für Richter auf Lebenszeit und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes gelten die Abs. 1 bis 3 entsprechend.</p>	<p>beamten mit Versorgungsanspruch nach Ausübung des Rückkehrrechts ausgeschlossen. Es ist trotz bestehender versorgungsrechtlicher Anrechnungsvorschriften nicht sachgerecht, wenn diese Personen neben der Alimentation aus dem wieder aktiven Lebenszeitbeamtenverhältnis Ruhegehalt oder Altersgeld erhalten.</p> <p>Nach Eintritt in den Ruhestand aus dem Lebenszeitbeamtenverhältnis endet das Ruhen, so dass dann die allgemeinen Regelungen zum Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge Anwendung finden.</p>
<p>§ 42</p> <p>Wahlvorbereitung, Zeitpunkt der Wahl des Bürgermeisters und der hauptamtlichen Beigeordneten</p> <p>(1) Die Wahl des Bürgermeisters wird durch den Wahlausschuss der Gemeinde (§ 5 Hessisches Kommunalwahlgesetz) vorbereitet.</p> <p>(2) Die Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten wird durch einen Ausschuss der Gemeindevertretung vorbereitet. Die Sitzungen dieses Ausschusses sind nicht öffentlich; der Vorsitzende der Gemeindevertretung und seine Stellvertreter, sofern sie nicht Ausschussmitglieder sind, sonstige Ge-</p>	<p>§ 42</p> <p>Wahlvorbereitung, Zeitpunkt der Wahl des Bürgermeisters und der hauptamtlichen Beigeordneten</p> <p>(1) Die Wahl des Bürgermeisters wird durch den Wahlausschuss der Gemeinde (§ 5 Hessisches Kommunalwahlgesetz) vorbereitet.</p> <p>(2) Die Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten wird durch einen Ausschuss der Gemeindevertretung vorbereitet. Die Sitzungen dieses Ausschusses sind nicht öffentlich; der Vorsitzende der Gemeindevertretung und seine Stellvertreter, sofern sie nicht Ausschussmitglieder sind, sonstige Ge-</p>	<p>Die Möglichkeit der Teilnahme von Gemeindebediensteten als Schriftführer an Wahlvorbereitungsausschüssen entspricht einer langjährigen Forderung der Kommunalen Spitzenverbände. Der Sinn und Zweck der Nichtöffentlichkeit der Ausschusssitzungen wird dadurch nicht gefährdet. Die liegen zum einen darin, dass die Ausschussmitglieder frei und unbeeinflusst von äußeren Interessen die Bewerbungen diskutieren können. Zum anderen sollen die Persönlichkeitsrechte der Bewerberinnen und Bewerber gewahrt bleiben (Hessischer VGH, Urteil vom 28.10.1986 - 2 UE 1919/85). Diese Zwecke sind durch die Teilnahme</p>

<p>meindevertreter - mit Ausnahme der Minderheitenvertreter nach § 62 Abs. 4 Satz 2 - und die Beigeordneten sowie Gemeindebedienstete können nicht an den Ausschusssitzungen teilnehmen; über das Ergebnis der Sitzungen dürfen nur an Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstands Auskünfte erteilt werden. Die Stellen der hauptamtlichen Beigeordneten sind öffentlich auszuschreiben. Der Ausschuss hat über das Ergebnis seiner Arbeit in einer öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung zu berichten. Satz bis 4 gelten nicht für die Fälle der Wiederwahl.</p> <p>(3) Die Wahl des Bürgermeisters ist frühestens sechs und spätestens drei Monate vor Freiwerden der Stelle, bei unvorhergesehenem Freiwerden der Stelle spätestens nach vier Monaten durchzuführen. Bei der Bestimmung des Wahltags nach § 42 KWG kann von dem jeweils geltenden Zeitrahmen bis zu drei Monate abgewichen werden, wenn dadurch die gemeinsame Durchführung der Wahl des Bürgermeisters mit einer anderen Wahl oder Abstimmung ermöglicht wird.</p> <p>(4) Die Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten ist frühestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit zulässig und soll spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit vorgenommen sein.</p>	<p>meindevertreter - mit Ausnahme der Minderheitenvertreter nach § 62 Abs. 4 Satz 2 - und die Beigeordneten <del>sowie Gemeindebedienstete</del> können nicht an den Ausschusssitzungen teilnehmen; <b>Gemeindebedienstete dürfen als Schriftführer teilnehmen. Für jedes Ausschussmitglied ist eine Stellvertretung zu berufen, welche im Fall der tatsächlichen Verhinderung an den Ausschusssitzungen teilnehmen kann.</b> Über das Ergebnis der Sitzungen dürfen nur an Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstands Auskünfte erteilt werden. Die Stellen der hauptamtlichen Beigeordneten sind öffentlich auszuschreiben. Der Ausschuss hat über das Ergebnis seiner Arbeit in einer öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung zu berichten. Satz 1 bis 6 gelten nicht für die Fälle der Wiederwahl.</p> <p>(3) Die Wahl des Bürgermeisters ist frühestens sechs und spätestens drei Monate vor Freiwerden der Stelle, bei unvorhergesehenem Freiwerden der Stelle spätestens nach vier Monaten durchzuführen. Bei der Bestimmung des Wahltags nach § 42 KWG kann von dem jeweils geltenden Zeitrahmen bis zu drei Monate abgewichen werden, wenn dadurch die gemeinsame Durchführung der Wahl des Bürgermeisters mit einer anderen Wahl oder Abstimmung ermöglicht wird.</p> <p>(4) Die Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten ist frühestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit zulässig und soll spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit vorgenommen sein.</p>	<p>des Mitglieds der Kreisverwaltung als Schriftführer, der zudem Schriftführer des Kreistags ist, gewahrt. Aufgrund der ihm obliegenden Verschwiegenheitspflichten gemäß § 3 Absatz 1 TVöD i.V.m. § 37 Absatz 1 BeamStG sind die Persönlichkeitsrechte der Bewerberinnen und Bewerber geschützt. (VG Frankfurt a. M. Urt. v. 15.10.2019 – 7 K 6369/17). Die Wahl einer Person zur Schriftführerin bzw. zum Schriftführer, die nicht selbst Ausschussmitglied ist, ermöglicht allen Ausschussmitgliedern vollumfänglich an der Diskussion im Ausschuss teilnehmen zu können.</p> <p>Durch die Einfügung des neuen S. 3 wird die Rechtsfrage geklärt, ob die Ausschussmitglieder sich auch im Wahlvorbereitungsausschuss vertreten lassen können. Für jedes Ausschussmitglied ist künftig genau eine Stellvertretung zu berufen, die im Fall von Verhinderung z.B. durch Erkrankung an der Sitzung teilnehmen kann. Damit ist sichergestellt, dass auch kleine Fraktionen nicht von Informationen ausgeschlossen werden, wenn eine Vertretung im Ausschuss nicht möglich sein sollte. Damit der Kreis der vertraulichen Beratungen nicht unnötig aufgeweitet wird, darf eine Stellvertretung nur im tatsächlichen Verhinderungsfall wahrgenommen werden, nicht aber beispielsweise in jeder Sitzung ein Wechsel zwischen Ausschussmitglied und Stellvertretung ohne sachlichen Grund erfolgen.</p>
<p>§ 46</p> <p>Einführung und Verpflichtung</p> <p>(1) Der Bürgermeister und die Beigeordneten werden spätestens sechs Monate nach ihrer Wahl von</p>	<p>§ 46</p> <p>Einführung und Verpflichtung</p> <p>(1) Der Bürgermeister und die Beigeordneten werden spätestens sechs Monate nach ihrer Wahl <b>und</b></p>	<p>Die Praxis, dass in Hessen die neuen Amtsträger in der Regel vereidigt werden bevor sie das Amt antreten, wird im Gesetz verankert.</p>

<p>dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung in ihr Amt eingeführt und durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.</p> <p>(2) Die Amtszeit der Bürgermeister und Beigeordneten beginnt mit dem Tage der Aushändigung einer Urkunde über die Berufung in ihr Amt oder mit dem in der Urkunde genannten späteren Zeitpunkt. Dem Bürgermeister wird die Urkunde bei der Einführung von seinem Amtsvorgänger ausgehändigt, sofern sich jener noch im Amt befindet. Den Beigeordneten wird die Urkunde vom Bürgermeister überreicht.</p> <p>(3) Für Beigeordnete, die durch Wiederwahl berufen werden, gilt nicht die Vorschrift des Abs. 1; ihre neue Amtszeit beginnt am Tag nach dem Ablauf der bisherigen Amtszeit.</p>	<p><b>vor oder am Tag des Amtsantritts</b> von dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung in ihr Amt eingeführt, <b>nach Aushändigung der Ernennungsurkunde vereidigt</b> und <b>durch Handschlag</b> auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.</p> <p>(2) Die Amtszeit der Bürgermeister und Beigeordneten beginnt mit dem Tage der Aushändigung einer Urkunde über die Berufung in ihr Amt oder mit dem in der Urkunde genannten späteren Zeitpunkt. Dem Bürgermeister wird die Urkunde bei der Einführung von seinem Amtsvorgänger ausgehändigt, sofern sich jener noch im Amt befindet. Den Beigeordneten wird die Urkunde vom Bürgermeister überreicht.</p> <p>(3) Für Beigeordnete, die durch Wiederwahl berufen werden, gilt nicht die Vorschrift des Abs. 1; ihre neue Amtszeit beginnt am Tag nach dem Ablauf der bisherigen Amtszeit.</p>	<p>Die Einführung mittels Handschlag ist beamtenrechtlich nicht konstitutiv. In Coronazeiten hat sich gezeigt, dass die gesetzliche Verpflichtung zu Problemen führen kann. Der Handschlag kann weiterhin auf freiwilliger Basis vorgenommen werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 52 Öffentlichkeit</p> <p>(1) Die Gemeindevertretung fasst ihre Beschlüsse in öffentlichen Sitzungen. Sie kann für einzelne Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausschließen. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit werden in nichtöffentlicher Sitzung begründet, beraten und entschieden; die Entscheidung kann in öffentlicher Sitzung getroffen werden, wenn keine besondere Begründung oder Beratung erforderlich ist. Der Vorsitzende kann im Einvernehmen mit dem Bürgermeister Gemeindebedienstete zu den nicht öffentlichen Sitzungen beiziehen.</p> <p>(2) Beschlüsse, welche in nichtöffentlicher Sitzung gefasst worden sind, sollen, soweit dies angängig</p>	<p style="text-align: center;">§ 52 Öffentlichkeit</p> <p>(1) Die Gemeindevertretung fasst ihre Beschlüsse in öffentlichen Sitzungen. Sie kann für einzelne Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausschließen. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit werden in nichtöffentlicher Sitzung begründet, beraten und entschieden; die Entscheidung kann in öffentlicher Sitzung getroffen werden, wenn keine besondere Begründung oder Beratung erforderlich ist. Der Vorsitzende kann im Einvernehmen mit dem Bürgermeister Gemeindebedienstete zu den nicht öffentlichen Sitzungen beiziehen.</p> <p>(2) Beschlüsse, welche in nichtöffentlicher Sitzung gefasst worden sind, sollen, soweit dies angängig</p>	

<p>ist, nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.</p> <p>(3) Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass in öffentlichen Sitzungen Film- und Tonaufnahmen durch die Medien mit dem Ziel der Veröffentlichung zulässig sind.</p>	<p>ist, nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.</p> <p>(3) Die Hauptsatzung kann bestimmen, dass in öffentlichen Sitzungen Film- und Tonaufnahmen durch die Medien mit dem Ziel der Veröffentlichung zulässig sind. <b>Ferner kann die Hauptsatzung eine Echtzeitübertragung von öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung in Bild und Ton im Internet zulassen und Bestimmungen treffen, in welchem Umfang Aufzeichnungen von öffentlichen Sitzungen zum Abruf bereitgestellt werden.</b></p>	<p>Seit 2011 besteht für hessische Kommunen die Möglichkeit, in der Hauptsatzung zu bestimmen, dass Film- und Tonaufnahmen von öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung mit dem Ziel der Veröffentlichung zulässig sind. Diese Befugnis soll ausgedehnt werden auf Echtzeitübertragungen (sog. Live-Streams), die auf Veranlassung der Gemeinden durch diese selbst oder durch einen von der Gemeinde beauftragten Anbieter durchgeführt werden. In der Hauptsatzungsregelung können die Kommunen bestimmen, in welcher Form und in welchem Umfang Film- und Tonaufnahmen bzw. Livestreams von Sitzungen erlaubt werden. So können z. B. auch Einschränkungen der aufzunehmenden Personen geregelt werden, indem nur ein bestimmter Ausschnitt des Sitzungssaals aufgenommen wird oder unbeteiligte Personen wie Zuhörer oder Gemeindebedienstete nicht gezeigt werden. Ferner können die Gemeinden regeln, ob die Sitzungen aufgezeichnet werden sollen und ggf. wo, wie lange und für welchen Berechtigungskreis Mitschnitte der Sitzungen zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Diese Regelung bildet die gewachsene Bedeutung von Übertragungen kommunaler Sitzungen im Internet ab und reagiert auf einen seit der Corona-Pandemie gewandelten Öffentlichkeitsbegriff. Der Öffentlichkeitsgrundsatz ist auf kommunaler Ebene ein wichtiges Mittel, um das Interesse der Bürgerschaft an der Selbstverwaltung zu erhalten bzw. zu steigern. Dies erfordert korrespondierend zu den Regelungen in § 52a zu digitalen Gremiensitzungen neben der Saalöffentlichkeit die Herstellung einer digitalen Partizipation.</p> <p>Das Interesse der Öffentlichkeit an Inhalten und Verlauf der Sitzungen kommunaler Vertretungen</p>
---	--	---

		rechtfertigt es, die Persönlichkeitsrechte von Gemeindevertretern und sonstigen betroffenen Personen einzuschränken. Die Entscheidung zur Änderung der Hauptsatzung muss gem. § 6 Abs. 2 HGO von der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder der Gemeindevertretung getroffen werden.
	<p style="text-align: center;"><b>§ 52a</b> <b>Digitale Sitzungsteilnahme</b></p> <p>(1) Mitglieder der Gemeindevertretung mit Ausnahme des Vorsitzenden sowie der Gemeindevorstand können auch ohne Anwesenheit am Sitzungsort per Bild- Ton-Übertragung an den Sitzungen teilnehmen, soweit die Hauptsatzung dies bestimmt. Der Beschluss bedarf einer Zwei-Drittelmehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter. Zugeschaltete Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes gelten in diesem Fall als anwesend im Sinne von § 53 Abs. 1 Satz1.</p> <p>(2) Eine Teilnahme mittels Bild-Ton-Übertragung ist ausgeschlossen bei Wahlen nach § 55, Abstimmungen nach § 39a Abs. 3 Satz 2 und in der ersten Sitzung der Gemeindevertretung. Die Gemeinde kann in der Hauptsatzung die Zulässigkeit der Teilnahme mittels Bild-Ton-Übertragung in weiteren Fällen ausschließen. Lässt eine Gemeinde in der Hauptsatzung eine Teilnahme per Bild-Ton-Übertragung auch in nichtöffentlichen Sitzungen zu, haben die zugeschalteten Mitglieder der Gemeindevertretung sicherzustellen, dass keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können.</p> <p>(3) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung und die Mitglieder der Gemeindevertretung müssen sich in der Sitzung gegenseitig optisch und akustisch wahrnehmen können. In öffentlichen Sitzungen muss gewährleistet sein, dass per Bild-Ton-Übertragung teilnehmende Gemeindevertreter</p>	<p>§ 52a bietet hessischen Kommunen eine Optionsregelung, um digitale Sitzungsteilnahmen zu ermöglichen.</p> <p>Zusätzlich zur ansonsten erforderlichen Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder der Gemeindevertretung in § 6 Abs. 2 HGO zur Änderung der Hauptsatzung bedarf es für die Zulassung von Bild-Ton-Übertragungen einer Zwei-Drittel-Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter.</p> <p>Die „Soweit“- Regelung in Abs. 1 S. 1 verdeutlicht, dass die Gemeinden einen weiten Spielraum besitzen, die Bild-Ton-Übertragungen auszugestalten. Es handelt sich dabei um eine hybride Zuschaltung von Gemeindevertretungsmitgliedern, mindestens der Vorsitzende der Gemeindevertretung muss im Sitzungssaal anwesend sein. Voll digitale Sitzungen ohne Anwesenheit sind im Gegensatz zum Gemeindevorstand (§ 67 Abs. 1 HGO) für die Gemeindevertretung nicht zulässig. Die Gemeinden müssen die Saalöffentlichkeit weiterhin gewährleisten.</p> <p>Abs. 2 S. 1 definiert zwingende Ausschlussstatbestände, die von Gemeinden nicht in der Hauptsatzung abbedungen werden können. Weitergehende Beschränkungen sind hingegen zulässig. Sollten nicht öffentliche Sitzungen für die hybride Form geöffnet werden, obliegt den Gemeindevertretern die Verantwortung, dass in ihrem Einflussbereich keine Personen Kenntnis von Inhalten der Sitzung erlangen können. Bei einer Sitzungsteilnahme im Format der Bild-Ton-Übertragung haben die Mit-</p>

	<p>auch für die im Sitzungssaal anwesende Öffentlichkeit in Bild und Ton wahrnehmbar sind. Für die Zwecke des Satz 1 und 2 sind Bild- und Tonaufnahmen auch ohne Zustimmung der an der Sitzung teilnehmenden Personen zulässig.</p> <p>(4) Die Gemeinde hat dafür Sorge zu tragen, dass in ihrem Verantwortungsbereich die technischen Voraussetzungen für eine Zuschaltung mittels Bild-Ton-Übertragung während der Sitzung durchgehend bestehen. Bei technisch bedingten Störungen der akustischen oder optischen Wahrnehmbarkeit, die im Verantwortungsbereich der Gemeinde liegen, darf die Sitzung nicht beginnen oder muss sie unterbrochen werden. Sonstige Störungen sind unbeachtlich und haben keinen Einfluss auf die Wirksamkeit der in der Sitzung gefassten Beschlüsse. Die Gemeinden können in der Hauptsatzung oder der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung weitere Einzelheiten der Sitzungsteilnahme mittels Bild-Ton-Übertragung regeln.</p> <p>(5) Für den Ausländerbeirat nach § 84 und die Integrations-Kommission nach § 89, gelten die Abs. 1 bis 4 entsprechend.</p>	<p>glieder der Gemeindevertretung wie auch in Präsenzsitzungen die Anforderungen des § 24 HGO zu beachten, in besonderem Maße bei nichtöffentlichen Sitzungen. Eine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht wird als Ordnungswidrigkeit gem. § 24a Abs. 1 Nr. 2 HGO behandelt.</p> <p>Durch den Abs. 5 und über die Verweise in § 62 Abs. 5 bzw. § 82 Abs. 6 HGO gelten die Regelungen für die digitale Sitzungsteilnahme für den Ausländerbeirat, die Integrations-Kommission, für Ausschüsse und Ortsbeiräte entsprechend. Auch für diese Gremien haben daher die Gemeindevertretungen zukünftig durch entsprechende Gestaltung der Hauptsatzung die Möglichkeit, die hybride Sitzungsteilnahme zu ermöglichen.</p> <p>Die sonstigen gemeindlichen Gremien bspw. Jugendbeteiligungsformen und Senioren- oder sonstige Beiräte unterliegen auch nach derzeitiger Rechtslage keinen bestimmten Wahl- und Geschäftsordnungsvorschriften nach der HGO. Die Gemeinden haben daher auch bezüglich der Zulassung volldigitaler oder hybrider Sitzungsformate die volle Gestaltungsfreiheit.</p> <p>Für Kreistage gilt die Regelung über § 32 HKO entsprechend.</p> <p>Über den Verweis gemäß § 7 Abs. 2 KGG sind für Zweckverbände die Regelungen der HGO sinngemäß anzuwenden. Für eine entsprechende Änderung der Verbandssatzung ist abweichend von § 21 Abs. 1 Satz 1 KGG eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich.</p>
--	---	---

		<p>Für den Regionalverband gelten nach § 13 Abs. 4 (Verbandsversammlung) und § 14 Abs. 7 (Regionalvorstand) MetropolG die neuen Regelungen der HGO (§ 52a und 67) entsprechend.</p> <p>Auf den Landeswohlfahrtsverband sind die Neuerungen in der HGO ebenfalls über den Verweis nach § 20 LWVG auf die HKO anwendbar: Verbandsversammlung - § 32 Satz 2 HKO, Verwaltungsausschuss - § 42 HKO</p>
<p>§ 55 Wahlen</p> <p>(1) Sind mehrere gleichartige unbesoldete Stellen zu besetzen, wird in einem Wahlgang nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, im Übrigen für jede zu besetzende Stelle in einem besonderen Wahlgang nach Stimmenmehrheit gewählt. Die Stellen von ehrenamtlichen Beigeordneten sind gleichartige Stellen im Sinne von Satz 1; wird die Stelle des Ersten Beigeordneten ehrenamtlich verwaltet, so ist Erster Beigeordneter der erste Bewerber desjenigen Wahlvorschlags, der die meisten Stimmen erhalten hat. Wird die Zahl mehrerer gleichartiger unbesoldeter Stellen während der Wahlzeit (§ 36) erhöht, so findet keine neue Wahl statt; die neuen Stellen werden auf der Grundlage einer Neuberechnung der Stellenverteilung unter Berücksichtigung der erhöhten Zahl der Stellen vergeben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.</p>	<p>§ 55 Wahlen</p> <p>(1) Sind mehrere gleichartige unbesoldete Stellen zu besetzen, wird in einem Wahlgang nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, im Übrigen für jede zu besetzende Stelle in einem besonderen Wahlgang nach Stimmenmehrheit gewählt. Die Stellen von ehrenamtlichen Beigeordneten sind gleichartige Stellen im Sinne von Satz 1; wird die Stelle des Ersten Beigeordneten ehrenamtlich verwaltet, so ist <b>derjenige</b> Erster Beigeordneter, <b>der bei der Zuteilung der Stellen nach der Reihenfolge der Höchstzahlen die erste Stelle erhalten hat</b> <del>der erste Bewerber desjenigen Wahlvorschlags, der die meisten Stimmen erhalten hat.</del></p> <p>Wird die Zahl mehrerer gleichartiger unbesoldeter Stellen während der Wahlzeit (§ 36) erhöht, so findet keine neue Wahl statt; die neuen Stellen werden <b>nach der Reihenfolge der Höchstzahlen besetzt, auf die im ursprünglichen Wahlgang Stellen noch nicht zugeteilt worden sind auf der Grundlage einer Neuberechnung der Stellenverteilung unter Berücksichtigung der erhöhten Zahl der Stellen vergeben.</b></p>	<p>Das Sitzverteilungsverfahren bei der Wahl des Kommunalparlaments gilt auch für die von der Vertretungskörperschaft vorzunehmenden (Verhältnis-)Wahlen. Durch die Einführung des Höchstzahlverfahrens nach d'Hondt im Hessischen Kommunalwahlgesetz müssen daher auch die Vorschriften in § 55 Abs. 1 und Abs. 4 HGO entsprechend angepasst werden.</p> <p>Über die Verweisung in § 32 Satz 1 HKO gelten die Änderungen in § 55 HGO auch für die Kreistage.</p>

<p>(2) Haben sich alle Gemeindevertreter bei einer Wahl, die nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen wäre, auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt, ist der einstimmige Beschluss der Gemeindevertretung über die Annahme dieses Wahlvorschlags ausreichend; Stimmenthaltungen sind unerheblich. Ehrenamtlicher Erster Beigeordneter ist der erste Bewerber des Wahlvorschlags; bei einer Erhöhung der Zahl der Stellen im Laufe der Wahlzeit rückt der nächste noch nicht berufene Bewerber des Wahlvorschlags nach; im Übrigen gilt Abs. 4 entsprechend.</p> <p>(3) Gewählt wird schriftlich und geheim aufgrund von Wahlvorschlägen aus der Mitte der Gemeindevertretung. Bei Wahlen, die nach Stimmenmehrheit vorzunehmen sind, kann, wenn niemand widerspricht, durch Zuruf oder Handaufheben abgestimmt werden; dies gilt nicht für die Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten.</p> <p>(4) Wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, finden für das Wahlverfahren die Vorschriften des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, dass § 22 Abs. 4 KWG keine Anwendung findet, wenn zwei Stellen zu besetzen sind. Im Falle des § 34 Abs. 1 KWG rückt der nächste noch nicht berufene Bewerber desselben Wahlvorschlags an die Stelle des ausgeschiedenen Vertreters, es sei denn, die noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlags beschließen binnen vierzehn Tagen seit Ausscheiden des Vertreters mit einfacher Mehrheit eine andere Reihenfolge;</p>	<p>Ergeben sich für die letzte oder die letzten zu besetzenden Stellen die gleichen Höchstzahlen, <del>Bei Stimmengleichheit</del> entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.</p> <p>(2) Haben sich alle Gemeindevertreter bei einer Wahl, die nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen wäre, auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt, ist der einstimmige Beschluss der Gemeindevertretung über die Annahme dieses Wahlvorschlags ausreichend; Stimmenthaltungen sind unerheblich. Ehrenamtlicher Erster Beigeordneter ist der erste Bewerber des Wahlvorschlags; bei einer Erhöhung der Zahl der Stellen im Laufe der Wahlzeit rückt der nächste noch nicht berufene Bewerber des Wahlvorschlags nach; im Übrigen gilt Abs. 4 entsprechend.</p> <p>(3) Gewählt wird schriftlich und geheim aufgrund von Wahlvorschlägen aus der Mitte der Gemeindevertretung. Bei Wahlen, die nach Stimmenmehrheit vorzunehmen sind, kann, wenn niemand widerspricht, durch Zuruf oder Handaufheben abgestimmt werden; dies gilt nicht für die Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten.</p> <p>(4) Wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, finden für das Wahlverfahren die Vorschriften des Hessischen Kommunalwahlgesetzes <del>(KWG)</del> entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. jeder Gemeindevertreter eine Stimme hat, die er einem Wahlvorschlag geben kann,</li> <li>2. § 22 Abs. 3 Satz 4 des Kommunalwahlgesetzes keine Anwendung findet,</li> <li>3. § 22 Abs. 4 des Kommunalwahlgesetzes keine Anwendung findet, wenn zwei Stellen zu besetzen</li> </ol>	<p>Die Vorschriften des Hessischen Kommunalwahlgesetzes finden nur „entsprechende“ Anwendung. Mit der Änderung in Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 wird deutlicher als bislang klargestellt, dass die Wahlrechtsgrundsätze des § 1 Abs. 4 KWG im Hinblick auf das sog. „Panaschieren“ und „Kumulieren“ im Rahmen des § 55 keine Anwendung finden. Dementsprechend kann auch § 22 Abs. 3 Satz 4 KWG keine Anwendung finden, wie in Abs. 4 Satz 1 Nr.</p>
--	---	--

<p>das gilt auch im Falle des Abs. 1 Satz 3 entsprechend. Die Aufgaben des Wahlleiters werden von dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung wahrgenommen.</p> <p>(5) Wird nach Stimmenmehrheit gewählt, so ist derjenige Bewerber gewählt, für den mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen abgegeben ist; Nein-Stimmen gelten als gültige Stimmen, Stimmenthaltungen als ungültige Stimmen. Wird bei einer Wahl mit zwei oder mehr Bewerbern die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet ein weiterer Wahlgang statt. Entfallen im ersten Wahlgang auf mehr als zwei Bewerber Stimmen, so erfolgt dieser Wahlgang zwischen den zwei Bewerbern, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben; bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los darüber, wer in den weiteren Wahlgang gelangt. Erreicht auch in diesem Wahlgang kein Bewerber die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit, so ist gewählt, wer in einem dritten Wahlgang die meisten Stimmen erhält; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Bei Rücktritt eines Bewerbers in den weiteren Wahlgängen ist der gesamte Wahlvorgang als ergebnislos zu werten. Die Gemeindevertretung kann nach jedem Wahlgang darüber beschließen, ob das Wahlverfahren in einer weiteren Sitzung wiederholt werden soll.</p> <p>(6) Gegen die Gültigkeit von Wahlen, die von der</p>	<p>sind.</p> <p>Im Falle des § 34 Abs. 1 <b>Satz 1 des Kommunalwahlgesetzes</b> rückt der nächste noch nicht berufene Bewerber desselben Wahlvorschlags an die Stelle des ausgeschiedenen Vertreters, es sei denn, die noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlags beschließen binnen vierzehn Tagen seit Ausscheiden des Vertreters mit einfacher Mehrheit eine andere Reihenfolge; das gilt auch im Falle des Abs. 1 Satz 3 entsprechend. Die Aufgaben des Wahlleiters werden von dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung wahrgenommen.</p> <p>(5) Wird nach Stimmenmehrheit gewählt, so ist derjenige Bewerber gewählt, für den mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen abgegeben ist; Nein-Stimmen gelten als gültige Stimmen, Stimmenthaltungen als ungültige Stimmen. Wird bei einer Wahl mit zwei oder mehr Bewerbern die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet ein weiterer Wahlgang statt. Entfallen im ersten Wahlgang auf mehr als zwei Bewerber Stimmen, so erfolgt dieser Wahlgang zwischen den zwei Bewerbern, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben; bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los darüber, wer in den weiteren Wahlgang gelangt. Erreicht auch in diesem Wahlgang kein Bewerber die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit, so ist gewählt, wer in einem dritten Wahlgang die meisten Stimmen erhält; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Bei Rücktritt eines Bewerbers in den weiteren Wahlgängen ist der gesamte Wahlvorgang als ergebnislos zu werten. Die Gemeindevertretung kann nach jedem Wahlgang darüber beschließen, ob das Wahlverfahren in einer weiteren Sitzung wiederholt werden soll.</p>	<p>2 verdeutlicht ist. Die Regelung in § 22 Abs. 4 KWG, mit der sichergestellt werden soll, dass ein Wahlvorschlag, der eine absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat, auch stets die absolute Mehrheit der Sitze erhält, kann nicht in den Fällen anwendbar sein, in denen zwei Stellen zu vergeben sind. Darum erfolgt in Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 eine Ausnahmeregelung für diese Fälle.</p>
--	---	---

<p>Gemeindevertretung nach den vorstehenden Vorschriften durchgeführt werden, kann jeder Gemeindevertreter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch bei dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung erheben. Über den Widerspruch entscheidet die Gemeindevertretung. Für das weitere Verfahren gelten die Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung mit der Maßgabe, dass die Klage gegen die Gemeindevertretung zu richten ist.</p> <p>(7) § 3a des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung.</p>	<p>(6) Gegen die Gültigkeit von Wahlen, die von der Gemeindevertretung nach den vorstehenden Vorschriften durchgeführt werden, kann jeder Gemeindevertreter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch bei dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung erheben. Über den Widerspruch entscheidet die Gemeindevertretung. Für das weitere Verfahren gelten die Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung mit der Maßgabe, dass die Klage gegen die Gemeindevertretung zu richten ist.</p> <p>(7) § 3a des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 61 Niederschrift</p> <p>(1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Gemeindevertretung ist eine Niederschrift zu fertigen. Aus der Niederschrift muss ersichtlich sein, wer in der Sitzung anwesend war, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen vollzogen worden sind. Die Abstimmungs- und Wahlergebnisse sind festzuhalten. Jedes Mitglied der Gemeindevertretung kann verlangen, dass seine Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird.</p> <p>(2) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Zu Schriftführern können Gemeindevertreter oder Gemeindebedienstete - und zwar auch solche, die ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben - oder Bürger gewählt werden.</p> <p>(3) Eine Kopie der Niederschrift ist innerhalb eines</p>	<p style="text-align: center;">§ 61 Niederschrift</p> <p>(1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Gemeindevertretung ist eine Niederschrift zu fertigen. Aus der Niederschrift muss ersichtlich sein, wer in der Sitzung anwesend war, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen vollzogen worden sind. Die Abstimmungs- und Wahlergebnisse sind festzuhalten. Jedes Mitglied der Gemeindevertretung kann verlangen, dass seine Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird.</p> <p>(2) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Zu Schriftführern können Gemeindevertreter oder Gemeindebedienstete - und zwar auch solche, die ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben - oder Bürger gewählt werden.</p> <p>(3) Eine Kopie der Niederschrift ist innerhalb eines</p>	<p>Die Veröffentlichung der Niederschrift im Internet stellt in Bezug auf die darin enthaltenen personenbezogenen Daten eine Offenlegung und ein Bereitstellen zum Abruf, eine Verarbeitung im Sinn des Art. 4 Nr. 2 DSGVO dar, für die eine Rechtsgrundlage benötigt wird.</p> <p>Für die Zukunft wird mit § 61 Abs. 4 in Hessen eine Rechtsgrundlage zur Einsichtnahme in Niederschriften öffentlicher Sitzungen geschaffen. Eine solche Regelung existiert in auch vielen anderen Bundesländern. Die Möglichkeit für die Einwohner kann statt einer physischen Einsichtnahmemöglichkeit bei der Gemeindeverwaltung auch durch eine Zurverfügungstellung dieser Niederschriften (auch) im Internet, z.B. in sog. Ratsinformationssystemen, geschaffen werden. Dadurch wird ein Beitrag zur Beteiligung an der Informationsfreiheit geleistet.</p>

<p>in der Geschäftsordnung festzulegenden Zeitraumes an alle Gemeindevertreter schriftlich oder elektronisch zu übersenden. Über Einwendungen gegen die Niederschrift entscheidet die Gemeindevertretung.</p>	<p>in der Geschäftsordnung festzulegenden Zeitraumes an alle Gemeindevertreter schriftlich oder elektronisch zu übersenden. Über Einwendungen gegen die Niederschrift entscheidet die Gemeindevertretung.</p> <p>(4) Die Einsichtnahme in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen der Gemeindevertretung ist den Einwohnern zu ermöglichen. Zu diesem Zweck kann die Geschäftsordnung vorsehen, dass Niederschriften mit dem Inhalt nach Abs. 1 auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht werden.</p>	<p>Die Einstellung der Niederschriften ins Internet muss in der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung geregelt werden. Damit bleibt es der einzelnen Gemeindevertretung überlassen, darüber zu entscheiden, ob sie es im Sinne der Bürgerfreundlichkeit, zur Verbesserung der Information und Erhöhung der Transparenz für angezeigt hält, die Niederschriften öffentlicher Sitzungen in das Internet einzustellen. Die Veröffentlichung von Niederschriften von öffentlichen Sitzungen ist damit auch ohne vorherige Einwilligung der Gemeindevertreter im Einzelfall grundsätzlich zulässig. Die Niederschriften müssen inhaltlich jedoch datenschutzgerecht gestaltet werden und dürfen nicht über die nach Abs. 1 zwingenden Inhalte hinausgehen.</p> <p>Vorgänge, die in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln sind, dürfen einer breiten Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden. Ihre Veröffentlichung im öffentlich zugänglichen Teil eines Ratsinformationssystems ist daher nicht zulässig.</p>
<p>§ 62 Ausschüsse</p> <p>(1) Die Gemeindevertretung kann zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse Ausschüsse aus ihrer Mitte bilden und Aufgaben, Mitgliederzahl und Besetzung der Ausschüsse bestimmen. Ein Finanzausschuss ist zu bilden. Die Gemeindevertretung kann unbeschadet des § 51 bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten den Ausschüssen widerruflich zur endgültigen Beschlussfassung übertragen. Die Ausschüsse haben über ihre Tätigkeit in der Gemeindevertretung Bericht zu erstatten. Die Gemeindevertretung kann jederzeit Ausschüsse auflösen und neu bilden.</p> <p>(2) Anstelle der Wahl der Ausschussmitglieder (§</p>	<p>§ 62 Ausschüsse</p> <p>(1) Die Gemeindevertretung kann zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse Ausschüsse aus ihrer Mitte bilden und Aufgaben, Mitgliederzahl und Besetzung der Ausschüsse bestimmen. Ein Finanzausschuss ist zu bilden. Die Gemeindevertretung kann unbeschadet des § 51 bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten den Ausschüssen widerruflich zur endgültigen Beschlussfassung übertragen. Die Ausschüsse haben über ihre Tätigkeit in der Gemeindevertretung Bericht zu erstatten. Die Gemeindevertretung kann jederzeit Ausschüsse auflösen und neu bilden.</p> <p>(2) Anstelle der Wahl der Ausschussmitglieder (§</p>	<p>Bei der Ausschussbildung im Wege des Benennungsverfahrens wird das für das Stärkeverhältnis der Fraktionen entscheidende hypothetische Wahlergebnis zukünftig ebenfalls nach d'Hondt ausgewertet. Dabei muss bei gleichen Höchstzahlen der Vorsitzende der Gemeindevertretung das entscheidende Los ziehen.</p> <p>Über die Verweisung in § 33 Abs. 2 HKO gelten die Änderungen auch für die Kreistage.</p>

<p>55) kann die Gemeindevertretung beschließen, dass sich alle oder einzelne Ausschüsse nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen zusammensetzen; § 22 Abs. 3 und 4 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend. In diesem Fall werden die Ausschussmitglieder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung, nach der Konstituierung eines Ausschusses auch dessen Vorsitzenden, von den Fraktionen schriftlich benannt; der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt der Gemeindevertretung die Zusammensetzung der Ausschüsse schriftlich bekannt. Die Mitglieder der Ausschüsse können sich im Einzelfall durch andere Gemeindevertreter vertreten lassen. Die von einer Fraktion benannten Ausschussmitglieder können von dieser abberufen werden; die Abberufung ist gegenüber dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und dem Vorsitzenden des Ausschusses schriftlich oder elektronisch zu erklären. Nachträgliche Änderungen des Stärkeverhältnisses der Fraktionen, die sich auf die Zusammensetzung der Ausschüsse auswirken, sind zu berücksichtigen; Satz 2 gilt entsprechend.</p> <p>(3) Die Ladung zur ersten Sitzung eines Ausschusses nach seiner Bildung erfolgt durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung. Die Ausschüsse wählen aus ihrer Mitte ihre Vorsitzenden und deren Stellvertreter.</p> <p>(4) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung und seine Stellvertreter sind berechtigt, an allen Ausschusssitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Fraktionen, auf die bei der Besetzung eines Ausschusses kein Sitz entfallen ist, sind berechtigt, für diesen Ausschuss einen Gemeindevertreter mit beratender Stimme zu entsenden. Sonstige Gemeindevertreter können auch an nichtöffentlichen Sitzungen als Zuhörer teilnehmen.</p> <p>(5) Für den Geschäftsgang eines Ausschusses</p>	<p>55) kann die Gemeindevertretung beschließen, dass sich alle oder einzelne Ausschüsse nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen zusammensetzen; § 22 Abs. 3 <b>des Satz 1 bis 3 und Abs. 4</b> des Hessischen Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend. In diesem Fall werden die Ausschussmitglieder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung, nach der Konstituierung eines Ausschusses auch dessen Vorsitzenden, von den Fraktionen schriftlich benannt; der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt der Gemeindevertretung die Zusammensetzung der Ausschüsse schriftlich bekannt. Die Mitglieder der Ausschüsse können sich im Einzelfall durch andere Gemeindevertreter vertreten lassen. Die von einer Fraktion benannten Ausschussmitglieder können von dieser abberufen werden; die Abberufung ist gegenüber dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und dem Vorsitzenden des Ausschusses schriftlich oder elektronisch zu erklären. Nachträgliche Änderungen des Stärkeverhältnisses der Fraktionen, die sich auf die Zusammensetzung der Ausschüsse auswirken, sind zu berücksichtigen; Satz 2 gilt entsprechend.</p> <p>(3) Die Ladung zur ersten Sitzung eines Ausschusses nach seiner Bildung erfolgt durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung. Die Ausschüsse wählen aus ihrer Mitte ihre Vorsitzenden und deren Stellvertreter.</p> <p>(4) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung und seine Stellvertreter sind berechtigt, an allen Ausschusssitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Fraktionen, auf die bei der Besetzung eines Ausschusses kein Sitz entfallen ist, sind berechtigt, für diesen Ausschuss einen Gemeindevertreter mit beratender Stimme zu entsenden. Sonstige Gemeindevertreter können auch an nichtöffentlichen Sitzungen als Zuhörer teilnehmen.</p> <p>(5) Für den Geschäftsgang eines Ausschusses</p>	
---	--	--

<p>gelten sinngemäß die Vorschriften der §§ 52 bis 55, § 57 Abs. 2, § 58 Abs. 1 bis 4, Abs. 5 Satz 1 mit der Maßgabe, dass das Benehmen auch mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung herzustellen ist, Abs. 6 und der §§ 59 bis 61. Im Übrigen bleiben das Verfahren und die innere Ordnung der Ausschüsse der Regelung durch die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung vorbehalten.</p> <p>(6) Die Ausschüsse können Vertreter derjenigen Bevölkerungsgruppen, die von ihrer Entscheidung vorwiegend betroffen werden, und Sachverständige zu den Beratungen zuziehen.</p>	<p>gelten sinngemäß die Vorschriften der §§ 52 bis 55, § 57 Abs. 2, § 58 Abs. 1 bis 4, Abs. 5 Satz 1 mit der Maßgabe, dass das Benehmen auch mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung herzustellen ist, Abs. 6 und der §§ 59 bis 61. Im Übrigen bleiben das Verfahren und die innere Ordnung der Ausschüsse der Regelung durch die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung vorbehalten.</p> <p>(6) Die Ausschüsse können Vertreter derjenigen Bevölkerungsgruppen, die von ihrer Entscheidung vorwiegend betroffen werden, und Sachverständige zu den Beratungen zuziehen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 67 Beschlussfassung</p> <p>(1) Der Gemeindevorstand fasst seine Beschlüsse in Sitzungen, die in der Regel nicht öffentlich sind. Der Vorsitzende kann Gemeindebedienstete zu den Sitzungen beiziehen. In einfachen Angelegenheiten können die Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn niemand widerspricht.</p> <p>(2) Geheime Abstimmung ist unzulässig; dies gilt auch für Wahlen, es sei denn, dass ein Drittel der Mitglieder des Gemeindevorstandes eine geheime Abstimmung verlangt. Im Übrigen gilt für die vom Gemeindevorstand vorzunehmenden Wahlen § 55 sinngemäß.</p>	<p style="text-align: center;">§ 67 Beschlussfassung</p> <p>(1) Der Gemeindevorstand fasst seine Beschlüsse in Sitzungen, die in der Regel nicht öffentlich sind. Der Vorsitzende kann Gemeindebedienstete zu den Sitzungen beiziehen. In einfachen Angelegenheiten können die Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn niemand widerspricht. <b>Die Mitglieder des Gemeindevorstandes können auch ohne Anwesenheit am Sitzungsort per Bild-Ton-Übertragung an den Sitzungen teilnehmen, soweit die Geschäftsordnung dies bestimmt. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Gemeindevorstandes. Zugeschaltete Mitglieder des Gemeindevorstandes gelten in diesem Fall als anwesend im Sinne von § 68 Abs. 1 Satz 1.</b></p> <p><b>(2) Eine Teilnahme mittels Bild-Ton-Übertragung ist ausgeschlossen bei Wahlen nach § 55 und in der ersten Sitzung des Gemeindevorstandes. Der Gemeindevorstand kann in der Geschäftsordnung weitere Einzelheiten der Sitzungsteilnahme mittels</b></p>	<p>Für den Gemeindevorstand wird weitergehend als für die Gemeindevertretung die Möglichkeit eröffnet, vollständig digitale Sitzungen durchzuführen. Weil die Sitzungen des Gemeindevorstandes grundsätzlich nicht-öffentlich sind, bedarf es im Gegensatz zur Gemeindevertretung keiner Aufrechterhaltung der Saalöffentlichkeit. Erforderlich zur Änderung der Geschäftsordnung zu Gunsten von digitalen Sitzungen ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Gemeindevorstandsmitglieder.</p> <p>Über § 42 HKO gelten die Regelungen für den Kreisausschuss entsprechend. Über den Verweise in § 72 Abs. 4 gelten die Regelungen für Kommissionen entsprechend.</p>

	<p>Bild-Ton-Übertragung regeln. Lässt der Gemeindevorstand eine Teilnahme per Bild-Ton-Übertragung in der Geschäftsordnung zu, haben die zugeschalteten Mitglieder des Gemeindevorstandes sicherzustellen, dass keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können. § 52a Abs. 3 und 4 gelten entsprechend.</p> <p>(3) Geheime Abstimmung ist unzulässig; dies gilt auch für Wahlen, es sei denn, dass ein Drittel der Mitglieder des Gemeindevorstandes eine geheime Abstimmung verlangt. Im Übrigen gilt für die vom Gemeindevorstand vorzunehmenden Wahlen § 55 sinngemäß.</p>	
<p>§ 76 Abberufung</p> <p>(1) Hauptamtliche Beigeordnete können von der Gemeindevertretung vorzeitig abberufen werden. Der Antrag auf vorzeitige Abberufung kann nur von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung gestellt werden. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung. Über die Abberufung ist zweimal zu beraten und abzustimmen. Die zweite Beratung darf frühestens vier Wochen nach der ersten erfolgen. Eine Abkürzung der Ladungsfrist (§ 58 Abs. 1) ist nicht statthaft. § 63 findet keine Anwendung.</p> <p>(2) In kreisfreien Städten und Sonderstatus-Städten können hauptamtliche Beigeordnete innerhalb von sechs Monaten nach Beginn der Wahlzeit der Gemeindevertretung mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder vorzeitig abberufen werden. Abs. 1 Satz 4 bis 7 findet Anwendung.</p>	<p>§ 76 Abberufung</p> <p>(1) Hauptamtliche Beigeordnete können von der Gemeindevertretung vorzeitig abberufen werden. Der Antrag auf vorzeitige Abberufung kann nur von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung gestellt werden. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung. Über die Abberufung ist zweimal zu beraten und abzustimmen. Die zweite Beratung darf frühestens vier Wochen nach der ersten erfolgen. Eine Abkürzung der Ladungsfrist (§ 58 Abs. 1) ist nicht statthaft. § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 63 finden keine Anwendung.</p> <p>(2) In kreisfreien Städten und Sonderstatus-Städten können hauptamtliche Beigeordnete innerhalb von sechs Monaten nach Beginn der Wahlzeit der Gemeindevertretung mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder vorzeitig abberufen werden. Abs. 1 Satz 4 bis 7 findet Anwendung.</p>	<p>Zukünftig dürfen die von der Abwahlentscheidung betroffenen Bürgermeister und Beigeordneten bei den Beratungen und Abstimmungen in der Gemeindevertretung anwesend sein. Die sonstigen Ausschlussgründe nach § 25 Abs. 1 Satz 1 bleiben unberührt.</p>

<p>(3) Der Beigeordnete scheidet mit dem Ablauf des Tages, an dem die Abberufung zum zweiten Mal beschlossen wird, aus seinem Amt.</p> <p>(4) Ein Bürgermeister kann von den Bürgern der Gemeinde vorzeitig abgewählt werden. Er ist abgewählt, wenn sich für die Abwahl eine Mehrheit der gültigen Stimmen ergibt, sofern diese Mehrheit mindestens dreißig Prozent der Wahlberechtigten beträgt. Zur Einleitung des Abwahlverfahrens bedarf es eines von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung gestellten Antrages und eines mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung zu fassenden Beschlusses; § 63 findet keine Anwendung. Für das weitere Verfahren gelten die Vorschriften der §§ 54 bis 57 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes entsprechend. Der Bürgermeister scheidet mit dem Ablauf des Tages, an dem der Wahlausschuss die Abwahl feststellt, aus seinem Amt. Ein Bürgermeister gilt als abgewählt, falls er binnen einer Woche nach dem Beschluss der Gemeindevertretung schriftlich auf eine Entscheidung der Bürger über seine Abwahl verzichtet; der Verzicht ist gegenüber dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu erklären. Der Bürgermeister scheidet mit Ablauf des Tages, an dem er den Verzicht auf die Abwahl erklärt, aus seinem Amt.</p>	<p>(3) Der Beigeordnete scheidet mit dem Ablauf des Tages, an dem die Abberufung zum zweiten Mal beschlossen wird, aus seinem Amt.</p> <p>(4) Ein Bürgermeister kann von den Bürgern der Gemeinde vorzeitig abgewählt werden. Er ist abgewählt, wenn sich für die Abwahl eine Mehrheit der gültigen Stimmen ergibt, sofern diese Mehrheit mindestens dreißig Prozent der Wahlberechtigten beträgt. Zur Einleitung des Abwahlverfahrens bedarf es eines von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung gestellten Antrages und eines mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung zu fassenden Beschlusses; § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 63 finden keine Anwendung. Für das weitere Verfahren gelten die Vorschriften der §§ 54 bis 57 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes entsprechend. Der Bürgermeister scheidet mit dem Ablauf des Tages, an dem der Wahlausschuss die Abwahl feststellt, aus seinem Amt. Ein Bürgermeister gilt als abgewählt, falls er binnen einer Woche nach dem Beschluss der Gemeindevertretung schriftlich auf eine Entscheidung der Bürger über seine Abwahl verzichtet; der Verzicht ist gegenüber dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu erklären. Der Bürgermeister scheidet mit Ablauf des Tages, an dem er den Verzicht auf die Abwahl erklärt, aus seinem Amt.</p>	
<p>§ 82</p> <p>Wahl und Aufgaben</p> <p>(1) Die Mitglieder des Ortsbeirats werden von den Bürgern des Ortsbezirks gleichzeitig mit den Gemeindevertretern für die Wahlzeit der Gemeinde-</p>	<p>§ 82</p> <p>Wahl und Aufgaben</p> <p>(1) Die Mitglieder des Ortsbeirats werden von den Bürgern des Ortsbezirks gleichzeitig mit den Gemeindevertretern für die Wahlzeit der Gemeinde-</p>	<p>Die Änderungen in § 35 Abs. 2, § 82 Abs. 2 und § 86 Abs. 6 führen dazu, dass entsprechend der grundlegenden Regelungen in § 24 HGO der Gemeindevorstand nun auch die zuständige Behörde zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gegen Mitglieder der Gemeindevertretung, der Ortsbeiräte und des Ausländerbeirates ist. Der Gemeindevorstand ist in diesen Fällen sachnäher und daher</p>

<p>vertretung gewählt. Die für die Wahl der Gemeindevertreter maßgeblichen Vorschriften gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass die Wahlorgane für die Gemeindevertretung auch für die Wahl der Mitglieder des Ortsbeirats zuständig sind und über die Gültigkeit der Wahl die neu gewählte Gemeindevertretung entscheidet. Der Ortsbeirat besteht aus mindestens drei, höchstens neun Mitgliedern, in Ortsbezirken mit mehr als 8 000 Einwohnern aus höchstens neunzehn Mitgliedern; das Nähere wird durch die Hauptsatzung bestimmt; § 81 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend. Die Vorschriften des § 37 und des § 65 Abs. 2 finden sinngemäß Anwendung. Werden keine Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen oder werden weniger Bewerber zur Wahl zugelassen, als Sitze zu verteilen sind, findet eine Wahl nicht statt; die Einrichtung des Ortsbeirats entfällt für die Dauer der nachfolgenden Wahlzeit. Entsprechendes gilt für die restliche Dauer der laufenden Wahlzeit, wenn der Ortsbeirat in Folge des Ausscheidens von Vertretern nur noch weniger als drei Mitglieder hat. Gemeindevertreter, die in dem Ortsbezirk wohnen, dem Ortsbeirat jedoch nicht als ordentliche Mitglieder angehören, können an seinen Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Ortsbeirats sind ehrenamtlich Tätige im Sinne der §§ 24 bis 26 und des § 27; Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr.1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Aufsichtsbehörde. § 35 Abs. 1 und § 35a gelten entsprechend.</p> <p>(3) (...)</p>	<p>vertretung gewählt. Die für die Wahl der Gemeindevertreter maßgeblichen Vorschriften gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass die Wahlorgane für die Gemeindevertretung auch für die Wahl der Mitglieder des Ortsbeirats zuständig sind und über die Gültigkeit der Wahl die neu gewählte Gemeindevertretung entscheidet. Der Ortsbeirat besteht aus mindestens drei, höchstens neun Mitgliedern, in Ortsbezirken mit mehr als 8 000 Einwohnern aus höchstens neunzehn Mitgliedern; das Nähere wird durch die Hauptsatzung bestimmt; § 81 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend. Die Vorschriften des § 37 und des § 65 Abs. 2 finden sinngemäß Anwendung. Werden keine Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen oder werden weniger Bewerber zur Wahl zugelassen, als Sitze zu verteilen sind, findet eine Wahl nicht statt; die Einrichtung des Ortsbeirats entfällt für die Dauer der nachfolgenden Wahlzeit. Entsprechendes gilt für die restliche Dauer der laufenden Wahlzeit, wenn der Ortsbeirat in Folge des Ausscheidens von Vertretern nur noch weniger als drei Mitglieder hat. Gemeindevertreter, die in dem Ortsbezirk wohnen, dem Ortsbeirat jedoch nicht als ordentliche Mitglieder angehören, können an seinen Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Ortsbeirats sind ehrenamtlich Tätige im Sinne der §§ 24 bis 26 und des § 27; Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr.1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist <del>die Aufsichtsbehörde der Gemeindevorstand</del>. § 35 Abs. 1 und § 35a gelten entsprechend.</p> <p>(3) (...)</p>	<p>kompetenter insbesondere im Hinblick auf eine gegebenenfalls erforderliche Sachverhaltsaufklärung.</p>
<p>§ 86</p> <p>Wahl und Rechtsstellung der Mitglieder</p> <p>(1) Die Mitglieder des Ausländerbeirats werden</p>	<p>§ 86</p> <p>Wahl und Rechtsstellung der Mitglieder</p> <p>(1) Die Mitglieder des Ausländerbeirats werden</p>	<p>Die Änderungen in § 35 Abs. 2, § 82 Abs. 2 und § 86 Abs. 6 führen dazu, dass entsprechend der grundlegenden Regelungen in § 24 HGO der Gemeindevorstand nun auch die zuständige Behörde zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gegen</p>

<p>von den ausländischen Einwohnern in allgemeiner, freier, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl gleichzeitig mit den Gemeindevertretern für die Wahlzeit der Gemeindevertretung gewählt. Das Nähere des Wahlverfahrens regelt das Hessische Kommunalwahlgesetz. Werden keine Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen oder werden weniger Bewerber zur Wahl zugelassen, als Sitze zu verteilen sind, findet eine Wahl nicht statt; die Einrichtung des Ausländerbeirats entfällt für die Dauer der nachfolgenden Wahlzeit. Entsprechendes gilt für die restliche Dauer der laufenden Wahlzeit, wenn der Ausländerbeirat in Folge des Ausscheidens von Vertretern nur noch weniger als drei Mitglieder hat. Im Fall des Satz 3 ist die Gemeinde verpflichtet, für die Dauer der nachfolgenden Wahlzeit des Ausländerbeirats eine Integrations-Kommission zu bilden. Entsprechendes gilt im Fall des Satz 4 für die restliche Dauer der Wahlzeit des Ausländerbeirats.</p> <p>.....</p> <p>(6) Die Mitglieder des Ausländerbeirats sind ehrenamtlich Tätige im Sinne der §§ 24 bis 26 und des § 27; Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Aufsichtsbehörde. § 35 Abs. 1 und § 35 a gelten entsprechend.</p>	<p>von den ausländischen Einwohnern in allgemeiner, freier, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl gleichzeitig mit den Gemeindevertretern für die Wahlzeit der Gemeindevertretung gewählt. Das Nähere des Wahlverfahrens regelt das Hessische Kommunalwahlgesetz. Werden keine Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen oder werden weniger Bewerber zur Wahl zugelassen, als Sitze zu verteilen sind, findet eine Wahl nicht statt; die Einrichtung des Ausländerbeirats entfällt für die Dauer der nachfolgenden Wahlzeit. Entsprechendes gilt für die restliche Dauer der laufenden Wahlzeit, wenn der Ausländerbeirat in Folge des Ausscheidens von Vertretern nur noch weniger als drei Mitglieder hat. Im Fall des Satz 3 ist die Gemeinde verpflichtet, für die Dauer der nachfolgenden Wahlzeit des Ausländerbeirats eine Integrations-Kommission zu bilden. Entsprechendes gilt im Fall des Satz 4 für die restliche Dauer der Wahlzeit des Ausländerbeirats.</p> <p>.....</p> <p>(6) Die Mitglieder des Ausländerbeirats sind ehrenamtlich Tätige im Sinne der §§ 24 bis 26 und des § 27; Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist <del>die Aufsichtsbehörde</del> der <b>Gemeindevorstand</b>. § 35 Abs. 1 und § 35 a gelten entsprechend.</p>	<p>Mitglieder der Gemeindevertretung, der Ortsbeiräte und des Ausländerbeirates ist. Der Gemeindevorstand ist in diesen Fällen sachnäher und daher kompetenter insbesondere im Hinblick auf eine gegebenenfalls erforderliche Sachverhaltsaufklärung.</p>
<p>§ 89</p> <p>Integrations-Kommission</p> <p>(1) Die Integrations-Kommission ist eine zur dauernden Verwaltung und Beaufsichtigung eines einzelnen Geschäftsbereichs eingesetzte Kommission im Sinne des § 72. Sie besteht mindestens zur Hälfte aus sachkundigen Einwohnern, die von der Ge-</p>	<p>§ 89</p> <p>Integrations-Kommission</p> <p>(1) Die Integrations-Kommission ist eine zur dauernden Verwaltung und Beaufsichtigung eines einzelnen Geschäftsbereichs eingesetzte Kommission im Sinne des § 72. Sie besteht <b>aus dem Vorsitzenden und mindestens je einem weiteren Mitglied des Gemeindevorstands sowie der Gemeindevertretung</b></p>	<p>Die Integrations-Kommissionen haben sich in Hessen dem Grunde nach bewährt. Die Änderungen greifen aber Forderungen der Kommunen zur Flexibilisierung der Regelungen über die Zusammensetzung der Integrations-Kommission auf.</p>

<p>meindevertretung auf Vorschlag der Interessenvertretungen der Migranten gewählt werden. Für den Fall, dass Wahlvorschläge nicht in ausreichender Zahl abgegeben werden, soll die Gemeindevertretung Vorschläge machen. Für die Wählbarkeit zu dieser Personengruppe gilt § 86 Abs. 3 und Abs. 4 entsprechend. Die Hälfte der Gewählten soll weiblichen Geschlechts sein. Außerdem soll bei der Wahl nach Möglichkeit die Pluralität der ausländischen Einwohner im Sinne von § 84 Satz 1 berücksichtigt werden.</p> <p>(2) Den Vorsitz der Integrations-Kommission führt der Bürgermeister gemeinsam mit einem von der Personengruppe der sachkundigen Einwohner gewählten Co-Vorsitzenden.</p> <p>(3) Die Integrations-Kommission berät die Organe der Gemeinde in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen. § 88 Abs. 2 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Die Integrations-Kommission tritt mindestens viermal im Jahr zusammen und berichtet dem Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung einmal im Jahr über den Stand der Integration der ausländischen Einwohner.</p>	<p><del>und mindestens zur Hälfte</del> aus sachkundigen Einwohnern, die von der Gemeindevertretung auf Vorschlag der Interessenvertretungen der Migranten gewählt werden. Für den Fall, dass Wahlvorschläge nicht in ausreichender Zahl abgegeben werden, soll die Gemeindevertretung Vorschläge machen. Für die Wählbarkeit zu dieser Personengruppe gilt § 86 Abs. 3 und Abs. 4 entsprechend. Die Hälfte der Gewählten soll weiblichen Geschlechts sein. Außerdem soll bei der Wahl nach Möglichkeit die Pluralität der ausländischen Einwohner im Sinne von § 84 Satz 1 berücksichtigt werden.</p> <p>(2) Den Vorsitz der Integrations-Kommission führt der Bürgermeister <del>oder ein von ihm bestimmter Beigeordneter</del> gemeinsam mit einem von der Personengruppe der sachkundigen Einwohner gewählten Co-Vorsitzenden.</p> <p>(3) Die Integrations-Kommission berät die Organe der Gemeinde in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen. § 88 Abs. 2 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Die Integrations-Kommission tritt mindestens viermal im Jahr zusammen und berichtet dem Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung einmal im Jahr über den Stand der Integration der ausländischen Einwohner.</p>	<p>Die Mindestmitgliederzahl wird nach dem Wortlaut der Vorschrift künftig bei 5 Personen liegen: Bürgermeister (oder Vertreter), ein weiteres Mitglied des Gemeindevorstandes, ein Mitglied der Gemeindevertretung und mindestens zwei sachkundige Einwohner.</p> <p>Der Bürgermeister kann sich zukünftig durch einen von ihm zu bestimmenden Beigeordneten vertreten lassen. Da die Bürgermeister ohnehin schon eine erhebliche Aufgabenfülle zu bewältigen haben – gerade in den Krisenzeiten – dient eine Entlastung an dieser Stelle auch dem Bürokratieabbau. Dies könnte zudem zu einer Akzeptanzsteigerung dieser Kommission führen.</p>
<p>§ 92a</p> <p>Haushaltssicherungskonzept</p> <p>(1) Die Gemeinde hat ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn</p> <p>1.sie die Vorgaben zum Ausgleich des Ergebnis- und des Finanzhaushaltes in der Planung trotz Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten bei den</p>	<p>§ 92a</p> <p>Haushaltssicherungskonzept</p> <p>(1) Die Gemeinde hat ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn</p> <p><del>1.</del>sie die Vorgaben zum Ausgleich des Ergebnis- und des Finanzhaushaltes in der Planung <del>im Haushaltsjahr, im Fall des § 94 Abs. 3 Satz 2 in den</del></p>	<p>Das Haushaltssicherungskonzept für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ist verzichtbar, da sich das ordentliche Ergebnis sowie der Bestand der Zahlungsmittel erfahrungsgemäß in der Regel abweichend gegenüber der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung entwickeln werden. Zur Entbürokratisierung kann daher hierauf verzichtet werden vor dem Hintergrund der Regelung des § 101 Abs. 6 HGO.</p>

<p>Aufwendungen und Auszahlungen sowie der Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht einhält oder</p> <p>2.nach der Ergebnis- und Finanzplanung (§ 101) im Planungszeitraum Fehlbeträge oder ein negativer Zahlungsmittelbestand erwartet werden.</p> <p>(2) 1Im Haushaltssicherungskonzept sind verbindliche Festlegungen über Konsolidierungsmaßnahmen zu treffen. 2Es ist der Zeitraum anzugeben, in dem der Haushaltsausgleich in der Planung schnellstmöglich wieder erreicht werden kann.</p> <p>(3) 1Das Haushaltssicherungskonzept ist von der Gemeindevertretung jährlich im Rahmen der Haushaltssatzung zu beschließen. 2Es bedarf für jedes Haushaltsjahr der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. 3Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden. 4Beträgt der Konsolidierungszeitraum mehr als zwei Jahre, hat die Aufsichtsbehörde vor der Genehmigung das Einvernehmen der oberen Aufsichtsbehörde einzuholen.</p>	<p><del>zwei Haushaltsjahren</del>, trotz Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten bei den Aufwendungen und Auszahlungen sowie der Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten nicht einhält <del>oder.</del></p> <p><del>2.nach der Ergebnis- und Finanzplanung (§ 101) im Planungszeitraum Fehlbeträge oder ein negativer Zahlungsmittelbestand erwartet werden.</del></p> <p>(2) 1Im Haushaltssicherungskonzept sind verbindliche Festlegungen über Konsolidierungsmaßnahmen zu treffen. 2Es ist der Zeitraum anzugeben, in dem der Haushaltsausgleich in der Planung schnellstmöglich wieder erreicht werden kann.</p> <p>(3) 1Das Haushaltssicherungskonzept ist von der Gemeindevertretung jährlich im Rahmen der Haushaltssatzung zu beschließen. 2Es bedarf für jedes Haushaltsjahr der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. 3Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden. 4Beträgt der Konsolidierungszeitraum mehr als zwei Jahre, hat die Aufsichtsbehörde vor der Genehmigung das Einvernehmen der oberen Aufsichtsbehörde einzuholen.</p>	<p>In der praktischen Anwendung von § 92a Abs. 1 Nr. 2 hat sich wiederholt gezeigt, dass die für den mehrjährigen Zeitraum der Ergebnis- und Finanzplanung bestehenden Planungsunsicherheiten den bürokratischen Aufwand für die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht rechtfertigen.</p> <p>Die Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt im Rahmen der einjährigen Haushaltsplanung bzw. zweijährigen Planungsphase bei einem Doppelhaushalt bleibt bestehen.</p>
<p>§ 97</p> <p>Erlass der Haushaltssatzung</p> <p>(1) 1Der Gemeindevorstand stellt den Entwurf der Haushaltssatzung fest und legt ihn der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlussfassung vor. 2Ist ein Beigeordneter für die Verwaltung des Finanzwesens bestellt, so bereitet er den Entwurf vor. 3Er ist berechtigt, seine abweichende Stellungnahme zu dem Entwurf des Gemeindevorstands der Gemeindevertretung vorzulegen.</p>	<p>§ 97</p> <p>Erlass der Haushaltssatzung</p> <p>(1) 1Der Gemeindevorstand stellt den Entwurf der Haushaltssatzung fest und legt ihn der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlussfassung vor. 2Ist ein Beigeordneter für die Verwaltung des Finanzwesens bestellt, so bereitet er den Entwurf vor. 3Er ist berechtigt, seine abweichende Stellungnahme zu dem Entwurf des Gemeindevorstands der Gemeindevertretung vorzulegen.</p>	<p>Bisher gibt lediglich der Hinweis Ziffer 5 zu § 97 HGO die Empfehlung, den Haushaltsplan im Internet zu veröffentlichen.</p> <p>Zur Erhöhung der Transparenz und Erleichterung durch digitale Einsichtnahme wird die Pflicht zur öffentlichen Auslegung durch eine Pflicht zur Veröffentlichung des Haushaltsplans im Internet ersetzt, mindestens bis zum Ende der Gültigkeit.</p>

<p>(2) 1Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wird von der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen. 2Er soll vorher im Finanzausschuss der Gemeindevertretung eingehend behandelt werden. 3In der Beratung kann der mit der Verwaltung des Finanzwesens betraute Beigeordnete seine abweichende Auffassung vertreten.</p> <p>(3) 1Die von der Gemeindevertretung beschlossene Haushaltssatzung ist mit ihren Anlagen der Aufsichtsbehörde vorzulegen. 2Die Vorlage soll spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen.</p> <p>(4) 1Im Anschluss an die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung ist der Haushaltsplan an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen. 2Enthält die Haushaltssatzung genehmigungsbedürftige Teile nach § 97a, so ist sie erst nach der Erteilung der Genehmigung bekannt zu machen. 3Sofern die Haushaltssatzung keine genehmigungsbedürftigen Teile enthält, darf sie erst öffentlich bekannt gemacht werden, wenn die Aufsichtsbehörde innerhalb eines Monats nach Vorlage keine Bedenken wegen Rechtsverletzung erhebt.</p>	<p>(2) 1Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wird von der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen. 2Er soll vorher im Finanzausschuss der Gemeindevertretung eingehend behandelt werden. 3In der Beratung kann der mit der Verwaltung des Finanzwesens betraute Beigeordnete seine abweichende Auffassung vertreten.</p> <p>(3) 1Die von der Gemeindevertretung beschlossene Haushaltssatzung ist mit ihren Anlagen der Aufsichtsbehörde vorzulegen. 2Die Vorlage soll spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen.</p> <p>(4) 1Im Anschluss an die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung ist der Haushaltsplan <del>an sieben Tagen öffentlich auszulegen</del> mindestens bis zum Ende seiner Gültigkeit im Internet zu veröffentlichen; in der Bekanntmachung ist auf die <del>Auslegung-Veröffentlichung</del> hinzuweisen. 2Enthält die Haushaltssatzung genehmigungsbedürftige Teile nach § 97a, so ist sie erst nach der Erteilung der Genehmigung bekannt zu machen. 3Sofern die Haushaltssatzung keine genehmigungsbedürftigen Teile enthält, darf sie erst öffentlich bekannt gemacht werden, wenn die Aufsichtsbehörde innerhalb eines Monats nach Vorlage keine Bedenken wegen Rechtsverletzung erhebt.</p>	
<p>§ 108</p> <p>Erwerb und Verwaltung von Vermögen, Wertansätze</p> <p>(1) Die Gemeinde soll Vermögensgegenstände nur erwerben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit erforderlich ist.</p>	<p>§ 108</p> <p>Erwerb und Verwaltung von Vermögen, Wertansätze</p> <p>(1) Die Gemeinde soll Vermögensgegenstände nur erwerben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit erforderlich ist.</p>	<p>Die Regelung kann vollständig entfallen. Es sind keine Fälle mehr denkbar, in denen in noch zu erstellenden Eröffnungsbilanzen auf vor dem 1. Januar 2005 ermittelte Wertansätze abzustellen ist.</p>

<p>(2) 1Die Vermögensgegenstände sind pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. 2Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag bringen.</p> <p>(3) 1Die Gemeinde hat eine Eröffnungsbilanz aufzustellen, in der die Vermögensgegenstände und Schulden mit ihren Werten unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur vollständig aufzunehmen sind. 2Die Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, die Verbindlichkeiten zu ihrem Rückzahlungsbetrag und die Rückstellungen in Höhe des Betrages anzusetzen, der nach sachgerechter Beurteilung angemessen ist. 3Dies gilt auch für die Schlussbilanz, die zum 31. Dezember eines jeden Haushaltsjahres aufzustellen ist.</p> <p>(4) In der Eröffnungsbilanz dürfen die Vermögensgegenstände und Schulden auch mit den Werten angesetzt werden, die vor dem 1. Januar 2005 sachgerecht ermittelt worden sind; etwaige Wertminderungen sind zu berücksichtigen.</p> <p>(5) 1Ergibt sich bei der Aufstellung der Bilanz für ein späteres Haushaltsjahr, dass in der Eröffnungsbilanz Vermögensgegenstände oder Schulden nicht oder fehlerhaft angesetzt worden sind, so ist in der späteren Bilanz der Wertansatz zu berichtigen oder der unterlassene Ansatz nachzuholen; dies gilt auch, wenn die Vermögensgegenstände oder Schulden am Bilanzstichtag nicht mehr vorhanden sind, jedoch nur für die auf die Vermögensänderung folgende Bilanz. 2Eine Berichtigung kann letztmalig in der vierten der Eröffnungsbilanz folgenden Bilanz vorgenommen werden. 3Vorherige Bilanzen sind nicht zu berichtigen.</p>	<p>(2) 1Die Vermögensgegenstände sind pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. 2Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag bringen.</p> <p>(3) 1Die Gemeinde hat eine Eröffnungsbilanz aufzustellen, in der die Vermögensgegenstände und Schulden mit ihren Werten unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur vollständig aufzunehmen sind. 2Die Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, die Verbindlichkeiten zu ihrem Rückzahlungsbetrag und die Rückstellungen in Höhe des Betrages anzusetzen, der nach sachgerechter Beurteilung angemessen ist. 3Dies gilt auch für die Schlussbilanz, die zum 31. Dezember eines jeden Haushaltsjahres aufzustellen ist.</p> <p><del>(4) In der Eröffnungsbilanz dürfen die Vermögensgegenstände und Schulden auch mit den Werten angesetzt werden, die vor dem 1. Januar 2005 sachgerecht ermittelt worden sind; etwaige Wertminderungen sind zu berücksichtigen.</del></p> <p><del>(5)</del> 1Ergibt sich bei der Aufstellung der Bilanz für ein späteres Haushaltsjahr, dass in der Eröffnungsbilanz Vermögensgegenstände oder Schulden nicht oder fehlerhaft angesetzt worden sind, so ist in der späteren Bilanz der Wertansatz zu berichtigen oder der unterlassene Ansatz nachzuholen; dies gilt auch, wenn die Vermögensgegenstände oder Schulden am Bilanzstichtag nicht mehr vorhanden sind, jedoch nur für die auf die Vermögensänderung folgende Bilanz. 2Eine Berichtigung kann letztmalig in der vierten der Eröffnungsbilanz folgenden Bilanz vorgenommen werden. 3Vorherige Bilanzen sind nicht zu berichtigen.</p>	
---	---	--

<p style="text-align: center;">§ 111</p> <p>Übertragung von Kassengeschäften, Automation</p> <p>(1) 1Die Gemeinde kann die Kassengeschäfte ganz oder teilweise von einer Stelle außerhalb der Gemeindeverwaltung besorgen lassen, wenn die ordnungsgemäße Erledigung und die Prüfung nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften gewährleistet sind. 2§ 4 des Hessischen Datenschutzgesetzes gilt entsprechend. 3Die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch 20. Dezember 2015 (GVBl. S. 618), in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.</p> <p>(2) Werden die Kassengeschäfte ganz oder teilweise unter Einsatz automatischer Datenverarbeitungsanlagen erledigt, so ist den für die Prüfung zuständigen Stellen Gelegenheit zu geben, die Verfahren vor ihrer Anwendung zu prüfen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 111</p> <p>Übertragung von Kassengeschäften, Automation</p> <p>(1) 1Die Gemeinde kann die Kassengeschäfte ganz oder teilweise von einer Stelle außerhalb der Gemeindeverwaltung besorgen lassen, wenn die ordnungsgemäße Erledigung und die Prüfung nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften gewährleistet sind. <del>2§ 4 des Hessischen Datenschutzgesetzes gilt entsprechend.</del> 3Die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch 20. Dezember 2015 (GVBl. S. 618), in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.</p> <p>(2) Werden die Kassengeschäfte ganz oder teilweise unter Einsatz automatischer Datenverarbeitungsanlagen erledigt, so ist den für die Prüfung zuständigen Stellen Gelegenheit zu geben, die Verfahren vor ihrer Anwendung zu prüfen.</p>	<p>Das Hessische Datenschutzgesetz (HDSG) ist am 31. Dezember 2018 außer Kraft getreten. § 4 des HDSG regelte die Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag der Gemeinde. Ein Verweis auf Regelungen des Datenschutzes bei der Übertragung von Kassengeschäften ist nach in Kraft treten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) nicht mehr erforderlich. Die DSGVO gilt unmittelbar auch für Kommunen (§ 1 Abs. 5 HDSIG). In den Art. 28 und 29 der DSGVO finden sich die Bestimmungen zum Datenschutz bei der Auftragsverarbeitung durch Dritte.</p> <p>Das Streichen von Satz 2 dient daneben der Vereinfachung von Rechtsvorschriften und der Entbürokratisierung. Ggf. könnte in den Hinweisen zu § 111 HGO auf die einschlägigen Vorschriften der DSGVO und des HDSIG hingewiesen werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 114</p> <p style="text-align: center;">Entlastung</p> <p>(1) 1Die Gemeindevertretung beschließt über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss, zusammengefassten Jahresabschluss und Gesamtabchluss bis spätestens 31. Dezember des zweiten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und entscheidet zugleich über die Entlastung des Gemeindevorstands. 2Verweigert die Gemeindevertretung die Entlastung oder spricht sie die Entlastung mit Einschränkungen aus, so hat sie dafür die Gründe anzugeben.</p> <p>(2) 1Der Beschluss über den Jahresabschluss, den zusammengefassten Jahresabschluss und den</p>	<p style="text-align: center;">§ 114</p> <p style="text-align: center;">Entlastung</p> <p>(1) 1Die Gemeindevertretung beschließt über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss, zusammengefassten Jahresabschluss und Gesamtabchluss bis spätestens 31. Dezember des zweiten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und entscheidet zugleich über die Entlastung des Gemeindevorstands. 2Verweigert die Gemeindevertretung die Entlastung oder spricht sie die Entlastung mit Einschränkungen aus, so hat sie dafür die Gründe anzugeben.</p> <p>(2) 1Der Beschluss über den Jahresabschluss, den zusammengefassten Jahresabschluss und den</p>	<p>Zur Erhöhung der Transparenz und Erleichterung durch digitale Einsichtnahme wird die Pflicht zur öffentlichen Auslegung an sieben Tagen durch eine Pflicht zur Veröffentlichung des Jahresabschlusses im Internet ersetzt. Dies soll für die Dauer von mindestens einem Jahr erfolgen, damit jederzeit Einsicht in einen bzw. den letzten geprüften Jahresabschluss genommen werden kann.</p>

<p>Gesamtabschluss sowie die Entlastung ist öffentlich bekannt zu machen. 2Im Anschluss an die Bekanntmachung ist der Jahresabschluss, der zusammengefasste Jahresabschluss und der Gesamtabschluss mit dem Rechenschaftsbericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen. 3Der Beschluss nach Satz 1 ist mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamts unverzüglich der Aufsichtsbehörde vorzulegen.</p>	<p>Gesamtabschluss sowie die Entlastung ist öffentlich bekannt zu machen. 2Im Anschluss an die Bekanntmachung ist der Jahresabschluss, der zusammengefasste Jahresabschluss und der Gesamtabschluss mit dem Rechenschaftsbericht <del>an sieben Tagen öffentlich auszulegen</del> <b>mindestens für ein Jahr im Internet zu veröffentlichen</b>; in der Bekanntmachung ist auf die <b>Auslegung-Veröffentlichung</b> hinzuweisen. 3Der Beschluss nach Satz 1 ist mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamts unverzüglich der Aufsichtsbehörde vorzulegen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 115</p> <p style="text-align: center;">Sondervermögen</p> <p>(1) Sondervermögen der Gemeinde sind</p> <p>1.das Gemeindegliedervermögen und das Gemeindegliederklassenvermögen (§ 119),</p> <p>2.das Vermögen der rechtlich unselbständigen örtlichen Stiftungen,</p> <p>3.wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und öffentliche Einrichtungen, für die aufgrund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden,</p> <p>4.rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen.</p> <p>(2) 1Sondervermögen nach Abs. 1 Nr. 1 und 2 unterliegen den Vorschriften über die Haushaltswirtschaft. 2Sie sind im Haushalt der Gemeinde gesondert nachzuweisen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 115</p> <p style="text-align: center;">Sondervermögen</p> <p>(1) Sondervermögen der Gemeinde sind</p> <p>1.das Gemeindegliedervermögen und das Gemeindegliederklassenvermögen (§ 119),</p> <p>2.das Vermögen der rechtlich unselbständigen örtlichen Stiftungen,</p> <p>3.wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und öffentliche Einrichtungen, für die aufgrund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden,</p> <p>4.rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen.</p> <p>(2) 1Sondervermögen nach Abs. 1 Nr. 1 und 2 unterliegen den Vorschriften über die Haushaltswirtschaft. 2Sie sind im Haushalt der Gemeinde gesondert nachzuweisen.</p>	<p>Der Verweis auf die Vorschriften der §§ 92, 93, 101 bis 105, 108 und 109 HGO zur sinngemäßen Anwendung auf wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und öffentliche Einrichtungen, für die aufgrund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden, ist auf einzelne Paragraphen begrenzt, was zu Auslegungsschwierigkeiten bezüglich des Umfangs sinngemäß anzuwendender haushaltsrechtlicher Vorschriften auf Eigenbetriebe führt. Hier sollen die §§ 99 und 107 HGO aufgenommen werden, um die Unklarheiten zu beseitigen.</p> <p>§ 99 HGO bezieht sich auf Regelungen in der Phase der vorläufigen Haushaltsführung. Hintergrund der Regelungen ist die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit von Kommunen für den Zeitraum ab dem 1.1. des Haushaltsjahres bis zum Wirksamwerden der Haushaltssatzung.</p> <p>§ 107 HGO berechtigt den Gemeindevorstand zum Erlass haushaltswirtschaftlicher Sperren.</p> <p>Die Regelungsinhalte beider Vorschriften sind auch für Sondervermögen bedeutsam. Mit der Änderung von Absatz 3 wird die bestehende Unklarheit beseitigt.</p>

<p>(3) Auf Sondervermögen nach Abs. 1 Nr. 3 sind die Vorschriften der §§ 92, 93, 101 bis 105, 108 und 109 sinngemäß anzuwenden.</p> <p>(4) 1Für Sondervermögen nach Abs. 1 Nr. 4 sind besondere Haushaltspläne aufzustellen und Sonderrechnungen zu führen. 2Die Vorschriften des Ersten Abschnitts sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Haushaltssatzung der Beschluss über den Haushaltsplan tritt und von der öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung nach § 97 Abs. 4 abgesehen werden kann. 3Anstelle eines Haushaltsplans können ein Wirtschaftsplan aufgestellt und die für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften sinngemäß angewendet werden, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist; Abs. 3 gilt sinngemäß.</p>	<p>(3) Auf Sondervermögen nach Abs. 1 Nr. 3 sind die Vorschriften der §§ 92, 93, <b>97 Abs. 4, §§ 99</b>, 101 bis 105 und <b>107 bis 109</b> sinngemäß anzuwenden.</p> <p>(4) 1Für Sondervermögen nach Abs. 1 Nr. 4 sind besondere Haushaltspläne aufzustellen und Sonderrechnungen zu führen. 2Die Vorschriften des Ersten Abschnitts sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Haushaltssatzung der Beschluss über den Haushaltsplan tritt und von der öffentlichen Bekanntmachung und <b>Auslegung Veröffentlichung</b> nach § 97 Abs. 4 abgesehen werden kann. 3Anstelle eines Haushaltsplans können ein Wirtschaftsplan aufgestellt und die für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften sinngemäß angewendet werden, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist; Abs. 3 gilt sinngemäß; <b>von der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses über den Wirtschaftsplan und der Veröffentlichung des Wirtschaftsplans kann abgesehen werden.</b></p>	<p>Aufgrund der Änderung in § 15 Abs. 1 EigBGes wird auch § 97 Abs. 4 HGO in den Verweis aufgenommen.</p> <p>Entsprechend der geänderten Regelung in § 97 Abs. 4 HGO wird der Wortlaut in § 115 Abs. 4 Satz 2 angepasst.</p> <p>In § 115 Abs. 4 Satz 3 wird entsprechend der Regelung in Satz 3 die Möglichkeit aufgenommen, von der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses über den Wirtschaftsplan und der Veröffentlichung des Wirtschaftsplans abzusehen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 121</p> <p style="text-align: center;">Wirtschaftliche Betätigung</p> <p>(1) 1Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn</p> <p>1.der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,</p> <p>2.die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und</p> <p>3.der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.</p>	<p style="text-align: center;">§ 121</p> <p style="text-align: center;">Wirtschaftliche Betätigung</p> <p>(1) 1Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn</p> <p>1.der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,</p> <p>2.die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und</p> <p>3.der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.</p>	<p>Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen im Bereich des Wohnungsbaus stellt ein traditionelles Betätigungsfeld der Kommunen dar, was bereits die Regelung in § 104 Abs. 4 HGO zeigt. Derzeit sind gemäß § 121 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HGO bereits Wohnungsbauvorhaben privilegiert, wenn der Zweck der Gesellschaft vorrangig darin liegt, eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsver-sorgung breiter Schichten der Bevölkerung zu gewährleisten, und damit den Bereich des sogenannten „sozialen Wohnungsbaus“ abdeckt (siehe bereits die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage vom 16.03.2015, LT-Drucks. 19/1570). Die Betätigungen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus werden in Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und somit als nicht-wirtschaftliche Betätigung aufgenommen, um den Kommunen ausdrücklich die</p>

<p>2Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.</p> <p>(1a) 1Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. 2Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. 3Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. 4Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.</p> <p>(1b) 1Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. 2Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.</p> <p>(2) 1Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten</p> <p>1.zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,</p> <p>2.auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie</p>	<p>2Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.</p> <p><del>(1a) 1Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. 2Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. 3Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. 4Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.</del></p> <p><del>(1b) 1Abs. 1 3Satz 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen</del> dient auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. <del>24</del>Betätigungen nach <del>§ 121 Abs. 1</del> Satz 2 bleiben hiervon unberührt.</p> <p>(2) 1Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten</p> <p>1.zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,</p> <p>2.auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der</p>	<p>Möglichkeit zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu geben. Dies folgt auch dem Gedanken, dass die Kommunen dabei unterstützt werden sollen, Leerstand in Ortskernen beispielsweise durch Flächenankauf zu beheben und in Wohnraum umzuwandeln, auch um dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ Rechnung zu tragen, sowie leerstehende Gewerbeimmobilien anzukaufen und zu bezahlbaren Bedingungen neu zu vermieten.</p> <p>Die Betätigung im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien als nicht-wirtschaftliche Betätigung wird durch eine Aufnahme des Bereichs der Versorgung mit erneuerbaren Energien in § 121 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 HGO realisiert und trägt zugleich zur Entbürokratisierung bei.</p> <p>Der redaktionelle Fehler im bisherigen Abs. 1b wird korrigiert. Statt Abs. 1 Nr. 3 muss es dort Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 heißen.</p>
---	--	---

<p>3.zur Deckung des Eigenbedarfs.</p> <p>2Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.</p> <p>(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbstständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.</p> <p>(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.</p> <p>(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn</p> <p>1.bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und</p> <p>2.die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die</p>	<p>Breitbandversorgung, der Versorgung mit erneuerbaren Energien, des Wohnungsbaus sowie</p> <p>3.zur Deckung des Eigenbedarfs.</p> <p>2Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.</p> <p>(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbstständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.</p> <p>(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.</p> <p>(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn</p> <p>1.bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und</p> <p>2.die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die</p>	<p>Zur Flexibilisierung und Entbürokratisierung der wirtschaftlichen Betätigung wird der Mechanismus der Markterkundung angepasst. An dem Erfordernis einer umfassenden Unterrichtung der Gemeindevertretung über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Betätigung wird festgehalten. Je nach den örtlichen Gegebenheiten kann die Markterkundung hierzu ein geeignetes Verfahren sein. Die Gemeinde soll durch das Markterkundungsverfahren in der Lage sein, relevante Marktgegebenheiten mit Blick auf private Anbieter zu prüfen und einen konkreten Vergleich zwischen Leistungserbringung durch ein eigenes kommunales Unternehmen und einen privaten Anbieter darstellen zu können. Der Umfang der Markterkundung kann der Intensität des Eingriffs der wirtschaftlichen Betätigung in den Markt angepasst werden. § 121 Abs. 6 HGO</p>
---	--	--

<p>Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.</p> <p>(6) 1Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. 2Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. 3Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.</p> <p>(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.</p> <p>(8) 1Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. 2Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass</p> <p>1.alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,</p>	<p>Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.</p> <p>(6) 1Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung <b>zum Beispiel</b> auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. 2Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. 3Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.</p> <p><del>(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.</del></p> <p><del>(8) 1Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. 2Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass</del></p> <p><del>1.alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,</del></p>	<p>schreibt weder für das Markterkundungsverfahren noch für die Beteiligung der Kammern und Verbände eine besondere Form vor. Die Kommune kann das Verfahren beschränken, wenn Auswirkungen auf den Markt und eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten Privater nicht oder nur in sehr geringem Umfang zu befürchten sind. Gleiches gilt, wenn der Branchendialog mit den Kammern und Verbänden nach S. 2 ergibt, dass keine besonderen Auswirkungen auf die (mittel)ständische Wirtschaft zu erwarten sind. Die Markterkundung und der Branchendialog sind der Gemeindevertretung zur Meinungs- und Willensbildung zur Kenntnis zu geben, entfalten aber keine Bindungswirkung.</p> <p>Die Verpflichtung zur Privatisierungsprüfung einmal in jeder Wahlzeit (§ 121 Abs. 7 HGO) wird abgeschafft, da die Gemeinden verpflichtet sind, einmal jährlich nach § 123a HGO einen Beteiligungsbericht zu erstellen und dieser ebenfalls Angaben zur Erfüllung der Voraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung nach § 121 Abs. 1 HGO umfasst und in der Gemeindevertretung zu erörtern ist. Hierdurch erfolgt bereits eine hinreichende Befassung.</p>
---	--	--

<p>2.die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und</p> <p>3.eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.</p> <p>3Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.</p> <p>(9) 1Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. 2Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.</p>	<p>2.die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und</p> <p>3.eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.</p> <p>3Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.</p> <p>(98) 1Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. 2Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.</p>	
<p>§ 122</p> <p>Beteiligung an Gesellschaften</p> <p>(1) 1Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn</p> <p>1.die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,</p> <p>2.die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,</p> <p>3.die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,</p>	<p>§ 122</p> <p>Beteiligung an Gesellschaften</p> <p>(1) 1Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn</p> <p>1.die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,</p> <p>2.die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,</p> <p>3.die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,</p>	<p>Der Umfang des Jahresabschlusses der kommunalen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften wird verringert. Derzeit werden durch den Verweis in § 122 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 HGO die erhöhten Anforderungen an die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für große Kapitalgesellschaften nach dem HGB an alle kommunalen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften unabhängig von ihrer Größe gestellt. Zur Entbürokratisierung und Entlastung der Kommunen werden daher die Vorgaben für die Aufstellung des Jahresabschlusses an die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften angepasst. Weitergehende Vorgaben richten sich dann nach den Vorschriften des Gesellschaftsrechts. Dies ermöglicht zudem, ohne zu warten auf die noch ausstehende Umsetzung der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung</p>

<p>4.gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.</p> <p>2Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.</p> <p>(2) 1Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. 2Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.</p> <p>(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.</p> <p>(4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass</p> <p>1.in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften</p> <p>a)für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,</p>	<p>4.gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften <b>entgegenstehen</b>, entsprechend den für <b>große</b> Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden; <b>in jedem Fall muss gewährleistet sein, dass</b></p> <p><b>a) der Jahresabschluss geprüft wird,</b></p> <p><b>b) sofern ein Lagebericht aufzustellen ist, sich die Jahresabschlussprüfung auch auf diesen bezieht, und</b></p> <p><b>c) die Angaben nach § 285 Nr. 9 Buchst. a und b des Handelsgesetzbuches gemacht werden.</b></p> <p>2Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.</p> <p>(2) 1Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. 2Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.</p> <p>(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.</p> <p>(4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass</p>	<p>bereits die Problematik der nicht intendierten Ausweitung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf kleine und mittlere kommunale Unternehmen auszuräumen. Eine Nachhaltigkeitsberichterstattung ist dann nur verpflichtend, wenn sich dies unmittelbar aus den Regelungen des HGB ergeben würde, und somit nur solche kommunalen Unternehmen betreffen, die die Voraussetzungen des § 267 Abs. 3 HGB für große Kapitalgesellschaften erfüllen. Eine Nachhaltigkeitsberichterstattung auf freiwilliger Basis bleibt daneben unbenommen.</p> <p>Es soll verhindert werden, dass durch die (noch ausstehende) Umsetzung der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung in nationales Recht aufgrund der Verweisung in § 122 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 HGO eine Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung auch für kleinere und mittlere kommunale Unternehmen in privater Rechtsform begründet würde.</p> <p>Die neue EU-Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung (Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen) wird künftig (erstmalig für am oder nach dem 01.01.2025 beginnende Geschäftsjahre) alle großen Kapitalgesellschaften im Sinne von § 267 HGB zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichten. Mit der Änderungsrichtlinie wird die Nachhaltigkeitsberichterstattung auf alle großen Kapitalgesellschaften ausgedehnt unter Wegfall des Erfordernisses der Kapitalmarktorientierung.</p> <p>Dies wäre sodann auch auf kleinere kommunale Unternehmen anzuwenden durch die Verweisung in § 122 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 HGO für Jahresabschluss und Lagebericht auf die Vorschriften des</p>
--	---	--

<p>b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,</p> <p>2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.</p> <p>(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.</p> <p>(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.</p>	<p>1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften</p> <p>a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,</p> <p>b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,</p> <p>2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.</p> <p>(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.</p> <p>(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.</p>	<p>HGB für große Kapitalgesellschaften. Dies würde den Rahmen der Berichtspflichtigen der EU-Richtlinie ausweiten und die Kommunen unnötig belasten. Eine solche Ausweitung war vom hessischen Gesetzgeber nicht vorgesehen.</p> <p>Jedoch muss bei einer Verringerung des Umfangs des Jahresabschlusses darauf geachtet werden, dass die Prüfpflicht unabhängig davon besteht. Anderenfalls, wenn die Anpassung an die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften auch die Prüfung des Jahresabschlusses umfassen würde, wäre die Voraussetzung für eine Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG teilweise nicht mehr gegeben („im Rahmen der Abschlussprüfung“). Denn nach § 316 Abs. 1 S. 1 HGB besteht eine Pflicht zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts nur für Kapitalgesellschaften, die nicht kleine im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB sind. Kommunale Unternehmen, die den Kriterien für kleine Kapitalgesellschaften entsprechen, würden demnach nicht geprüft werden.</p> <p>Zudem muss gewährleistet sein, dass die Angaben nach § 285 Nummer 9 Buchstabe a und b HGB erfolgen. Anderenfalls hätte dies teilweise Auswirkungen auf die Angaben im Beteiligungsbericht nach § 123a Abs. 2 HGO. Denn § 123a Abs. 2 Satz 4 HGO bestimmt für den Fall einer Beteiligung einer Gemeinde an einem Unternehmen im in § 53 HGrG bezeichneten Umfang, dass, soweit die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen sind, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den</p>
--	--	--

		<p>Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.</p> <p>Nach § 286 Abs. 4 HGB können bei Gesellschaften, die keine börsennotierten Aktiengesellschaften sind, die in § 285 Nr. 9 Buchstabe a und b verlangten Angaben über die Gesamtbezüge der dort bezeichneten Personen unterbleiben, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen. § 288 Abs. 1 Nummer 1 HGB sieht vor, dass kleine Kapitalgesellschaften nach § 267 Abs. 1 HGB nicht die Angaben nach § 285 Nummer 9 Buchstabe a und b HGB zu machen brauchen. Des Weiteren brauchen Kleinstkapitalgesellschaften (§ 267a HGB) den Jahresabschluss nicht um einen Anhang zu erweitern unter den Voraussetzungen des § 264 Abs. 1 Satz 5 HGB. Daher muss sichergestellt werden, dass dennoch die Angaben nach § 285 Nummer 9 Buchstabe a und b HGB erfolgen.</p> <p>Klarstellend wird zudem darauf hingewiesen, dass sich für das jeweilige Unternehmen durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung in Bezug auf Rechnungslegung und Prüfung auf freiwilliger Basis strengere Regeln treffen lassen.</p>
<p>§ 127a</p> <p>Anzeige</p> <p>(1) 1Entscheidungen der Gemeinde über</p> <p>1.die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,</p> <p>2.die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,</p>	<p>§ 127a</p> <p>Anzeige</p> <p>(1) 1Entscheidungen der Gemeinde über</p> <p>1.die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,</p> <p>2.die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,</p>	<p>§ 127a Abs. 1 Satz 2 HGO wird konkretisiert, indem für alle Gemeinden einheitlich vorgegeben wird, dass das Aufsichtsraster zur kommunalwirtschaftlichen Betätigung anzuwenden ist. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die Gemeinden unterschiedlich vorgehen und nicht alle Gemeinden das Aufsichtsraster zugrunde legen. Dabei hat sich herausgestellt, dass bei Anzeigen, in denen die Gemeinden das Aufsichtsraster verwenden, weniger Nachfragen oder Nachforderungen erforderlich werden und sich auch die Prüfung durch die Aufsichtsbehörde deutlich schneller und einfacher gestaltet. Die Gemeinden müssen ohnehin die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften prüfen. Auch</p>

<p>3.den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,</p> <p>4.Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1 HGO sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen.</p> <p>2Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.</p> <p>(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 HGO entsprechend.</p>	<p>3.den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,</p> <p>4.Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1 HGO sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen.</p> <p>2Aus der Anzeige, <b>der das Aufsichtsraster zur kommunalwirtschaftlichen Betätigung beizufügen ist</b>, muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.</p> <p>(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 HGO entsprechend.</p>	<p>aufgrund des bisherigen Gesetzeswortlauts muss aus der Anzeige bereits ersichtlich sein, dass die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt werden. Es ist mit der Vorgabe, das Aufsichtsraster zu verwenden, daher lediglich eine Konkretisierung und Vereinheitlichung der Art und Weise verbunden, inhaltlich wird die Anzeigepflicht nicht erweitert. Bereits nach derzeitiger Rechtslage kann die Aufsichtsbehörde das Aufsichtsraster anfordern.</p>
<p>§ 143</p> <p>Genehmigung</p> <p>(1) 1Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist schriftlich zu erteilen; die elektronische Form ist ausgeschlossen. 2Satzungen, Beschlüsse und sonstige Maßnahmen der Gemeinden, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen, werden – unbeschadet weiterer Wirksamkeitsvoraussetzungen – erst mit der Erteilung der Genehmigung wirksam. 3Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die Aufsichtsbehörde nicht innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags die Genehmigung ablehnt, die Genehmigung nach § 112 Abs. 10 zurückstellt oder dem Antragsteller schriftlich mitteilt, welche Gründe einer abschließenden Entscheidung über den Genehmigungsantrag entgegenstehen.</p> <p>(2) Die Landesregierung kann durch Verordnung Satzungen, Beschlüsse und sonstige Maßnahmen</p>	<p>§ 143</p> <p>Genehmigung</p> <p>(1) 1Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist schriftlich zu erteilen; <b>die elektronische Form ist ausgeschlossen</b>. 2Satzungen, Beschlüsse und sonstige Maßnahmen der Gemeinden, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen, werden – unbeschadet weiterer Wirksamkeitsvoraussetzungen – erst mit der Erteilung der Genehmigung wirksam. 3Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die Aufsichtsbehörde nicht innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags die Genehmigung ablehnt, die Genehmigung nach § 112 Abs. <b>10-6</b> zurückstellt oder dem Antragsteller schriftlich mitteilt, welche Gründe einer abschließenden Entscheidung über den Genehmigungsantrag entgegenstehen.</p> <p>(2) Die Landesregierung kann durch Verordnung Satzungen, Beschlüsse und sonstige Maßnahmen</p>	<p>Im Rahmen des Projekts der Digitalisierung und Standardisierung der Haushaltsgenehmigungen ergibt sich das Erfordernis, die Genehmigungen insgesamt nur noch digital zu erteilen bzw. zumindest das Verbot der elektronischen Form zu streichen. Daher wird in § 143 Abs. 1 S. 1 der 2. Halbsatz, „die elektronische Form ist ausgeschlossen“, gestrichen, der die Möglichkeit der Ersetzung der Schriftform durch die elektronische Form nach § 3a Abs. 2 S. 1 HVwVfG ausschließt.</p> <p>Der Verweis auf die Zurückstellung der Genehmigung muss redaktionell geändert werden aufgrund der Neufassung des § 112 mit Wirkung vom 16.5.2020 durch Gesetz vom 7.5.2020 (GVBl. S. 318), durch die der bisherige § 112 Abs. 10 zu § 112 Abs. 6 geworden ist.</p>

der Gemeinden, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen, von der Genehmigung allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen freistellen und dafür die vorherige Anzeige an die Aufsichtsbehörde vorschreiben.	der Gemeinden, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen, von der Genehmigung allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen freistellen und dafür die vorherige Anzeige an die Aufsichtsbehörde vorschreiben.	
<p>§ 149</p> <p>Übergangsvorschriften</p> <p>(1) Die in § 4a Abs. 1 Satz 2 genannte Einwohnergrenze gilt nicht für die Stadt Hanau.</p> <p>(2) Für Direktwahlen und Bürgerentscheide, deren Wahl- oder Abstimmungstag vor dem 16. Mai 2020 bestimmt und öffentlich bekannt gemacht worden ist, gilt § 30 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in der bis zum 15. Mai 2020 geltenden Fassung fort.</p> <p>(3) § 36a Abs. 1 Satz 4 in der bis zum 15. Mai 2020 geltenden Fassung gilt für die am 6. März 2016 gewählten Gemeindevertretungen bis zum Ende ihrer Wahlzeit am 31. März 2021 fort.</p> <p>(4) § 37 in der bis zum 15. Mai geltenden Fassung gilt für die am 29. November 2015 gewählten Ausländerbeiräte sowie für die am 6. März 2016 gewählten Gemeindevertretungen und Ortsbeiräte bis zum Ende ihrer Wahlzeit am 31. März 2021 fort.</p> <p>(5) Die Möglichkeit nach § 84 Satz 3, die Verpflichtung zur Einrichtung eines Ausländerbeirats durch die Bildung einer Integrations-Kommission abzulösen, besteht erstmals für die am 1. April 2021 beginnende Wahlzeit der Ausländerbeiräte. Macht eine Gemeinde von dieser Befugnis Gebrauch, so ist abweichend von § 6 Abs. 2 Satz 2 die Streichung der Bestimmungen über den Ausländerbeirat in der Hauptsatzung auch nach dem 31. März 2020 zulässig.</p> <p>(6) Abweichend von § 86 Abs. 1 Satz 1 in der bis zum 15. Mai 2020 geltenden Fassung endet die</p>	<p>§ 149</p> <p>Übergangsvorschriften</p> <p>(1) Die in § 4 Abs. 1 Satz 3 genannte Einwohnergrenze gilt nicht für die Stadt Hanau.</p> <p>(2) Abweichend von § 38 Abs. 2 Satz 1 sind in der bis zum 31. März 2026 dauernden Wahlzeit Änderungen an der Hauptsatzung, um die Zahl der Gemeindevertreter auf die für die nächst niedrigere Größengruppe maßgebliche oder eine dazwischenliegende ungerade Zahl festzulegen, spätestens sechs Monate vor Ablauf der Wahlzeit vorzunehmen.</p> <p>(3) § 36b in der bis zum ... [einsetzen: Datum des Tages vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung gilt bis zum Ablauf der bis zum 31. März 2026 dauernden Wahlzeit der Gemeindevertretungen fort.</p>	<p>Die bisherigen Übergangsvorschriften haben sich erledigt und werden daher durch die erforderlichen neuen Regelungen ersetzt.</p> <p>Die Verweisung in Abs. 1 wird auf § 4 Abs. 1 Satz 3 berichtigt.</p> <p>Mittels der Regelung in Abs. 2 wird sichergestellt, dass von der erleichterten Verkleinerungsmöglichkeit durch Beschluss mit einfacher Mehrheit noch vor der Kommunalwahl 2026 Gebrauch gemacht werden kann. Die Jahresfrist wird dazu einmalig verkürzt.</p> <p>Die Abschaffung der 1-Personen-Fraktion greift nach dieser Regelung erst zur Kommunalwahlperiode ab April 2026. Bestehende 1-Personen-Fraktionen haben damit Bestandsschutz während der laufenden Wahlperiode.</p>

<p>Wahlzeit der am 29. November 2015 gewählten Ausländerbeiräte erst mit Ablauf des 31. März 2021.</p> <p>(7) Die Verpflichtungen nach § 86 Abs. 1 Satz 5 und 6, eine Integrations-Kommission einzusetzen, wenn die Ausländerbeiratswahl mangels Wahlvorschlägen oder Bewerbern ausfällt oder der Ausländerbeirat im Laufe seiner Wahlzeit weniger als drei Mitglieder hat, gelten erstmals für die am 1. April 2021 beginnende Wahlzeit der Ausländerbeiräte.</p>		
--	--	--

## HKO

<p style="text-align: center;">§ 4c</p> <p style="text-align: center;">Beteiligung von Kindern und Jugendlichen</p> <p>Der Landkreis soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll der Landkreis über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Kreisangehörigen hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen</p>	<p style="text-align: center;">§ 4c</p> <p style="text-align: center;">Beteiligung von Kindern und Jugendlichen</p> <p>(1) Der Landkreis soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. <b>Zur Berücksichtigung der besonderen Belange soll der Landkreis geeignete Verfahren entwickeln, hierzu können Gremien eingerichtet werden.</b></p> <p>(2) Soweit geeignete Verfahren gem. Abs. 1 entwickelt wurden, können Kindern und Jugendlichen in den Organen des Landkreises und seiner Ausschüsse Antrags-, Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten eingeräumt werden.</p> <p>(3) Der Landkreis regelt per Satzung die nähere Ausgestaltung der Kinder- und Jugendbeteiligung.</p>	<p>Es wird auf die Begründung zur Änderung des § 4c HGO Bezug genommen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 8 a</p> <p style="text-align: center;">Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Beiräten, Kommissionen und Sachverständigen</p> <p>Kindern und Jugendlichen können in ihrer Funktion als Vertreter von Kinder- oder Jugendinitiativen in den Organen des Landkreises und seinen Ausschüssen Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten eingeräumt werden. Entsprechendes gilt für Vertreter von Beiräten, Kommissionen und für Sachverständige. Die zuständigen Organe des Landkreises können hierzu entsprechende Regelungen festlegen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 8a</p> <p style="text-align: center;">Interessenvertretung für ältere Menschen, sonstige Beiräte, Kommissionen</p> <p>(1) Der Landkreis kann zur Wahrung der Interessen älterer Menschen einen Beirat einrichten. Anstelle eines Beirates kann auf Beschluss des Kreistages auch ein Beauftragter für die Belange älterer Menschen bestellt werden.</p> <p>(2) Zur Berücksichtigung besonderer Belange kann der Landkreis weitere Beiräte mit beratender Funktion bilden.</p> <p>(3) Beiräten, Beauftragten für ältere Menschen, Kommissionen und Sachverständigen können in</p>	<p>Es wird auf die Begründung zur Änderung des § 8c HGO Bezug genommen</p>

	den Organen des Landkreises und seinen Ausschüssen Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten in den Angelegenheiten eingeräumt werden, die ihren Aufgabenbereich betreffen. Der Landkreis regelt per Satzung die weitere Ausgestaltung der Beiräte, des Beauftragten für ältere Menschen, für Kommissionen und Sachverständige.	
<p>§ 22 Aktives Wahlrecht</p> <p>(1) Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag</p> <p>1. Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehöriger eines der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland (Unionsbürger) ist,</p> <p>2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat und</p> <p>3. seit mindestens sechs Wochen im Landkreis seinen Wohnsitz hat.</p> <p>Bei Inhabern von Haupt- und Nebenwohnungen im Sinne des Melderechts gilt der Ort der Hauptwohnung als Wohnsitz.</p>	<p>§ 22 Aktives Wahlrecht</p> <p>(1) Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag</p> <p>1. Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehöriger eines der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland (Unionsbürger) ist,</p> <p>2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat und</p> <p>3. seit mindestens sechs Wochen im Landkreis seinen Wohnsitz hat.</p> <p>Bei Inhabern von Haupt- und Nebenwohnungen im Sinne des Melderechts gilt der Ort der Hauptwohnung als Wohnsitz.</p> <p>(2) Wahlberechtigt ist bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 auch, wer keinen Wohnsitz, aber seit mindestens sechs Wochen vor dem Wahltag seinen dauernden Aufenthalt im Landkreis hat.</p>	<p>Es wird auf die Begründung zur Änderung des § 30 HGO Bezug genommen.</p>

<p>(2) Landräte, hauptamtliche Bürgermeister und hauptamtliche Beigeordnete sind ohne Rücksicht auf die Dauer des Wohnsitzes mit dem Amtsantritt wahlberechtigt.</p> <p>(3) Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist, wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt.</p>	<p><del>(2)</del> (3) Landräte, hauptamtliche Bürgermeister und hauptamtliche Beigeordnete sind ohne Rücksicht auf die Dauer des Wohnsitzes <b>oder des dauernden Aufenthalts</b> mit dem Amtsantritt wahlberechtigt.</p> <p><del>(3)</del>-(4) Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist, wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt.</p>																															
<p>§ 23 Passives Wahlrecht</p> <p>(1) Wählbar als Kreistagsabgeordneter sind die Wahlberechtigten, die am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten im Landkreis ihren Wohnsitz haben. § 22 Abs. 1 Satz 2 gilt für die Wählbarkeit entsprechend.</p> <p>(2) Nicht wählbar ist, wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.</p>	<p>§ 23 Passives Wahlrecht</p> <p>(1) Wählbar als Kreistagsabgeordneter sind die Wahlberechtigten, die am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten im Landkreis ihren Wohnsitz <b>oder dauernden Aufenthalt</b> haben. § 22 Abs. 1 Satz 2 gilt für die Wählbarkeit entsprechend.</p> <p>(2) Nicht wählbar ist, wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.</p>	<p>Es wird auf die Begründung zur Änderung des § 30 HGO Bezug genommen.</p>																														
<p>§ 25 Zahl der Kreistagsabgeordneten</p> <p>(1) Die Zahl der Kreistagsabgeordneten beträgt in Landkreisen</p> <table> <tr> <td>bis zu</td><td>100 000 Einwohnern</td><td>51</td></tr> <tr> <td>von</td><td>100 001 bis zu 150 000 Einwohnern</td><td>61</td></tr> <tr> <td>von</td><td>150 001 bis zu 200 000 Einwohnern</td><td>71</td></tr> <tr> <td>von</td><td>200 001 bis zu 300 000 Einwohnern</td><td>81</td></tr> <tr> <td>von</td><td>300 001 bis zu</td><td></td></tr> </table>	bis zu	100 000 Einwohnern	51	von	100 001 bis zu 150 000 Einwohnern	61	von	150 001 bis zu 200 000 Einwohnern	71	von	200 001 bis zu 300 000 Einwohnern	81	von	300 001 bis zu		<p>§ 25 Zahl der Kreistagsabgeordneten</p> <p>(1) Die Zahl der Kreistagsabgeordneten beträgt in Landkreisen</p> <table> <tr> <td>bis zu</td><td>100 000 Einwohnern</td><td>51</td></tr> <tr> <td>von</td><td>100 001 bis zu 150 000 Einwohnern</td><td>61</td></tr> <tr> <td>von</td><td>150 001 bis zu 200 000 Einwohnern</td><td>71</td></tr> <tr> <td>von</td><td>200 001 bis zu 300 000 Einwohnern</td><td>81</td></tr> <tr> <td>von</td><td>300 001 bis zu</td><td></td></tr> </table>	bis zu	100 000 Einwohnern	51	von	100 001 bis zu 150 000 Einwohnern	61	von	150 001 bis zu 200 000 Einwohnern	71	von	200 001 bis zu 300 000 Einwohnern	81	von	300 001 bis zu		<p>Entspricht der Regelung in § 38 HGO</p>
bis zu	100 000 Einwohnern	51																														
von	100 001 bis zu 150 000 Einwohnern	61																														
von	150 001 bis zu 200 000 Einwohnern	71																														
von	200 001 bis zu 300 000 Einwohnern	81																														
von	300 001 bis zu																															
bis zu	100 000 Einwohnern	51																														
von	100 001 bis zu 150 000 Einwohnern	61																														
von	150 001 bis zu 200 000 Einwohnern	71																														
von	200 001 bis zu 300 000 Einwohnern	81																														
von	300 001 bis zu																															

<p>400 000 Einwohnern 87</p> <p>über 400 000 Einwohnern 93.</p> <p>(2) Durch die Hauptsatzung kann bis spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Wahlzeit die Zahl der Kreistagsabgeordneten auf die für die nächst niedrigere Größengruppe maßgebliche oder eine dazwischenliegende ungerade Zahl festgelegt werden. In der niedrigsten Einwohnergrößenklasse kann die Zahl der Kreistagsabgeordneten bis auf 41 abgesenkt werden. Die Änderung muss mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Kreistagsabgeordneten beschlossen werden und gilt ab der nächsten Wahlzeit.</p>	<p>400 000 Einwohnern 87</p> <p>über 400 000 Einwohnern 93.</p> <p>(2) Durch die Hauptsatzung kann bis spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Wahlzeit die Zahl der Kreistagsabgeordneten auf die für die nächst niedrigere Größengruppe maßgebliche oder eine dazwischenliegende ungerade Zahl festgelegt werden. In der niedrigsten Einwohnergrößenklasse kann die Zahl der Kreistagsabgeordneten bis auf 41 abgesenkt werden. Die Änderung <del>muss mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Kreistagsabgeordneten beschlossen werden und</del> gilt ab der nächsten Wahlzeit.</p>	
<p>§ 28 Unabhängigkeit</p> <p>(1) Die Kreistagsabgeordneten üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge und Wünsche der Wähler nicht gebunden.</p> <p>(2) Kreistagsabgeordnete sind ehrenamtlich Tätige im Sinne des § 18 Abs. 1 Satz 1 mit der Maßgabe, dass die §§ 24 bis 27 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend gelten. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Aufsichtsbehörde.</p>	<p>§ 28 Unabhängigkeit</p> <p>(1) Die Kreistagsabgeordneten üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge und Wünsche der Wähler nicht gebunden.</p> <p>(2) Kreistagsabgeordnete sind ehrenamtlich Tätige im Sinne des § 18 Abs. 1 Satz 1 mit der Maßgabe, dass die §§ 24 bis 27 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend gelten. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist <del>die Aufsichtsbehörde der Kreisausschuss</del>.</p>	Entspricht der Regelung in § 35 HGO
<p>§ 37 Wahl und Amtszeit des Landrats</p>	<p>§ 37 Wahl und Amtszeit des Landrats</p>	

<p>(1a) Der Landrat wird von den wahlberechtigten Kreisangehörigen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Die Wahl ist nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchzuführen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat.</p> <p>(1b) Entfällt auf keinen Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, findet frühestens am zweiten und spätestens am vierten Sonntag nach der Wahl eine Stichwahl unter den zwei Bewerbern statt, welche bei der ersten Wahl die höchsten Stimmenzahlen erhalten haben. Bei Verzicht eines dieser beiden Bewerber auf die Teilnahme an der Stichwahl findet die Stichwahl mit dem verbliebenen Bewerber statt. Bei der Stichwahl ist der Bewerber gewählt, der von den gültig abgegebenen Stimmen die höchste Stimmenzahl erhält. Nimmt nur ein Bewerber an der Stichwahl teil, ist er gewählt, wenn er die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.</p> <p>(1c) Scheidet ein Bewerber nach Zulassung der Wahlvorschläge vor der Wahl durch Tod oder Verlust der Wählbarkeit aus, findet eine Nachwahl statt. Scheidet einer der beiden Bewerber für die Stichwahl durch Tod oder Verlust der Wählbarkeit aus, ist die Wahl zu wiederholen. Ist nur ein Bewerber zur Wahl zugelassen und lauten nicht mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen auf „Ja“, ist das Wahlverfahren einschließlich der Wahlvorbereitung zu wiederholen; dies gilt auch, wenn beide Bewerber auf die Teilnahme an der Stichwahl verzichten oder im Falle des Abs. 1b Satz 4 der Bewerber nicht die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.</p> <p>(1d) Bei der Ermittlung der Bewerber für die Stichwahl und bei der Stichwahl entscheidet bei gleicher</p>	<p>(1a) Der Landrat wird von den wahlberechtigten Kreisangehörigen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Die Wahl ist nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchzuführen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat.</p> <p>(1b) Entfällt auf keinen Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, findet frühestens am zweiten und spätestens am vierten Sonntag nach der Wahl eine Stichwahl unter den zwei Bewerbern statt, welche bei der ersten Wahl die höchsten Stimmenzahlen erhalten haben. Bei Verzicht eines dieser beiden Bewerber auf die Teilnahme an der Stichwahl findet die Stichwahl mit dem verbliebenen Bewerber statt. Bei der Stichwahl ist der Bewerber gewählt, der von den gültig abgegebenen Stimmen die höchste Stimmenzahl erhält. Nimmt nur ein Bewerber an der Stichwahl teil, ist er gewählt, wenn er die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.</p> <p>(1c) Scheidet ein Bewerber nach Zulassung der Wahlvorschläge vor der Wahl durch Tod oder Verlust der Wählbarkeit aus, findet eine Nachwahl statt. Scheidet einer der beiden Bewerber für die Stichwahl durch Tod oder Verlust der Wählbarkeit aus, ist die Wahl zu wiederholen. Ist nur ein Bewerber zur Wahl zugelassen und lauten nicht mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen auf „Ja“, ist das Wahlverfahren einschließlich der Wahlvorbereitung zu wiederholen; dies gilt auch, wenn beide Bewerber auf die Teilnahme an der Stichwahl verzichten oder im Falle des Abs. 1b Satz 4 der Bewerber nicht die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.</p> <p>(1d) Bei der Ermittlung der Bewerber für die Stichwahl und bei der Stichwahl entscheidet bei gleicher</p>	
--	--	--

<p>Zahl an gültigen Stimmen das vom Wahlleiter in der Sitzung des Wahlausschusses zu ziehende Los.</p> <p>(2) Wählbar zum Landrat sind Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes und Unionsbürger, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Für den Ausschluss von der Wählbarkeit gelten § 22 Abs. 3 und § 23 Abs. 2 entsprechend.</p> <p>(3) Die Amtszeit des Landrats beträgt sechs Jahre.</p> <p>(4) Die Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung über die Weiterführung der Amtsgeschäfte nach Ablauf der Amtszeit (§ 41) gelten entsprechend.</p>	<p>Zahl an gültigen Stimmen das vom Wahlleiter in der Sitzung des Wahlausschusses zu ziehende Los.</p> <p>(2) Wählbar zum Landrat sind Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes und Unionsbürger, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Für den Ausschluss von der Wählbarkeit gelten § 22 <del>Abs. 3</del> Abs. 4 und § 23 Abs. 2 entsprechend.</p> <p>(3) Die Amtszeit des Landrats beträgt sechs Jahre.</p> <p>(4) Die Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung über die Weiterführung der Amtsgeschäfte nach Ablauf der Amtszeit (§ 41) gelten entsprechend.</p>	<p>Redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Änderung des § 22 (siehe oben).</p>
<p style="text-align: center;">§ 38</p> <p>Wahlvorbereitung, Zeitpunkt der Wahl des Landrats und der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten</p> <p>(1) Die Wahl des Landrats wird durch den Wahlausschuss des Landkreises (§ 5 Hessisches Kommunalwahlgesetz) vorbereitet.</p> <p>(2) Die Wahl der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten wird durch einen Ausschuss des Kreistags vorbereitet. Die Sitzungen dieses Ausschusses sind nicht öffentlich; der Vorsitzende des Kreistags und seine Stellvertreter, sofern sie nicht Ausschussmitglieder sind, sonstige Kreistagsabgeordnete - mit Ausnahme der Minderheitenvertreter im Sinne des § 62 Abs. 4 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung - und die Kreisbeigeordneten sowie Kreisbedienstete können nicht an den Ausschusssitzungen teilnehmen; über das Ergebnis der Sitzungen dürfen nur an Mitglieder des Kreistags und des Kreisausschusses Auskünfte erteilt werden. Die Stellen der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten</p>	<p style="text-align: center;">§ 38</p> <p>Wahlvorbereitung, Zeitpunkt der Wahl des Landrats und der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten</p> <p>(1) Die Wahl des Landrats wird durch den Wahlausschuss des Landkreises (§ 5 Hessisches Kommunalwahlgesetz) vorbereitet.</p> <p>(2) Die Wahl der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten wird durch einen Ausschuss des Kreistags vorbereitet. Die Sitzungen dieses Ausschusses sind nicht öffentlich; der Vorsitzende des Kreistags und seine Stellvertreter, sofern sie nicht Ausschussmitglieder sind, sonstige Kreistagsabgeordnete - mit Ausnahme der Minderheitenvertreter im Sinne des § 62 Abs. 4 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung - und die Kreisbeigeordneten <del>sowie Kreisbedienstete</del> können nicht an den Ausschusssitzungen teilnehmen; <b>Kreisbedienstete dürfen als Schriftführer teilnehmen. Für jedes Ausschussmitglied ist eine Stellvertretung zu berufen, welche im</b></p>	<p>Entspricht der Regelung in § 42 HGO</p>

<p>sind öffentlich auszuschreiben. Der Ausschuss hat die Bewerbungen zu sichten und über das Ergebnis seiner Arbeit in einer öffentlichen Sitzung des Kreistags zu berichten. Zum hauptamtlichen Kreisbeigeordneten kann nur gewählt werden, wer sich auf die Ausschreibung hin beworben hat. Satz 1 bis 5 gelten nicht für die Fälle der Wiederwahl.</p> <p>(3) Die Wahl des Landrats ist frühestens sechs und spätestens drei Monate vor Freiwerden der Stelle, bei unvorhergesehenem Freiwerden der Stelle spätestens nach vier Monaten durchzuführen. Bei der Bestimmung des Wahltags nach § 42 KWG kann von dem jeweils geltenden Zeitrahmen um bis zu drei Monate abgewichen werden, wenn dadurch die gemeinsame Durchführung der Wahl des Landrats mit einer anderen Wahl oder Abstimmung ermöglicht wird.</p> <p>(4) Die Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten ist frühestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit zulässig und soll spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit vorgenommen sein.</p>	<p><b>Fall der tatsächlichen Verhinderung an den Ausschusssitzungen teilnehmen kann.</b> Über das Ergebnis der Sitzungen dürfen nur an Mitglieder des Kreistags und des Kreisausschusses Auskünfte erteilt werden. Die Stellen der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten sind öffentlich auszuschreiben. Der Ausschuss hat die Bewerbungen zu sichten und über das Ergebnis seiner Arbeit in einer öffentlichen Sitzung des Kreistags zu berichten. Zum hauptamtlichen Kreisbeigeordneten kann nur gewählt werden, wer sich auf die Ausschreibung hin beworben hat. Satz 1 bis <b>7</b> gelten nicht für die Fälle der Wiederwahl.</p> <p>(3) Die Wahl des Landrats ist frühestens sechs und spätestens drei Monate vor Freiwerden der Stelle, bei unvorhergesehenem Freiwerden der Stelle spätestens nach vier Monaten durchzuführen. Bei der Bestimmung des Wahltags nach § 42 KWG kann von dem jeweils geltenden Zeitrahmen um bis zu drei Monate abgewichen werden, wenn dadurch die gemeinsame Durchführung der Wahl des Landrats mit einer anderen Wahl oder Abstimmung ermöglicht wird.</p> <p>(4) Die Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten ist frühestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit zulässig und soll spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit vorgenommen sein.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 40</p> <p style="text-align: center;">Einführung und Verpflichtung der Mitglieder des Kreisausschusses</p> <p>(1) Der Landrat und die Kreisbeigeordneten werden spätestens sechs Monate nach ihrer Wahl von dem Vorsitzenden des Kreistags in öffentlicher Sitzung in ihr Amt eingeführt und durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.</p>	<p style="text-align: center;">§ 40</p> <p style="text-align: center;">Einführung und Verpflichtung der Mitglieder des Kreisausschusses</p> <p>(1) Der Landrat und die Kreisbeigeordneten werden spätestens sechs Monate nach ihrer Wahl <b>und vor oder am Tag des Amtsantritts</b> von dem Vorsitzenden des Kreistags in öffentlicher Sitzung in ihr Amt eingeführt, <b>nach Aushändigung der Ernennungsurkunde vereidigt</b> und <del>durch Handschlag</del> auf</p>	<p>Entspricht der Regelung in § 46 HGO</p>

<p>(2) Die Vorschriften des § 46 Abs. 2 und 3 der Hessischen Gemeindeordnung gelten entsprechend.</p>	<p>die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.</p> <p>(2) Die Vorschriften des § 46 Abs. 2 und 3 der Hessischen Gemeindeordnung gelten entsprechend.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 66</p> <p style="text-align: center;">Überleitungs- und Durchführungsvorschriften</p> <p>(1) Die Landesregierung kann Überleitungsvorschriften erlassen.</p> <p>(2) Der Minister des Innern erlässt die Durchführungsvorschriften zu diesem Gesetz; soweit es sich um Vorschriften handelt, die die Wirtschaft der Landkreise betreffen, gemeinsam mit dem Minister der Finanzen.</p> <p>(3) Für Direktwahlen, deren Wahltag vor dem 16. Mai 2020 bestimmt und öffentlich bekannt gemacht worden ist, gilt § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in der bis zum 15. Mai 2020 geltenden Fassung fort.</p> <p>(4) § 26a Abs. 1 Satz 4 in der bis zum 15. Mai 2020 geltenden Fassung gilt für die am 6. März 2016 gewählten Kreistage bis zum Ende ihrer Wahlzeit am 31. März 2021 fort.</p> <p>(5) § 27 in der bis zum 15. Mai 2020 geltenden Fassung gilt für die am 6. März 2021 gewählten Kreistage bis zum Ende der Wahlzeit am 31. März 2021 fort.</p>	<p style="text-align: center;">§ 66</p> <p style="text-align: center;">Überleitungs- und Durchführungsvorschriften</p> <p>(1) Die Landesregierung kann Überleitungsvorschriften erlassen.</p> <p>(2) Der Minister des Innern erlässt die Durchführungsvorschriften zu diesem Gesetz; soweit es sich um Vorschriften handelt, die die Wirtschaft der Landkreise betreffen, gemeinsam mit dem Minister der Finanzen.</p> <p>(3) <del>Abweichend von § 25 Abs. 2 Satz 1 sind in der bis zum 31. März 2026 dauernden Wahlzeit Änderungen an der Hauptsatzung, um die Zahl der Kreistagsabgeordneten auf die für die nächst niedrigere Größengruppe maßgebliche oder eine dazwischenliegende ungerade Zahl festzulegen, spätestens sechs Monate vor Ablauf der Wahlzeit vorzunehmen.</del></p> <p><del>(4) § 26a Abs. 1 Satz 4 in der bis zum 15. Mai 2020 geltenden Fassung gilt für die am 6. März 2016 gewählten Kreistage bis zum Ende ihrer Wahlzeit am 31. März 2021 fort.</del></p> <p><del>(5) § 27 in der bis zum 15. Mai 2020 geltenden Fassung gilt für die am 6. März 2021 gewählten Kreistage bis zum Ende der Wahlzeit am 31. März 2021 fort.</del></p>	<p>Mittels der Regelung in Abs. 3 wird sichergestellt, dass von der erleichterten Verkleinerungsmöglichkeit durch Beschluss mit einfacher Mehrheit noch vor der Kommunalwahl 2026 Gebrauch gemacht werden kann. Die Jahresfrist wird dazu einmalig verkürzt.</p>

--	--	--

ENTWURF

§ 12 Aufstellung der Wahlvorschläge	§ 12 Aufstellung der Wahlvorschläge	
<p>(1) Die Bewerber für die Wahlvorschläge werden in geheimer Abstimmung in einer Versammlung der Mitglieder der Partei oder Wählergruppe im Wahlkreis oder in einer Versammlung der von den Mitgliedern der Partei oder Wählergruppe im Wahlkreis aus ihrer Mitte gewählten Vertreter (Vertreterversammlung) aufgestellt und ihre Reihenfolge im Wahlvorschlag festgelegt. Bei der Aufstellung sollen nach Möglichkeit Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt werden. Mit der Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung darf nicht früher als 18 Monate und mit der Aufstellung der Bewerber für die Wahlvorschläge darf nicht früher als 15 Monate vor Ablauf der Wahlzeit begonnen werden; dies gilt nicht, wenn die Wiederholung der Wahl im ganzen Wahlkreis angeordnet wurde. Vorschlagsberechtigt ist auch jeder Teilnehmer der Versammlung; den Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. Eine Wahl mit verdeckten Stimmzetteln gilt als geheime Abstimmung. Das Nähere über die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung, über die Einberufung und Beschlussfähigkeit der Mitglieder- oder Vertreterversammlung sowie über das gesetzlich nicht geregelte Verfahren für die Aufstellung von Wahlvorschlägen und für die Benennung der Vertrauenspersonen regeln die Parteien und Wählergruppen.</p>	<p>(1) Die Bewerber für die Wahlvorschläge werden in geheimer Abstimmung in einer Versammlung der Mitglieder der Partei oder Wählergruppe im Wahlkreis oder in einer Versammlung der von den Mitgliedern der Partei oder Wählergruppe im Wahlkreis aus ihrer Mitte gewählten Vertreter (Vertreterversammlung) aufgestellt und ihre Reihenfolge im Wahlvorschlag festgelegt. Bei der Aufstellung sollen nach Möglichkeit Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt werden. Mit der Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung darf nicht früher als 18 Monate und mit der Aufstellung der Bewerber für die Wahlvorschläge darf nicht früher als 15 Monate vor Ablauf der Wahlzeit begonnen werden; dies gilt nicht, wenn die Wiederholung der Wahl im ganzen Wahlkreis angeordnet wurde. Vorschlagsberechtigt ist auch jeder Teilnehmer der Versammlung; den Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. Eine Wahl mit verdeckten Stimmzetteln gilt als geheime Abstimmung. Das Nähere über die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung, über die Einberufung und Beschlussfähigkeit der Mitglieder- oder Vertreterversammlung sowie über das gesetzlich nicht geregelte Verfahren für die Aufstellung von Wahlvorschlägen und für die Benennung der Vertrauenspersonen regeln die Parteien und Wählergruppen.</p>	

<p>(2) Bewerber für die Wahl des Ortsbeirats können auch in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung der Partei oder Wählergruppe auf Gemeindeebene aufgestellt werden. In diesem Fall muss die Partei oder Wählergruppe die Wahlvorschläge für sämtliche Ortsbeiratswahlen in der Gemeinde in einer oder mehreren gemeinsamen Versammlungen aufstellen.</p> <p>(3) Über den Verlauf der Versammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, die Form der Einladung, die Zahl der erschienenen Mitglieder oder Vertreter, die Ergebnisse der Abstimmungen sowie über die Vertrauenspersonen und die jeweilige Ersatzperson nach § 11 Abs. 3 Satz 3 enthalten. Die Niederschrift ist von dem Versammlungsleiter, dem Schriftführer und zwei weiteren Mitgliedern oder Vertretern zu unterzeichnen; sie haben dabei gegenüber dem Wahlleiter an Eides statt zu versichern, dass die Wahl der Bewerber in geheimer Abstimmung erfolgt ist und die Anforderungen nach Abs. 1 Satz 3 beachtet worden sind. Der Wahlleiter ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides statt zuständig.</p>	<p>(2) Bewerber für die Wahl des Ortsbeirats können auch in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung der Partei oder Wählergruppe auf Gemeindeebene aufgestellt werden. In diesem Fall muss die Partei oder Wählergruppe die Wahlvorschläge für sämtliche Ortsbeiratswahlen in der Gemeinde in einer oder mehreren gemeinsamen Versammlungen aufstellen.</p> <p>(3) Über den Verlauf der Versammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, die Form der Einladung, die Zahl der erschienenen Mitglieder oder Vertreter, die Ergebnisse der Abstimmungen sowie über die Vertrauenspersonen und die jeweilige Ersatzperson nach § 11 Abs. 3 Satz 3 enthalten. Die Niederschrift ist von dem Versammlungsleiter, dem Schriftführer und zwei weiteren Mitgliedern oder Vertretern zu unterzeichnen; sie haben dabei gegenüber dem Wahlleiter an Eides statt zu versichern, dass die Wahl der Bewerber in geheimer Abstimmung erfolgt ist und die Anforderungen nach <del>Abs. 1 Satz 3</del> Abs. 1 Satz 4 beachtet worden sind. Der Wahlleiter ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides statt zuständig.</p>	<p>Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung. Durch das „Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften“ vom 7. Mai 2020 wurde in § 12 Abs. 1 ein neuer Satz 3 eingefügt, wodurch der bisherige Satz 3 zu Satz 4 wurde.</p> <p>Diese Änderung ist in § 12 Abs. 3 Satz 3 nachzuvollziehen, indem dort anstelle von Abs. 1 Satz 3 auf Abs. 1 Satz 4 verwiesen wird.</p>
<p>§ 14 Mängelbeseitigung</p> <p>(1) Der Wahlleiter hat die Wahlvorschläge sofort nach Eingang auf Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit zu prüfen; die Prüfung partei- oder wählergruppeninterner Vorgänge (§ 12 Abs. 1</p>	<p>§ 14 Mängelbeseitigung</p> <p>(1) Der Wahlleiter hat die Wahlvorschläge sofort nach Eingang auf Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit zu prüfen; die Prüfung partei- oder wählergruppeninterner Vorgänge (§ 12 Abs. 1</p>	<p>Die Vorschrift wird mit der entsprechenden Vorschrift des Landtagswahlgesetzes (§ 24 Abs. 1 Satz 2 LWG) harmonisiert. Die bisherige Bezugnahme in</p>

<p>Satz 6) ist ausgeschlossen. Stellt er Mängel fest, die die Gültigkeit eines Wahlvorschlags berühren, so soll er, falls die Mängel noch vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge (§ 13 Abs. 1) abgestellt werden können, unverzüglich auf ihre Beseitigung hinwirken.</p> <p>(2) Nach Ablauf der Einreichungsfrist können nur noch Mängel gültiger Wahlvorschläge behoben werden. Ein gültiger Wahlvorschlag liegt nicht vor, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Form oder Frist des § 13 Abs. 1 nicht gewahrt ist,</li> <li>2. die erforderlichen gültigen Unterschriften fehlen (§ 11 Abs. 3 und 4),</li> <li>3. der Nachweis über die Versammlung zur Aufstellung der Bewerber nicht erbracht ist (§ 12 Abs. 3),</li> <li>4. der Nachweis über die Wahlberechtigung der Unterzeichner des Wahlvorschlags fehlt (§ 11 Abs. 4).</li> </ol> <p>Fehlt die Zustimmungserklärung eines Bewerbers nach § 11 Abs. 2 Satz 3, so ist der Wahlvorschlag insoweit ungültig.</p> <p>(3) Nach der Entscheidung über die Zulassung eines Wahlvorschlags (§ 15) ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen.</p>	<p>Satz 6) ist ausgeschlossen. Stellt er Mängel fest, <del>die die Gültigkeit eines Wahlvorschlags berühren,</del> so soll er, <del>falls die Mängel noch vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge (§ 13 Abs. 1) abgestellt werden können,</del> unverzüglich auf ihre Beseitigung hinwirken.</p> <p>(2) Nach Ablauf der Einreichungsfrist können nur noch Mängel gültiger Wahlvorschläge behoben werden. Ein gültiger Wahlvorschlag liegt nicht vor, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Form oder Frist des § 13 Abs. 1 nicht gewahrt ist,</li> <li>2. die erforderlichen gültigen Unterschriften fehlen (§ 11 Abs. 3 und 4),</li> <li>3. der Nachweis über die Versammlung zur Aufstellung der Bewerber nicht erbracht ist (§ 12 Abs. 3),</li> <li>4. der Nachweis über die Wahlberechtigung der Unterzeichner des Wahlvorschlags fehlt (§ 11 Abs. 4).</li> </ol> <p>Fehlt die Zustimmungserklärung eines Bewerbers nach § 11 Abs. 2 Satz 3, so ist der Wahlvorschlag insoweit ungültig.</p> <p>(3) Nach der Entscheidung über die Zulassung eines Wahlvorschlags (§ 15) ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen.</p>	<p>§ 14 Abs. 1 Satz 2 auf Mängel, die die Gültigkeit eines Wahlvorschlags berühren und die vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge abgestellt werden können, ist missverständlich. Durch sie kann der Eindruck entstehen, dass die Parteien und Wählergruppen vom Wahlleiter nur auf die in § 14 Abs. 2 Satz 2 genannten Mängel eingereichter Wahlvorschläge hinzuweisen sind. Um den Parteien und Wählergruppen jedoch eine umfassende Möglichkeit zur Mängelbeseitigung zu geben, soll der Wahlleiter auf die Beseitigung sämtlicher Mängel eingereichter Wahlvorschläge hinwirken, insbesondere solcher, die zu deren Zurückweisung (§ 15 Abs. 2) führen. Dies wird durch die Gesetzesänderung klargestellt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 15 Zulassung und Veröffentlichung der Wahlvorschläge</p> <p>(1) Der Wahlausschuss beschließt am achtundfünfzigsten Tag vor der Wahl in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge.</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Zulassung und Veröffentlichung der Wahlvorschläge</p> <p>(1) Der Wahlausschuss beschließt am achtundfünfzigsten Tag vor der Wahl in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge.</p>	

<p>(2) Ein Wahlvorschlag ist zurückzuweisen, wenn er verspätet eingereicht ist oder den Anforderungen nicht entspricht, die durch dieses Gesetz und die Kommunalwahlordnung aufgestellt sind. Sind in einem Wahlvorschlag die Anforderungen nur hinsichtlich einzelner Bewerber nicht erfüllt, so werden sie aus dem Wahlvorschlag gestrichen; Entsprechendes gilt für die Unterzeichner eines Wahlvorschlags.</p> <p>(3) Weist der Wahlausschuss einen Wahlvorschlag zurück, so kann die Vertrauensperson des Wahlvorschlags hiergegen binnen zwei Tagen nach Verkündung der Entscheidung Einspruch bei dem Wahlleiter einlegen; über den Einspruch entscheidet der Wahlausschuss.</p> <p>(4) Der Wahlleiter macht die zugelassenen Wahlvorschläge spätestens am achtundvierzigsten Tag vor der Wahl öffentlich bekannt und veranlasst, dass amtliche Musterstimmzettel verteilt werden; er kann sich dazu vereinfachter, nicht adressierter Verteilungsformen bedienen. Die Wahlvorschläge sind in der Reihenfolge zu veröffentlichen, dass zuerst die im Landtag vertretenen Parteien nach der Zahl ihrer Landesstimmen bei der letzten Landtagswahl aufgeführt werden. Danach folgen die in der zu wählenden Vertretungskörperschaft vertretenen Parteien und Wählergruppen in der Reihenfolge der bei der letzten Wahl erreichten Anzahl der Stimmen. Schließlich folgen die übrigen Wahlvorschläge, über deren Reihenfolge das Los entscheidet. Das Los ist in der Sitzung des Wahlausschusses, in der über die Zulassung der Wahlvorschläge entschieden wird, vom Wahlleiter zu ziehen.</p>	<p>(2) Ein Wahlvorschlag ist zurückzuweisen, wenn er verspätet eingereicht ist oder den Anforderungen nicht entspricht, die durch dieses Gesetz und die Kommunalwahlordnung aufgestellt sind. Sind in einem Wahlvorschlag die Anforderungen nur hinsichtlich einzelner Bewerber nicht erfüllt, so werden sie aus dem Wahlvorschlag gestrichen; Entsprechendes gilt für die Unterzeichner eines Wahlvorschlags.</p> <p>(3) Weist der Wahlausschuss einen Wahlvorschlag zurück, so kann die Vertrauensperson des Wahlvorschlags hiergegen binnen zwei Tagen nach Verkündung der Entscheidung Einspruch bei dem Wahlleiter einlegen; über den Einspruch entscheidet der Wahlausschuss.</p> <p>(4) Der Wahlleiter macht die zugelassenen Wahlvorschläge spätestens am achtundvierzigsten Tag vor der Wahl öffentlich bekannt und veranlasst, dass amtliche Musterstimmzettel <b>verteilt ausgelegt</b> werden. <del>er kann sich dazu vereinfachter, nicht adressierter Verteilungsformen bedienen.</del> Die Wahlvorschläge sind in der Reihenfolge zu veröffentlichen, dass zuerst die im Landtag vertretenen Parteien nach der Zahl ihrer Landesstimmen bei der letzten Landtagswahl aufgeführt werden. Danach folgen die in der zu wählenden Vertretungskörperschaft vertretenen Parteien und Wählergruppen in der Reihenfolge der bei der letzten Wahl erreichten Anzahl der Stimmen. Schließlich folgen die übrigen Wahlvorschläge, über deren Reihenfolge das Los entscheidet. Das Los ist in der Sitzung des Wahlausschusses, in der über die Zulassung der Wahlvorschläge entschieden wird, vom Wahlleiter zu ziehen.</p>	<p>Die Änderung soll der bewährten Praxis Rechnung tragen, dass die amtlichen Musterstimmzettel üblicherweise in der Gemeindeverwaltung ausgelegt bzw. ausgehangen werden. Diese Handhabung ist zwar auch auf Basis des bisherigen Gesetzeswortlautes durch die Formulierung „er kann sich dazu vereinfachter, nicht adressierter Verteilungsformen bedienen“ möglich. Durch die Änderung des Gesetzeswortlautes von „verteilt“ in „ausgelegt“ soll insoweit aber eine gesetzliche Klarstellung erfolgen.</p>
--	--	---

<p>(5) Weist ein Bewerber gegenüber dem Wahlleiter bis zum Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge nach, dass für ihn im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes eingetragen ist, ist in der Bekanntmachung nach Abs. 4 Satz 1 anstelle seiner Anschrift (Hauptwohnung) eine Erreichbarkeitsanschrift zu verwenden; die Angabe eines Postfachs genügt nicht.</p>	<p>(5) Weist ein Bewerber gegenüber dem Wahlleiter bis zum Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge nach, dass für ihn im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes eingetragen ist, ist in der Bekanntmachung nach Abs. 4 Satz 1 anstelle <del>seiner Anschrift seines Wohnortes</del> (Hauptwohnung) <del>eine Erreichbarkeitsanschrift der Ort seiner Erreichbarkeitsanschrift</del> zu verwenden; die Angabe eines Postfachs genügt nicht.</p>	<p>Es handelt sich um eine Folgeänderung zu einer in der Kommunalwahlordnung (KWO) vorgesehenen Änderung:</p> <p>In der KWO soll geregelt werden, dass bei der öffentlichen Bekanntmachung der Wahlvorschläge künftig nicht mehr die Anschrift der Bewerberinnen und Bewerber, sondern nur noch deren Wohnort (Hauptwohnung) angegeben wird (§§ 26, 23 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 KWO). Die Änderung der KWO soll zeitgleich mit diesem Gesetz in Kraft treten.</p> <p>Eine Veröffentlichung der privaten Anschriften von Bewerberinnen und Bewerbern erscheint nicht mehr zeitgemäß und erforderlich. Hintergrund der bisherigen Regelungen einer öffentlichen Bekanntmachung der privaten Anschrift war, den Wahlberechtigten zu ermöglichen, die Bewerberinnen und Bewerber vor einer Wahl zu kontaktieren und sich über Person und politisches Programm zu informieren. Jedoch ist die Bekanntmachung der privaten Wohnanschrift heutzutage für eine Kontaktaufnahme nicht mehr erforderlich, da sowohl Parteien und Wählergruppen als auch interessierte Wahlberechtigte für Wahlwerbung, Information und Kommunikation im Wesentlichen Internetauftritte, E-Mail und social-media-Kanäle nutzen; im Übrigen existieren postalische Adressen von Wahlkreisbüros und Geschäftsstellen. Zugleich ist eine gesellschaftliche Entwicklung zu verzeichnen, in der sich persönliche Bedrohungslagen für Politikerinnen und Politiker zunehmend vergrößern und persönliche Daten wie Wohnanschriften für sachfremde Zwecke missbraucht werden.</p>
--	---	---

		<p>Die vorgesehene Änderung entspricht auch einem Trend in anderen Bundesländern und auf Bundesebene, der zunehmend dahingeht, die Privatadressen von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern nicht mehr öffentlich bekanntzumachen.</p> <p>Die vorgesehene KWO-Änderung erfordert eine entsprechende Anpassung von § 15 Abs. 5 des Gesetzes. An die Stelle der bisherigen Formulierung, dass in der Bekanntmachung anstelle der Anschrift (Hauptwohnung) eine Erreichbarkeitsanschrift zu verwenden ist, soll die Formulierung treten, dass anstelle des Wohnortes (Hauptwohnung) der Ort der Erreichbarkeitsanschrift zu verwenden ist.</p>
<p>§ 16 Stimmzettel</p> <p>(1) Die Stimmzettel werden für jeden Wahlkreis unter Verantwortung des Wahlleiters amtlich hergestellt.</p> <p>(2) Auf dem Stimmzettel sind die zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge nach § 15 Abs. 4 neben- oder untereinander aufzuführen. Bei jedem Wahlvorschlag sind der Name der Partei oder Wählergruppe und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese sowie die Rufnamen und Familiennamen der Bewerber anzugeben. Auf dem Stimmzettel wird zu jedem Bewerber zusätzlich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Beruf oder Stand,</li> <li>2. das Geburtsjahr,</li> <li>3. der Geburtsname, wenn ein abweichender Familienname geführt wird,</li> <li>4.</li> </ol>	<p>§ 16 Stimmzettel</p> <p>(1) Die Stimmzettel werden für jeden Wahlkreis unter Verantwortung des Wahlleiters amtlich hergestellt.</p> <p>(2) Auf dem Stimmzettel sind die zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge nach § 15 Abs. 4 neben- oder untereinander aufzuführen. Bei jedem Wahlvorschlag sind der Name der Partei oder Wählergruppe und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese sowie die Rufnamen und Familiennamen der Bewerber anzugeben. <b>Zusätzlich können ein eingetragener Doktorgrad (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 des Personalausweisgesetzes, § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 des Passgesetzes) und ein eingetragener Ordens- oder Künstlernamen (§ 5 Abs. 2 Nr. 12 des Personalausweisgesetzes, § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 des Passgesetzes) angegeben werden.</b> Auf dem Stimmzettel wird zu jedem Bewerber zusätzlich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Beruf oder Stand,</li> </ol>	<p>Es wird geregelt, dass der Dokortitel einer Bewerberin oder eines Bewerbers nach deren bzw. dessen Willen auf dem Stimmzettel angegeben werden kann. Mangels ausdrücklicher gesetzlicher Regelung kam es insoweit in der Vergangenheit zu Rechtsunsicherheiten, so dass eine gesetzliche Klarstellung geboten ist. Mit der Gesetzesänderung erfolgt zugleich auch eine Harmonisierung mit Bundesrecht: In § 38 Abs. 1 Satz 4 der Europawahlordnung wurde kürzlich der Zusatz aufgenommen, dass ein eingetragener Doktorgrad auf dem Stimmzettel angegeben werden kann. Auch in der Bundeswahlordnung ist eine entsprechende Änderung geplant. Entsprechend der Regelungen im Bundesrecht (§§ 45 Abs. 1 Satz 4 BWO, 38 Abs. 1 Satz 4 EuWO) soll künftig auch die Angabe eines eingetragenen Ordens- oder Künstlernamens auf dem Stimmzettel vom Willen der Bewerberin bzw. des</p>

<p>ein Ordens- oder Künstlername, wenn dieser im Pass-, Personalausweis- oder Melderegister eingetragen ist, und</p> <p>5. bei der Wahl der Kreistagsabgeordneten die Gemeinde der Hauptwohnung, bei der Wahl der Gemeindevertreter der nach § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung benannte Gemeindeteil der Hauptwohnung aufgenommen, wenn und soweit die jeweilige Vertretungskörperschaft dies mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Wahlzeit beschlossen hat; für die Wahl der Ortsbeiräte muss der Beschluss der Gemeindevertretung für sämtliche Ortsbeiratswahlen einheitlich erfolgen. Bei einem Nachweis nach § 15 Abs. 5 ist abweichend von Satz 3 Nr. 5 für den Bewerber anstelle der Gemeinde oder des Gemeindeteils der Hauptwohnung die Gemeinde oder der Gemeindeteil der Erreichbarkeitsanschrift anzugeben. Es werden für jeden Wahlvorschlag höchstens so viele Personen aufgeführt, wie Vertreter zu wählen sind.</p>	<p>2. das Geburtsjahr,</p> <p>3. der Geburtsname, wenn ein abweichender Familienname geführt wird, <b>und</b></p> <p><del>4. ein Ordens- oder Künstlername, wenn dieser im Pass-, Personalausweis- oder Melderegister eingetragen ist, und</del></p> <p><del>5. 4.</del></p> <p>bei der Wahl der Kreistagsabgeordneten die Gemeinde der Hauptwohnung, bei der Wahl der Gemeindevertreter der nach § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung benannte Gemeindeteil der Hauptwohnung aufgenommen, wenn und soweit die jeweilige Vertretungskörperschaft dies mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder <b>spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Wahlzeit</b> beschlossen hat; für die Wahl der Ortsbeiräte muss der Beschluss der Gemeindevertretung für sämtliche Ortsbeiratswahlen einheitlich erfolgen. <b>Ein Beschluss der jeweiligen Vertretungskörperschaft gilt, bis diese ihn mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder ändert oder aufhebt. Beschlüsse nach Satz 4 sowie Änderungs- und Aufhebungsbeschlüsse nach Satz 5 gelten frühestens zwölf Monate nach Beschlussfassung.</b> Bei einem Nachweis nach § 15 Abs. 5 ist abweichend von <del>Satz 3 Nr. 5</del> <b>Satz 4 Nr. 4</b> für den Bewerber anstelle der Gemeinde oder des Gemeindeteils der Hauptwohnung die Gemeinde oder der Gemeindeteil der Erreichbarkeitsanschrift anzugeben. Es werden für jeden Wahlvorschlag höchstens so viele Personen aufgeführt, wie Vertreter zu wählen sind.</p> <p>(3) Ist nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen, sind alle Bewerber des Wahlvorschlags auf dem Stimmzettel ohne Angabe der Partei oder</p>	<p>Bewerbers abhängen. Bisher ist die Angabe eines Ordens- oder Künstlernamens auf dem Stimmzettel von einem entsprechenden Beschluss der jeweiligen Vertretungskörperschaft abhängig (§ 16 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4). Es erscheint sinnvoll, insoweit einen Gleichlauf zwischen der Angabe eines Dokortitels und eines Ordens- oder Künstlernamens herzustellen und die Nennung dieser sehr individuellen Angaben auf dem Stimmzettel vom Willen der Bewerberin bzw. des Bewerbers abhängen zu lassen.</p> <p>Nach derzeitiger Rechtslage muss zu den auf dem Stimmzettel befindlichen Bewerberangaben vor jeder Wahl innerhalb der vorgesehenen Frist ein neuer Beschluss der jeweiligen Vertretungskörperschaft getroffen werden, andernfalls werden auf dem Stimmzettel nur die gesetzlichen Mindestangaben (§ 16 Abs. 2 Satz 2) angegeben. Diese Regelung wird auf Anregung aus dem Kreis der kommunalen Spitzenverbände dahingehend geändert, dass ein von der jeweiligen Vertretungskörperschaft hinsichtlich der Bewerberangaben gefasster Beschluss so lange gilt, bis er in der gleichen Weise aufgehoben oder modifiziert wird. Im Interesse der Planungssicherheit ist geboten, dass ein (erstmaliger, abändernder oder aufhebender) Beschluss in einer angemessenen Frist vor Ablauf der Wahlzeit getroffen werden muss, um für die betreffende Wahl wirksam zu sein. Insbesondere die potentiellen Bewerberinnen und Bewerber müssen rechtzeitig wis-</p>
--	--	--

<p>(3) Ist nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen, sind alle Bewerber des Wahlvorschlags auf dem Stimmzettel ohne Angabe der Partei oder Wählergruppe, die den Bewerber aufgestellt hat, aufzuführen.</p>	<p>Wählergruppe, die den Bewerber aufgestellt hat, aufzuführen.</p>	<p>sen, welche ihrer persönlichen Angaben im Falle einer Kandidatur auf den Stimmzettel aufgenommen werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 22</p> <p style="text-align: center;">Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis</p> <p>(1) Der Wahlausschuss stellt fest, wie viele Stimmen im Wahlkreis auf die einzelnen Bewerber und Wahlvorschläge abgegeben worden sind, wie viele Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen und welche Bewerber gewählt worden sind; die auf einen Wahlvorschlag entfallende Stimmenzahl besteht aus der Summe der von den Bewerbern dieses Wahlvorschlags erreichten Stimmen.</p> <p>(2) (aufgehoben)</p> <p>(3) Ist die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt, so werden den einzelnen Wahlvorschlägen so viele Sitze zugeteilt, wie ihnen im Verhältnis der auf sie entfallenden Stimmenzahlen zur Gesamtstimmenzahl aller an der Sitzverteilung teilnehmenden Wahlvorschläge zustehen. Dabei erhält jeder Wahlvorschlag zunächst so viele Sitze, wie sich für ihn ganze Zahlen ergeben. Sind danach noch Sitze zu vergeben, so sind sie in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich nach der Berechnung nach Satz 1 ergeben, auf die Wahlvorschläge zu verteilen. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Zahlenbruchteilen das vom Wahlleiter zu ziehende Los.</p>	<p style="text-align: center;">§ 22</p> <p style="text-align: center;">Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis</p> <p>(1) Der Wahlausschuss stellt fest, wie viele Stimmen im Wahlkreis auf die einzelnen Bewerber und Wahlvorschläge abgegeben worden sind, wie viele Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen und welche Bewerber gewählt worden sind; die auf einen Wahlvorschlag entfallende Stimmenzahl besteht aus der Summe der von den Bewerbern dieses Wahlvorschlags erreichten Stimmen.</p> <p>(2) (aufgehoben)</p> <p><del>-(3) Ist die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt, so werden den einzelnen Wahlvorschlägen so viele Sitze zugeteilt, wie ihnen im Verhältnis der auf sie entfallenden Stimmenzahlen zur Gesamtstimmenzahl aller an der Sitzverteilung teilnehmenden Wahlvorschläge zustehen. Dabei erhält jeder Wahlvorschlag zunächst so viele Sitze, wie sich für ihn ganze Zahlen ergeben. Sind danach noch Sitze zu vergeben, so sind sie in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich nach der Berechnung nach Satz 1 ergeben, auf die Wahlvorschläge zu verteilen. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Zahlenbruchteilen das vom Wahlleiter zu ziehende Los.</del></p> <p>(3) Ist die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt, so werden die Sitze nach</p>	<p>Als Beitrag zur Stärkung und Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften soll die Sitzzuteilung bei der Wahl der Gemeindevertretungs- und Kreistagsmitglieder künftig nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren erfolgen.</p> <p>Gegenwärtig werden die auf die Bewerberinnen und Bewerber entfallenden Sitze gemäß dem Sitzzuteilungsverfahren nach Hare/Niemeyer ermittelt. Dieses Verfahren führt allerdings dazu, dass auch Parteien und Wählergruppen einen Sitz erhalten können, die nur sehr wenige Stimmen auf sich vereinigen konnten. Teilweise reichen bereits deutlich weniger Stimmen für die Zuteilung eines ersten Sitzes aus als die durchschnittliche Anzahl der Stimmen, die für einen Sitz benötigt werden. Dies hat</p>

<p>(4) Erhält bei der Verteilung der Sitze nach Abs. 3 der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe, auf den mehr als die Hälfte der Stimmenzahl aller an der Sitzverteilung teilnehmenden Wahlvorschläge entfallen ist, nicht mehr als die Hälfte der insgesamt zu vergebenden Sitze, so sind die nach Zahlenbruchteilen zu vergebenden Sitze abweichend von Abs. 3 Satz 3 und 4 zu verteilen. In diesem Fall wird zunächst dem in Satz 1 genannten Wahlvorschlag ein weiterer Sitz zugeteilt; für die danach noch zu vergebenden Sitze ist wieder Abs. 3 Satz 3 und 4 anzuwenden.</p>	<p>dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren wie folgt auf die Wahlvorschläge verteilt: Die Stimmenzahlen, die für die einzelnen Wahlvorschläge festgestellt worden sind, werden nacheinander so lange durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis so viele Höchstzahlen ermittelt sind, wie Sitze zu vergeben sind. Jedem Wahlvorschlag wird dabei der Reihe nach so oft ein Sitz zugeteilt, wie er jeweils die höchste Teilungszahl aufweist. Bei gleichem Anspruch mehrerer Wahlvorschläge auf einen Sitz fällt dieser dem Wahlvorschlag zu, dessen in Betracht kommender Bewerber die größere Stimmenzahl aufweist. Ergibt sich für den letzten Sitz oder die letzten Sitze auch nach Maßgabe von Satz 4 ein gleicher Anspruch mehrerer Wahlvorschläge für eine größere Anzahl von Wahlvorschlägen, als Sitze zu vergeben sind, entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los.</p> <p><del>(4) Erhält bei der Verteilung der Sitze nach Abs. 3 der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe, auf den mehr als die Hälfte der Stimmenzahl aller an der Sitzverteilung teilnehmenden Wahlvorschläge entfallen ist, nicht mehr als die Hälfte der insgesamt zu vergebenden Sitze, so sind die nach Zahlenbruchteilen zu vergebenden Sitze abweichend von Abs. 3 Satz 3 und 4 zu verteilen. In diesem Fall wird zunächst dem in Satz 1 genannten Wahlvorschlag ein weiterer Sitz zugeteilt; für die danach noch zu vergebenden Sitze ist wieder Abs. 3 Satz 3 und 4 anzuwenden.</del></p> <p>(4) Erhält bei der Verteilung der Sitze nach Abs. 3 der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe, auf den mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen entfallen ist, nicht mehr als die Hälfte der insgesamt zu vergebenden Sitze, wird ihm abweichend von Abs. 3 vorab ein Sitz zugeteilt; für die</p>	<p>zu einer erheblichen und sich fortwährend verstärkenden Zersplitterung der Kommunalvertretungen beigetragen. Einige kommunale Vertretungen setzen sich mittlerweile aus mehr als zehn unterschiedlichen Parteien und Wählergruppen zusammen. Aufgrund der insoweit kontinuierlichen Entwicklung bei den vergangenen Kommunalwahlen ist damit zu rechnen, dass die Tendenz zur zunehmenden Zersplitterung der Kommunalvertretungen bestehen bleiben wird.</p> <p>Die zunehmende Zersplitterung führt zu einer Beeinträchtigung oder zumindest starken Gefährdung der Handlungs- und Funktionsfähigkeit der Gemeindevertretungen und Kreistage. Die Arbeit der Vertretungskörperschaften und auch der Verwaltung wird insbesondere durch die gestiegene Zahl von Einzelmandatsträgerinnen und -trägern über Gebühr erschwert. Verfahrensgänge dauern länger, sind zeitaufwendiger und personalintensiver. Tagesordnungen und Sitzungen können sich in einem unverhältnismäßigen Maß in die Länge ziehen. Dies erweist sich als erhebliche Beeinträchtigung einer konstruktiven politischen Arbeit und einer effektiven Wahrnehmung der den Kommunen obliegenden Aufgaben. Die Gemeindevertretung ist das oberste Organ der Gemeinde, trifft die wichtigen Entscheidungen und überwacht die gesamte Verwaltung (§ 9 Abs. 1 HGO). Vergleichbares gilt für den Kreistag (§ 8 HKO). Angesichts dieser grundsätzlichen, bedeutsamen und weitreichenden Entscheidungsbefugnisse auch für zunehmend komplexe Sachverhalte und Fragestellungen ist es erforderlich, dass die Sitzungen von kommunalen Vertretungsorganen stringent und ergebnisorientiert durchgeführt werden können. Dies gilt umso mehr angesichts der Tatsache, dass kommunale Mandatsträgerinnen und -träger ihre Aufgaben ehrenamtlich wahrnehmen.</p>
---	--	--

<p>(4a) Die einem Wahlvorschlag zugefallenen Sitze werden den Bewerbern in der Reihenfolge der Stimmenzahl zugewiesen; bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag.</p> <p>(5) Ist die Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt, so sind die Bewerber des Wahlvorschlags in der Reihenfolge der Stimmenzahl gewählt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Stimmenzahlen das vom Wahlleiter zu ziehende Los.</p> <p>(6) Bei der Verteilung der Sitze werden Bewerber nicht berücksichtigt, die verstorben sind, ihre Wählbarkeit verloren haben oder dem Wahlleiter schriftlich den Verzicht auf ihre Anwartschaft erklärt haben; der Verzicht kann nicht widerrufen werden.</p> <p>(7) Sind mehr Sitze zu verteilen, als Bewerber gewählt worden sind, bleiben die überschüssigen Sitze unbesetzt; die gesetzliche Mitgliederzahl der Vertretungskörperschaft vermindert sich für die Wahlzeit entsprechend.</p>	<p>weiteren zu vergebenden Sitze ist Abs. 3 anzuwenden.</p> <p>(4a) Die einem Wahlvorschlag zugefallenen Sitze werden den Bewerbern in der Reihenfolge der Stimmenzahl zugewiesen; bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag.</p> <p>(5) Ist die Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt, so sind die Bewerber des Wahlvorschlags in der Reihenfolge der Stimmenzahl gewählt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Stimmenzahlen das vom Wahlleiter zu ziehende Los.</p> <p>(6) Bei der Verteilung der Sitze werden Bewerber nicht berücksichtigt, die verstorben sind, ihre Wählbarkeit verloren haben oder dem Wahlleiter schriftlich den Verzicht auf ihre Anwartschaft erklärt haben; der Verzicht kann nicht widerrufen werden.</p> <p>(7) Sind mehr Sitze zu verteilen, als Bewerber gewählt worden sind, bleiben die überschüssigen Sitze unbesetzt; die gesetzliche Mitgliederzahl der Vertretungskörperschaft vermindert sich für die Wahlzeit entsprechend.</p>	<p>Es erscheint ferner problematisch, wenn Kleinst- und Splitterparteien, die über einen nur geringen Rückhalt in der Wählerschaft verfügen, in die kommunalen Vertretungsorgane einziehen und dort als „Zünglein an der Waage“ einen im Verhältnis zu ihrer Stimmenzahl weit überproportionalen Einfluss erlangen bzw. in die Rolle der Mehrheitsbeschaffer oder -verhinderer gelangen können.</p> <p>Vor diesem Hintergrund soll das Sitzzuteilungsverfahren auf das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren umgestellt werden. Das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren ist ein von der Rechtsprechung als verfassungsmäßig angesehenes Sitzzuteilungsverfahren (siehe z.B. BVerfG, Beschluss vom 24. November 1988, 2 BvC 4/88 und Beschluss vom 8. August 1994, 2 BvR 1484/94), das geeignet ist, einen Beitrag zur Verringerung der fortschreitenden Zersplitterung der kommunalen Vertretungskörperschaften zu leisten.</p> <p>Die Regelung des § 22 Abs. 4 wird als Folgeänderung angepasst an die durch in Abs. 3 erfolgende Umstellung des Sitzzuteilungsverfahrens auf das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren. Mit der Regelung soll sichergestellt werden, dass ein Wahlvorschlag, der eine absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat, auch stets die absolute Mehrheit der Sitze erhält, da andernfalls nicht dem Wählerwillen entsprochen würde.</p>
<p>§ 32 Nachwahl</p> <p>(1) Eine Nachwahl findet statt, 1. wenn die Wahl in einem Wahlkreis oder Wahlbezirk infolge höherer Gewalt nicht durchgeführt werden konnte,</p>	<p>§ 32 Nachwahl</p> <p>(1) Eine Nachwahl findet statt, 1. wenn die Wahl in einem Wahlkreis oder Wahlbezirk infolge höherer Gewalt nicht durchgeführt werden konnte,</p>	

<p>2. wenn eine Gemeindevertretung oder ein Kreistag durch die Aufsichtsbehörde vorzeitig aufgelöst wird,</p> <p>3. wenn aus Anlass der Änderung von Gemeinde- und Kreisgrenzen eine Wahl erforderlich wird; dies gilt insbesondere, wenn eine Gemeinde in eine andere Gemeinde eingegliedert wird oder sich Gemeinden zu einer neuen Gemeinde zusammenschließen.</p> <p>(2) Ist eine Nachwahl nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Halbsatz 2 erforderlich, gilt Folgendes:</p> <p>1. Wird eine Gemeinde in eine andere Gemeinde eingegliedert, gilt der Wohnsitz in der eingegliederten Gemeinde als Wohnsitz in der aufnehmenden Gemeinde. Wird eine neue Gemeinde gebildet, gilt der Wohnsitz in den zusammengeschlossenen Gemeinden als Wohnsitz in der neuen Gemeinde.</p> <p>2. Für Parteien und Wählergruppen, die während der vor der Grenzänderung laufenden Wahlzeit mit mindestens einem Vertreter ununterbrochen in einer der Gemeindevertretungen der von der Grenzänderung betroffenen Gemeinden vertreten waren, gilt § 11 Abs. 4 nicht.</p> <p>3.</p>	<p>2. wenn eine Gemeindevertretung oder ein Kreistag durch die Aufsichtsbehörde vorzeitig aufgelöst wird,</p> <p>3. wenn aus Anlass der Änderung von Gemeinde- und Kreisgrenzen eine Wahl erforderlich wird; dies gilt insbesondere, wenn eine Gemeinde in eine andere Gemeinde eingegliedert wird oder sich Gemeinden zu einer neuen Gemeinde zusammenschließen.</p> <p>(2) Ist eine Nachwahl nach <del>Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Halbsatz 2</del> Abs. 1 Nr. 3 Halbsatz 2 erforderlich, gilt Folgendes:</p> <p><del>4. Wird eine Gemeinde in eine andere Gemeinde eingegliedert, gilt der Wohnsitz in der eingegliederten Gemeinde als Wohnsitz in der aufnehmenden Gemeinde. Wird eine neue Gemeinde gebildet, gilt der Wohnsitz in den zusammengeschlossenen Gemeinden als Wohnsitz in der neuen Gemeinde.</del></p> <p>1. Wird eine Gemeinde in eine andere Gemeinde eingegliedert, gilt der Wohnsitz oder dauernde Aufenthalt in der eingegliederten Gemeinde als Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt in der aufnehmenden Gemeinde; wird eine neue Gemeinde gebildet, gilt der Wohnsitz oder dauernde Aufenthalt in den zusammengeschlossenen Gemeinden als Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt in der neuen Gemeinde.</p> <p>2. Für Parteien und Wählergruppen, die während der vor der Grenzänderung laufenden Wahlzeit mit mindestens einem Vertreter ununterbrochen in einer der Gemeindevertretungen der von der Grenzänderung betroffenen Gemeinden vertreten waren, gilt § 11 Abs. 4 nicht.</p> <p>3.</p>	<p>Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur; Abs. 1 der Vorschrift besteht nur aus einem Satz.</p> <p>Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Gewährung des kommunalen Wahl- und Stimmrechts für wohnungslose Menschen, die ihren dauernden Aufenthalt im Gebiet der jeweiligen Körperschaft haben (siehe Änderung der §§ 30, 32 HGO und §§ 22, 23 HKO). Die Regelung, wie bei einer Nachwahl im Falle einer Eingliederung einer Gemeinde in eine andere Gemeinde bzw. im Falle einer neu gebildeten Gemeinde der Wohnsitz zu behandeln ist, ist um eine entsprechende Regelung für den dauernden Aufenthalt zu ergänzen.</p>
--	--	---

<p>§ 15 Abs. 4 Satz 3 gilt mit der Maßgabe, dass sich die Anzahl der Stimmen für Parteien und Wählergruppen, die in den Gemeindevertretungen der von der Grenzänderung betroffenen Gemeinden vertreten waren, nach der bei der letzten Gemeindewahl erreichten Zahl der gewichteten Stimmen bestimmt; die gewichteten Stimmen von Parteien und Wählergruppen, die in allen oder mehreren Gemeindevertretungen vertreten waren, werden zusammengezählt. Die Zahl der gewichteten Stimmen wird in der Weise ermittelt, dass die Zahl der für den Wahlvorschlag abgegebenen gültigen Stimmen durch die Gesamtzahl der gültigen Stimmen dividiert und sodann mit der Gesamtzahl der gültigen Stimmzettel multipliziert wird.</p> <p>4. Maßgeblich für die Zahl der zu wählenden Gemeindevertreter nach § 38 der Hessischen Gemeindeordnung sind die letzten vor der Grenzänderung vom Hessischen Statistischen Landesamt festgestellten Einwohnerzahlen der Gemeinden, die von der Grenzänderung betroffen sind.</p> <p>(3) Nachwahlen nach Abs. 1 Nr. 1 sind binnen vier Monaten nach Wegfall der Hinderungsgründe, Nachwahlen nach Abs. 1 Nr. 2 binnen vier Monaten nach rechtswirksamer Auflösung der Vertretungskörperschaft und Nachwahlen nach Abs. 1 Nr. 3 binnen sechs Monaten nach rechtswirksamer Grenzänderung abzuhalten. Wäre eine Nachwahl nach Abs. 1 Nr. 3 innerhalb eines Jahres vor Ablauf der allgemeinen Wahlzeit vorzunehmen, so kann davon abgesehen werden.</p> <p>(4) Ist die Wahl in einem Wahlkreis nicht durchgeführt worden, weil keine oder keine gültigen Wahlvorschläge eingereicht worden sind, so kann die Aufsichtsbehörde zu einem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt eine Nachwahl für den Rest der</p>	<p>§ 15 Abs. 4 Satz 3 gilt mit der Maßgabe, dass sich die Anzahl der Stimmen für Parteien und Wählergruppen, die in den Gemeindevertretungen der von der Grenzänderung betroffenen Gemeinden vertreten waren, nach der bei der letzten Gemeindewahl erreichten Zahl der gewichteten Stimmen bestimmt; die gewichteten Stimmen von Parteien und Wählergruppen, die in allen oder mehreren Gemeindevertretungen vertreten waren, werden zusammengezählt. Die Zahl der gewichteten Stimmen wird in der Weise ermittelt, dass die Zahl der für den Wahlvorschlag abgegebenen gültigen Stimmen durch die Gesamtzahl der gültigen Stimmen dividiert und sodann mit der Gesamtzahl der gültigen Stimmzettel multipliziert wird.</p> <p>4. Maßgeblich für die Zahl der zu wählenden Gemeindevertreter nach § 38 der Hessischen Gemeindeordnung sind die letzten vor der Grenzänderung vom Hessischen Statistischen Landesamt festgestellten Einwohnerzahlen der Gemeinden, die von der Grenzänderung betroffen sind.</p> <p>(3) Nachwahlen nach Abs. 1 Nr. 1 sind binnen vier Monaten nach Wegfall der Hinderungsgründe, Nachwahlen nach Abs. 1 Nr. 2 binnen vier Monaten nach rechtswirksamer Auflösung der Vertretungskörperschaft und Nachwahlen nach Abs. 1 Nr. 3 binnen sechs Monaten nach rechtswirksamer Grenzänderung abzuhalten. Wäre eine Nachwahl nach Abs. 1 Nr. 3 innerhalb eines Jahres vor Ablauf der allgemeinen Wahlzeit vorzunehmen, so kann davon abgesehen werden.</p> <p>(4) Ist die Wahl in einem Wahlkreis nicht durchgeführt worden, weil keine oder keine gültigen Wahlvorschläge eingereicht worden sind, so kann die Aufsichtsbehörde zu einem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt eine Nachwahl für den Rest der</p>	
---	---	--

<p>Wahlzeit anordnen und erforderlichenfalls einen besonderen Wahlleiter bestellen.</p> <p>(5) Auf Nachwahlen finden die Vorschriften über Wiederholungswahlen (§ 30) sinngemäß Anwendung.</p>	<p>Wahlzeit anordnen und erforderlichenfalls einen besonderen Wahlleiter bestellen.</p> <p>(5) Auf Nachwahlen finden die Vorschriften über Wiederholungswahlen (§ 30) sinngemäß Anwendung.</p>	
<p>§ 46 Stimmzettel</p> <p>(1) Die Stimmzettel enthalten Familiennamen, Rufnamen, Lebensalter am Tag der Wahl oder der Stichwahl, Beruf oder Stand und die Gemeinde der Hauptwohnung der Bewerber, jeweils den Namen des Trägers des Wahlvorschlags in der Reihenfolge nach § 45 Abs. 5 und, sofern die Partei oder Wählergruppe eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, bei Einzelbewerbern das Kennwort, im Falle einer Stichwahl die entsprechenden Angaben der zwei Bewerber. Zusätzlich kann für jeden Bewerber ein Ordens- oder Künstlername angegeben werden, wenn dieser im Pass-, Personalausweis- oder Melderegister eingetragen ist. Weist ein Bewerber bis zum Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge gegenüber dem Wahlleiter nach, dass für ihn im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes eingetragen ist, ist anstelle der Gemeinde der Hauptwohnung die Gemeinde der Erreichbarkeitsanschrift anzugeben.</p> <p>(2) Wird nur eine Bewerbung zugelassen, enthalten die Stimmzettel die in Abs. 1 genannten Angaben des Bewerbers und lauten auf "Ja" und "Nein". Dies gilt entsprechend, wenn nur ein Bewerber an der Stichwahl teilnimmt.</p>	<p>§ 46 Stimmzettel</p> <p>(1) Die Stimmzettel enthalten Familiennamen, Rufnamen, Lebensalter am Tag der Wahl oder der Stichwahl, Beruf oder Stand und die Gemeinde der Hauptwohnung der Bewerber, jeweils den Namen des Trägers des Wahlvorschlags in der Reihenfolge nach § 45 Abs. 5 und, sofern die Partei oder Wählergruppe eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, bei Einzelbewerbern das Kennwort, im Falle einer Stichwahl die entsprechenden Angaben der zwei Bewerber. <del>Zusätzlich kann für jeden Bewerber ein Ordens- oder Künstlername angegeben werden, wenn dieser im Pass-, Personalausweis- oder Melderegister eingetragen ist.</del> <b>Zusätzlich können ein eingetragener Doktorgrad (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 des Personalausweisgesetzes, § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 des Passgesetzes) und ein eingetragener Ordens- oder Künstlername (§ 5 Abs. 2 Nr. 12 des Personalausweisgesetzes, § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 des Passgesetzes) angegeben werden.</b> Weist ein Bewerber bis zum Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge gegenüber dem Wahlleiter nach, dass für ihn im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes eingetragen ist, ist anstelle der Gemeinde der Hauptwohnung die Gemeinde der Erreichbarkeitsanschrift anzugeben.</p>	<p>Es wird ein Gleichlauf mit dem neu gefassten § 16 Abs. 2 Satz 3 hergestellt (siehe oben Änderung des § 16 Abs. 2 Satz 3).</p>

	<p>(2) Wird nur eine Bewerbung zugelassen, enthalten die Stimmzettel die in Abs. 1 genannten Angaben des Bewerbers und lauten auf "Ja" und "Nein". Dies gilt entsprechend, wenn nur ein Bewerber an der Stichwahl teilnimmt.</p>	
<p>§ 58 Geltungsbereich</p> <p>Soweit in den §§ 59 bis 64 nichts anderes bestimmt ist, gelten die für die Wahl der Gemeindevertretung maßgeblichen Vorschriften dieses Gesetzes für die Wahl des Ausländerbeirats entsprechend. Briefwahl findet nur statt, wenn die Gemeinde dies in der Hauptsatzung vorsieht.</p>	<p>§ 58 Geltungsbereich</p> <p>Soweit in den §§ 59 bis 64 nichts anderes bestimmt ist, gelten die für die Wahl der Gemeindevertretung maßgeblichen Vorschriften dieses Gesetzes für die Wahl des Ausländerbeirats entsprechend. <del>Briefwahl findet nur statt, wenn die Gemeinde dies in der Hauptsatzung vorsieht.</del></p>	<p>§ 58 Satz 2 wurde durch das Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher Vorschriften vom 20. Mai 1992 (GVBl. I S. 170) in das KWG eingefügt und besteht damit seit der ersten allgemeinen Wahl der gemeindlichen Ausländerbeiräte in Hessen. Die Regelung, die das Stattfinden der Briefwahl bei Ausländerbeiratswahlen von der Hauptsatzung der Gemeinde abhängig macht, erscheint nicht mehr zeitgemäß. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der kontinuierlich gestiegenen Bedeutung der Briefwahl bei Wahlen, aber auch angesichts der gestiegenen Bedeutung der Ausländerbeiräte. Es besteht keine sachliche Rechtfertigung dafür, dass die Briefwahl bei Ausländerbeiratswahlen – anders als bei sämtlichen sonstigen Wahlen – nur stattfindet, wenn die Gemeinde dies in ihrer Hauptsatzung vorgesehen hat. Insbesondere entsteht den Kommunen inzwischen bei der Durchführung der Briefwahl der Ausländerbeiratswahl auch kein erheblicher zusätzlicher Aufwand, da die Ausländerbeiratswahl – anders als bei Einführung des § 58 Satz 2 im Jahr 1992 – gemeinsam mit der Wahl der Gemeindevertretung stattfindet.</p>

## Eigenbetriebsgesetz

<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Leitung des Eigenbetriebs</p> <p>(1) Der Eigenbetrieb wird von der Betriebsleitung selbständig geleitet, soweit die §§ 3 bis 9 nichts anderes bestimmen.</p> <p>(2) 1Die Betriebsleitung besteht aus einem oder mehreren Betriebsleitern. 2Wenn die Betriebssatzung nichts anderes bestimmt, bestellt der Gemeindevorstand einen Betriebsleiter zum Ersten Betriebsleiter. 3Die Stimme des Ersten Betriebsleiters gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag.</p> <p>(3) Besteht die Betriebsleitung aus mehreren Betriebsleitern, regelt der Gemeindevorstand mit Zustimmung der Betriebskommission die Geschäftsverteilung durch eine Geschäftsordnung.</p>	<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Leitung des Eigenbetriebs</p> <p>(1) Der Eigenbetrieb wird von der Betriebsleitung selbständig geleitet, soweit die §§ 3 bis 9 nichts anderes bestimmen.</p> <p>(2) 1Die Betriebsleitung besteht aus einem oder mehreren Betriebsleitern. 2Der Bürgermeister kann nicht Mitglied der Betriebsleitung sein. 3Wenn die Betriebssatzung nichts anderes bestimmt, bestellt der Gemeindevorstand einen Betriebsleiter zum Ersten Betriebsleiter. 4Die Stimme des Ersten Betriebsleiters gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag.</p> <p>(3) Besteht die Betriebsleitung aus mehreren Betriebsleitern, regelt der Gemeindevorstand mit Zustimmung der Betriebskommission die Geschäftsverteilung durch eine Geschäftsordnung.</p>	<p>Die Änderung dient der Klarstellung der Inkompatibilität von Bürgermeisteramt und Betriebsleitung.</p>
<p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: center;">Vertretung des Eigenbetriebs</p> <p>(1) 1Die Betriebsleitung vertritt die Gemeinde in den Angelegenheiten des Eigenbetriebs, soweit sie nicht nach § 5 der Entscheidung der Gemeindevertretung unterliegen; die Betriebssatzung kann ihr weitergehende Vertretungsbefugnisse einräumen. 2Besteht die Betriebsleitung aus mehreren Mitgliedern, so wird die Vertretung durch zwei von ihnen gemeinschaftlich wahrgenommen; die Betriebssatzung kann etwas anderes bestimmen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: center;">Vertretung des Eigenbetriebs</p> <p>(1) 1Die Betriebsleitung vertritt die Gemeinde in den Angelegenheiten des Eigenbetriebs, soweit sie nicht nach § 5 der Entscheidung der Gemeindevertretung unterliegen; die Betriebssatzung kann ihr weitergehende Vertretungsbefugnisse einräumen. 2Besteht die Betriebsleitung aus mehreren Mitgliedern, so wird die Vertretung durch zwei von ihnen gemeinschaftlich wahrgenommen; die Betriebssatzung kann etwas anderes bestimmen. 3In der Be-</p>	<p>Durch die Änderung wird in § 3 Abs. 1 EigBGes die Zulässigkeit der Einrichtung einer Verhinderungsstellvertretung geregelt.</p> <p>Nach derzeitiger Rechtslage ist eine Beauftragung einer Verhinderungsververtretung durch den Gemeindevorstand möglich, da § 3 Abs. 3 EigBGes die Anwendbarkeit von § 71 Abs. 1 S. 3 HGO über § 1 Abs. 2 EigBGes zulässt. Dennoch soll hiermit der Praxis Rechnung getragen und Rechtsklarheit geschaffen werden.</p>

<p>(2) 1 Erklärungen in Angelegenheiten des Eigenbetriebs, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform oder müssen in elektronischer Form mit einer dauerhaft überprüfbaren qualifizierten elektronischen Signatur versehen sein. 2 Im Rahmen der laufenden Betriebsführung werden sie von den nach Abs. 1 Vertretungsberechtigten abgegeben. 3 Im übrigen sind sie nur rechtsverbindlich, wenn sie vom Bürgermeister oder seinem allgemeinen Vertreter sowie von einem weiteren Mitglied des Gemeindevorstands unterzeichnet sind (§ 71 HGO).</p> <p>(3) Die Betriebsleitung kann einzelne Betriebsleiter oder Betriebsangehörige zur Vornahme bestimmter Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften der laufenden Betriebsführung ermächtigen.</p> <p>(4) Erklärungen, die ein für das Geschäft oder den Kreis von Geschäften ausdrücklich Bevollmächtigter abgibt, bedürfen nicht der Form des Abs. 2, wenn die Vollmacht in der Form des Abs. 2 erteilt ist.</p> <p>(5) 1 Die Namen der Vertretungsberechtigten und der Umfang ihrer Vertretungsbefugnis werden durch den Gemeindevorstand öffentlich bekanntgemacht. 2 Die Vertretungsberechtigten unterzeichnen unter dem Namen des Eigenbetriebs.</p> <p>(6) Verträge der Betriebsleiter mit der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebs bedürfen der Genehmigung der Gemeindevertretung, es sei denn, daß es sich um Verträge nach feststehendem Tarif oder um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt, die für die Gemeinde unerheblich sind.</p>	<p>triebssatzung kann geregelt werden, dass der Gemeindevorstand, wenn die Betriebsleitung nur aus einem Mitglied besteht, eine Person als Vertretung bestellen kann, die nur tätig wird, wenn die Betriebsleitung rechtlich oder tatsächlich verhindert ist.</p> <p>(2) 1 Erklärungen in Angelegenheiten des Eigenbetriebs, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform oder müssen in elektronischer Form mit einer dauerhaft überprüfbaren qualifizierten elektronischen Signatur versehen sein. 2 Im Rahmen der laufenden Betriebsführung werden sie von den nach Abs. 1 Vertretungsberechtigten abgegeben. 3 Im übrigen sind sie nur rechtsverbindlich, wenn sie vom Bürgermeister oder seinem allgemeinen Vertreter sowie von einem weiteren Mitglied des Gemeindevorstands unterzeichnet sind (§ 71 HGO).</p> <p>(3) Die Betriebsleitung kann einzelne Betriebsleiter oder Betriebsangehörige zur Vornahme bestimmter Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften der laufenden Betriebsführung ermächtigen.</p> <p>(4) Erklärungen, die ein für das Geschäft oder den Kreis von Geschäften ausdrücklich Bevollmächtigter abgibt, bedürfen nicht der Form des Abs. 2, wenn die Vollmacht in der Form des Abs. 2 erteilt ist.</p> <p>(5) <del>1 Die Namen der Vertretungsberechtigten und der Umfang ihrer Vertretungsbefugnis werden durch den Gemeindevorstand öffentlich bekanntgemacht.</del> 2 Die Vertretungsberechtigten unterzeichnen unter dem Namen des Eigenbetriebs.</p> <p>(6) Verträge der Betriebsleiter mit der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebs bedürfen der</p>	<p>Die Regelung zur öffentlichen Bekanntmachung der Vertretungsberechtigten in § 3 Abs. 5 S. 1 EigBGes wird gestrichen.</p> <p>Nach dem Wegfall der Befreiung von der Pflicht zur Eintragung des Eigenbetriebs der Gemeinde ins Handelsregister ist eine zusätzliche Veröffentlichungspflicht entbehrlich. Die Vertretungsbefugnis wird nach der gesetzlichen Regelung in § 3 Abs. 1 EigBGes in Verbindung mit der jeweiligen Eigenbetriebssatzung hinreichend kenntlich gemacht und im Handelsregister wiedergegeben.</p>
--	---	--

<p>(7) Sind in Angelegenheiten des Eigenbetriebs Erklärungen Dritter gegenüber der Gemeinde abzugeben, so genügt die Abgabe gegenüber einem Betriebsleiter.</p>	<p>Genehmigung der Gemeindevertretung, es sei denn, daß es sich um Verträge nach feststehendem Tarif oder um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt, die für die Gemeinde unerheblich sind.</p> <p>(7) Sind in Angelegenheiten des Eigenbetriebs Erklärungen Dritter gegenüber der Gemeinde abzugeben, so genügt die Abgabe gegenüber einem Betriebsleiter.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Betriebskommission</p> <p>(1) Der Gemeindevorstand beruft eine Betriebskommission; für mehrere Eigenbetriebe einer Gemeinde kann eine gemeinsame Betriebskommission gebildet werden.</p> <p>(2) Der Betriebskommission gehören an:</p> <p>1. Mitglieder der Gemeindevertretung, die von ihr für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte gewählt werden; die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung;</p> <p>2. kraft ihres Amtes der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder in seiner Vertretung ein von ihm bestimmtes Mitglied des Gemeindevorstandes sowie zwei weitere Mitglieder des Gemeindevorstandes; darunter muß der für das Finanzwesen zuständige Beigeordnete sein. Die Betriebssatzung kann bestimmen, daß und wie viele weitere Mitglieder der Gemeindevorstand aus seinen Reihen in die Betriebskommission entsendet;</p> <p>3. zwei Mitglieder des Personalrates des Eigenbetriebes, die auf dessen Vorschlag von der Gemein-</p>	<p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Betriebskommission</p> <p>(1) Der Gemeindevorstand beruft eine Betriebskommission; für mehrere Eigenbetriebe einer Gemeinde kann eine gemeinsame Betriebskommission gebildet werden. <b>Die wahlrechtlichen Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung sowie die §§ 67 bis 69 der Hessischen Gemeindeordnung gelten sinngemäß.</b></p> <p>(2) Der Betriebskommission gehören an:</p> <p>1. Mitglieder der Gemeindevertretung, die von ihr für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte gewählt werden; die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung;</p> <p>2. kraft ihres Amtes der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder in seiner Vertretung ein von ihm bestimmtes Mitglied des Gemeindevorstandes sowie zwei weitere Mitglieder des Gemeindevorstandes; darunter muß der für das Finanzwesen zuständige Beigeordnete sein. Die Betriebssatzung kann bestimmen, daß und wie viele weitere Mitglieder der Gemeindevorstand aus seinen Reihen in die Betriebskommission entsendet. <b>Die der Betriebskommission kraft Gesetzes oder kraft Betriebssatzung</b></p>	<p>Die Regelung dient der Klarstellung, dass die wahlrechtlichen Vorschriften der HGO sowie für das Verfahren innerhalb der Betriebskommission die §§ 67 bis 69 HGO sinngemäß anwendbar sind,.</p> <p>Eine Vertretungsregelung hinsichtlich der weiteren Mitglieder des Gemeindevorstandes, die neben dem Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder in seiner Vertretung einem von ihm bestimmten Mitglied des Gemeindevorstandes Mitglieder der Betriebskommission sind, fehlt nach bestehender Gesetzeslage. Da § 6 Abs. 4 EigBGes zwar grundsätzlich eine Vertretung von Betriebskommissionsmitgliedern vorsieht, die Vertreter jedoch nach denselben Regeln zu wählen oder zu berufen sind, wie das zu vertretende Kommissionsmitglied, scheidet eine Vertretung der Mitglieder aus, die kraft Gesetzes (der für das Finanzwesen zuständige Beigeordnete) oder kraft Betriebssatzung (z.B. wenn die Betriebssatzung festlegt, dass neben dem für das Finanzwesen zuständigen Beigeordneten auch der für den Umweltbereich zuständige Beigeordnete geborenes Mitglied der Kommission ist) Kommissionsmitglied sind. Es wird eine Vertretungsregelung hinsichtlich der kraft Gesetzes oder Satzung der Betriebskommission angehörenden Mitglieder des Gemeindevorstands in § 6 Abs. 2 Nr. 2 EigBGes</p>

<p>devertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates gewählt werden.</p> <p>(3) 1Der Betriebskommission sollen weitere wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen angehören, die von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt werden. 2Die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung; sie darf ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder der Betriebskommission nicht übersteigen.</p> <p>(4) 1In der Betriebssatzung kann geregelt werden, daß die Mitglieder der Betriebskommission sich vertreten lassen können. 2Die Vertreter sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu wählen oder zu berufen, die für die Wahl oder Berufung der Mitglieder der Betriebskommission gelten.</p> <p>(5) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission bleiben nach Ablauf ihrer Wahlzeit solange Mitglieder der Betriebskommission, bis ihre Nachfolger nach Abs. 7 berufen worden sind.</p> <p>(6) Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder in Wettbewerb mit dem Eigenbetrieb steht oder für Betriebe tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied der Betriebskommission sein, es sei denn, daß diese Tätigkeit im Auftrage der Gemeinde ausgeübt wird.</p> <p>(7) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission und deren Stellvertreter müssen ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben; sie können durch Beschluß der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter vorzeitig abberufen werden.</p>	<p><b>angehörenden Mitglieder des Gemeindevorstandes bestimmen jeweils ein Mitglied des Gemeindevorstandes als ihre Vertretung;</b></p> <p>3.zwei Mitglieder des <b>für den Eigenbetrieb zuständigen Personalrates des Eigenbetriebes</b>, die auf dessen Vorschlag von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates gewählt werden.</p> <p>(3) 1Der Betriebskommission sollen weitere wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen angehören, die von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt werden. 2Die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung; sie darf ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder der Betriebskommission nicht übersteigen.</p> <p>(4) 1In der Betriebssatzung kann geregelt werden, daß die Mitglieder der Betriebskommission sich vertreten lassen können. 2Die Vertreter sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu wählen <b>oder zu berufen</b>, die für die Wahl <b>oder Berufung</b> der Mitglieder der Betriebskommission gelten.</p> <p>(5) <b>1</b>Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission bleiben nach Ablauf ihrer Wahlzeit solange Mitglieder der Betriebskommission, bis ihre Nachfolger <b>nach Abs. 7 berufen</b> gewählt worden sind. <b>2Im Falle eines vorzeitigen Ausscheidens rücken die Nachfolger nach oder werden nachgewählt. 3Für das Nachrücken gilt § 55 Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung sinngemäß mit der Maßgabe, dass bei Erschöpfung der Vorschlagsliste eine Nachwahl erfolgt. 4Das Vorschlagsrecht für die Nachwahl ist auf den Träger eines Wahlvor-</b></p>	<p>aufgenommen, die der des Bürgermeisters (Oberbürgermeisters) entspricht, um diese Regelungslücke zu schließen.</p> <p>Die Änderung des § 6 Abs. 2 Nr. 3 EigBGes soll klarstellen, dass der nach dem HPVG jeweils zuständige Personalrat die entsprechenden zu entsendenden Mitglieder der Gemeindevertretung vorschlagen kann, wenn der Eigenbetrieb keinen eigenen Personalrat besitzt.</p> <p>Nach Wegfall der Regelung in § 6 Abs. 7 EigBGes, nach der die gewählten Mitglieder der Betriebskommission und deren Stellvertreter als Ehrenbeamte der Gemeinde zu berufen waren, wird § 6 Abs. 4 EigBGes redaktionell angepasst.</p> <p>Es wird das redaktionelle Versehen in § 6 Abs. 5 EigBGes korrigiert, dessen Verweis auf Abs. 7 nach Wegfall der dort ehemals geregelten Berufung der Mitglieder der Betriebskommission zu Ehrenbeamten zu Unklarheiten führte, denn eine Berufung neuer Mitglieder, wie sie der Verweis fordern würde, ist in Abs. 7 nicht geregelt. Weiterhin bleibt es jedoch bei der Verpflichtung zur Weiterführung der Geschäfte der Mitglieder der Betriebskommission bis die Nachfolger gewählt worden sind und die Mitteilung über die von der Gemeindevertretung erfolgte Wahl erhalten haben.</p>
--	---	---

<p>(8) 1Den Vorsitz in der Betriebskommission führt der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder ein von ihm bestimmter Vertreter. 2An den Sitzungen der Betriebskommission nimmt die Betriebsleitung teil. 3Sie ist auf Verlangen zu dem Gegenstand der Verhandlungen zu hören. 4Sie ist verpflichtet, der Betriebskommission auf Anfordern Auskünfte zu den Beratungsgegenständen zu erteilen.</p> <p>(9) Verträge von Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern mit der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebs bedürfen der Genehmigung der Gemeindevertretung, es sei denn, daß es sich um Verträge nach feststehendem Tarif oder um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt, die für die Gemeinde unerheblich sind.</p>	<p><b>schlages beschränkt, dessen ursprüngliche Vorschlagsliste erschöpft ist. 5Die Nachwahl erfolgt nach den Regeln der Mehrheitswahl.</b></p> <p>(6) Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder in Wettbewerb mit dem Eigenbetrieb steht oder für Betriebe tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied der Betriebskommission sein, es sei denn, daß diese Tätigkeit im Auftrage der Gemeinde ausgeübt wird.</p> <p>(7) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission und deren Stellvertreter müssen ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben; sie können durch Beschluß der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter vorzeitig abberufen werden.</p> <p>(8) 1Den Vorsitz in der Betriebskommission führt der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder ein von ihm bestimmter Vertreter. 2An den Sitzungen der Betriebskommission nimmt die Betriebsleitung teil. 3Sie ist auf Verlangen zu dem Gegenstand der Verhandlungen zu hören. 4Sie ist verpflichtet, der Betriebskommission auf Anfordern Auskünfte zu den Beratungsgegenständen zu erteilen.</p> <p>(9) Verträge von Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern mit der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebs bedürfen der Genehmigung der Gemeindevertretung, es sei denn, daß es sich um Verträge nach feststehendem Tarif oder um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt, die für die Gemeinde unerheblich sind.</p>	<p>Weiterhin wird für den Fall, dass ein gewähltes Mitglied der Betriebskommission vorzeitig, also vor Ablauf der Wahlzeit ausscheidet, z.B. weil das Mandat niedergelegt wird oder aufgrund einer Abberufung nach Abs. 7, klarstellend geregelt, dass die Nachfolger nachrücken oder nachgewählt werden. Zugleich wird eine Regelung für eine Nachwahl getroffen, wenn die jeweilige Vorschlagsliste erschöpft ist und somit keine Nachrücker vorhanden sind. Dies ist erforderlich, da die bisherige Regelung anderenfalls dazu führen könnte, dass ein Kommissionsmitglied, das eigentlich ausscheiden müsste, bis zum Ende der Mandatsperiode dort verbleiben müsste, wenn es auf der entsprechenden Vorschlagsliste keinen Nachrücker mehr gibt.</p> <p>In der Regel rückt bei den nach Verhältniswahl gewählten Mitgliedern der Betriebskommission (Vertreter des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung) die nächste Person von der Vorschlagsliste nach. Dies ergibt sich direkt über die Regelung des § 55 Abs. 4 Satz 2 HGO in Verbindung mit § 34 Abs. 1 KWG. Allerdings ist hiernach bei Erschöpfung eines Wahlvorschlages vorgesehen, dass der Sitz frei bleibt und sich die gesetzliche bzw. satzungsmäßige Zahl der Mitglieder verringert. Dies würde dazu führen, dass sich die Verteilung innerhalb der Betriebskommission verändern würde zu Ungunsten der Fraktion, dessen Mitglied ausscheidet. Zudem stellt dies gerade kleine Fraktionen vor das Problem, dass die Nachrückerliste nur mit Mandatsträgern besetzt werden kann. Um dies zu verhindern, wird festgelegt, dass § 55 Abs. 4 HGO mit der Maßgabe gilt, dass bei Erschöpfung der Vorschlagsliste eine Nachwahl erfolgt.</p> <p>Um zu verhindern, dass es zu einem Ungleichgewicht zwischen den Trägern der Wahlvorschläge kommt, wird zudem das Vorschlagsrecht für die</p>
--	--	--

		<p>Nachwahl auf den Träger eines Wahlvorschlages beschränkt, dessen ursprüngliche Vorschlagsliste erschöpft ist. Die Nachwahl erfolgt entsprechend der Regeln der Mehrheitswahl, auch wenn das ausscheidende Mitglied der Betriebskommission nach den Regeln der Mehrheitswahl gewählt worden war.</p> <p>Bei den nach Mehrheitswahl gewählten Mitgliedern der Betriebskommission (Mitglieder des Personalrats gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 3 EigBGes, weitere wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen gemäß § 6 Abs. 3 EigBGes) findet direkt eine Nachwahl statt, da es keine Vorschlagsliste gibt. Zudem fehlt für die Mehrheitswahl der Verweis auf das KWG, da § 55 Abs. 5 HGO keinen solchen enthält.</p>
<p>§ 11</p> <p>Maßnahmen zur Erhaltung des Vermögens und der Leistungsfähigkeit</p> <p>(1) 1Für die dauernde technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebs ist zu sorgen. 2Insbesondere sind alle notwendigen Instandhaltungsarbeiten rechtzeitig durchzuführen.</p> <p>(2) 1Sämtliche Lieferungen, Leistungen und Kredite auch im Verhältnis zwischen dem Eigenbetrieb und der Gemeinde, einem anderen Eigenbetrieb der Gemeinde oder einer Gesellschaft, an der die Gemeinde beteiligt ist, sind angemessen zu vergüten. 2Der Eigenbetrieb kann jedoch abweichend von Satz 1</p> <p>1.Wasser für den Brandschutz, für die Reinigung von Straßen und Abwasseranlagen sowie für öffentliche Zier- und Straßenbrunnen unentgeltlich oder verbilligt liefern,</p>	<p>§ 11</p> <p>Maßnahmen zur Erhaltung des Vermögens und der Leistungsfähigkeit</p> <p>(1) 1Für die dauernde technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebs ist zu sorgen. 2Insbesondere sind alle notwendigen Instandhaltungsarbeiten rechtzeitig durchzuführen.</p> <p>(2) 1Sämtliche Lieferungen, Leistungen und Kredite auch im Verhältnis zwischen dem Eigenbetrieb und der Gemeinde, einem anderen Eigenbetrieb der Gemeinde oder einer Gesellschaft, an der die Gemeinde beteiligt ist, sind angemessen zu vergüten. 2Der Eigenbetrieb kann jedoch abweichend von Satz 1</p> <p>1.Wasser für den Brandschutz, für die Reinigung von Straßen und Abwasseranlagen sowie für öffentliche Zier- und Straßenbrunnen unentgeltlich oder verbilligt liefern,</p>	

<p>2. Anlagen für die Löschwasserversorgung unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung zu stellen,</p> <p>3. auf die Tarifpreise für Lieferungen von Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme einen Preisnachlaß gewähren, soweit dieser steuerrechtlich anerkannt ist.</p> <p>(3) 1 Für die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Eigenbetriebs und, soweit die Abschreibungen nicht ausreichen, für Erneuerungen sollen aus dem Jahresgewinn Rücklagen gebildet werden. 2 Bei umfangreichen Investitionen kann neben die Eigenfinanzierung die Finanzierung aus Krediten treten. 3 Eigenkapital und Fremdkapital sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.</p> <p>(4) 1 Die Gemeinde darf die Rückzahlung von Eigenkapital nur ausnahmsweise und nur dann vornehmen, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben und die zukünftige Entwicklung des Eigenbetriebs nicht beeinträchtigt werden. 2 Hierüber entscheidet die Gemeindevertretung. 3 Vor der Beschlußfassung ist eine schriftliche Stellungnahme der Betriebsleitung unter Beteiligung der Betriebskommission einzuholen.</p> <p>(5) Der Jahresgewinn des Eigenbetriebs soll in der Regel so hoch sein, daß neben angemessenen Rücklagen nach Abs. 3 mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.</p> <p>(6) 1 Ein etwaiger Jahresverlust ist, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnungen vorzutragen. 2 Die Gewinne der folgenden fünf Jahre sind zunächst zur Verlusttilgung zu verwenden. 3 Ein nach Ablauf von</p>	<p>2. Anlagen für die Löschwasserversorgung unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung zu stellen,</p> <p>3. auf die Tarifpreise für Lieferungen von Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme einen Preisnachlaß gewähren, soweit dieser steuerrechtlich anerkannt ist.</p> <p>(3) 1 Für die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Eigenbetriebs und, soweit die Abschreibungen nicht ausreichen, für Erneuerungen sollen aus dem Jahresgewinn Rücklagen gebildet werden. 2 Bei umfangreichen Investitionen kann neben die Eigenfinanzierung die Finanzierung aus Krediten treten. 3 Eigenkapital und Fremdkapital sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.</p> <p>(4) 1 Die Gemeinde darf die Rückzahlung von Eigenkapital nur ausnahmsweise und nur dann vornehmen, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben und die zukünftige Entwicklung des Eigenbetriebs nicht beeinträchtigt werden. 2 Hierüber entscheidet die Gemeindevertretung. 3 Vor der Beschlußfassung ist eine schriftliche Stellungnahme der Betriebsleitung unter Beteiligung der Betriebskommission einzuholen.</p> <p>(5) Der Jahresgewinn des Eigenbetriebs soll in der Regel so hoch sein, daß neben angemessenen Rücklagen nach Abs. 3 mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.</p> <p>(6) 1 Ein etwaiger Jahresverlust ist, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnungen vorzutragen. 2 <del>Die Gewinne der folgenden fünf Jahre sind zunächst</del> Ein im Folgejahr entstandener Gewinn ist vorrangig zur</p>	<p>Der Verlustausgleich nach § 11 Abs. 6 EigBGes muss nunmehr nicht mehr nach fünf Jahren erfolgen, sondern jährlich, um einen Gleichlauf mit den Regeln für den Gemeindehaushalt zu erreichen. Es</p>
---	--	--

<p>fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag kann durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; ist dies nicht der Fall, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen.</p>	<p>Verlusttilgung zu verwenden. <del>3Ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag kann</del> Sofern im Folgejahr eine Verlusttilgung nicht möglich ist, ist der verbleibende Verlustvortrag durch Abbuchung von den Rücklagen <del>ausgeglichen werden</del> auszugleichen, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; <del>ist dies nicht der Fall</del> Sofern ein Verlustausgleich aus Rücklagemitteln nicht möglich ist, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen. <del>4Dies gilt nicht, soweit § 10 Abs. 2 Satz 7 des Gesetzes über kommunale Abgaben in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 2013 (GVBl. S. 134), zuletzt geändert durch Gesetz vom ... [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] anwendbar ist.</del></p>	<p>wird eine Übergangsvorschrift geschaffen. Diese wird im neu geschaffenen § 32a EigBGes geregelt.</p> <p>Die Vorgabe zum Verlustausgleich nach einem Jahr soll in gebührenfinanzierten Bereichen nicht gelten. Der Gebührenkalkulation liegt ein mehrjähriger Zeitraum, der fünf Jahre nicht überschreiten soll, zugrunde (§ 10 Abs. 2 S. 6 KAG). Nach § 10 Abs. 2 S. 7 KAG sind Kostenüberdeckungen, die sich am Ende dieses Zeitraumes ergeben, innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen, Kostenunterdeckungen sollen in diesem Zeitraum ausgeglichen werden. Daher ist eine Einschränkung des Verlustausgleichs nach einem Jahr erforderlich für gebührenfinanzierte Bereiche, um zu verhindern, dass die Gemeinde einen Verlustausgleich übernimmt, der ohnehin im Rahmen der Gebührenanpassung in den folgenden Jahren wieder ausgeglichen wird.</p>
<p style="text-align: center;">§ 15</p> <p style="text-align: center;">Wirtschaftsplan</p> <p>(1) 1Der Eigenbetrieb hat vor Beginn eines Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. 2Dieser kann Festsetzungen für zwei Jahre, nach Jahren getrennt, enthalten. 3Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht.</p> <p>(2) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn</p> <p>1.das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung die Haushaltslage der Gemeinde beeinträchtigt oder eine Änderung des Vermögensplans verlangt oder</p>	<p style="text-align: center;">§ 15</p> <p style="text-align: center;">Wirtschaftsplan</p> <p>(1) 1Der Eigenbetrieb hat vor Beginn eines Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. 2Dieser kann Festsetzungen für zwei Jahre, nach Jahren getrennt, enthalten. 3Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. <del>4Der Beschluss über den Wirtschaftsplan ist öffentlich bekanntzumachen; § 97 Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung gilt sinngemäß.</del></p> <p>(2) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn</p> <p>1.das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung die Haushaltslage der Gemeinde</p>	<p>Die ausdrückliche Aufnahme einer Regelung zur Bekanntmachung des Wirtschaftsplanes und eines Verweises auf § 97 Abs. 4 HGO erscheint sinnvoll, da es bislang an einer entsprechenden Regelung zur Bekanntmachung für den Fall fehlt, dass Wirtschaftsplan und Haushaltssatzung der Gemeinde ausnahmsweise zeitlich auseinanderfallen. In der Regel erfolgt die Bekanntmachung des Wirtschaftsplans mit der Bekanntmachung der Haushaltssatzung, anschließend wird gemäß § 97 Abs. 4 HGO der Haushaltsplan veröffentlicht, dem der Wirtschaftsplan gemäß § 1 GemHVO beizufügen ist. In Ausnahmefällen kann jedoch eine gesonderte Bekanntmachung und Veröffentlichung des Wirtschaftsplans entsprechend § 97 Abs. 4 HGO erforderlich sein. Dies ist insbesondere bei Doppelhaushalten und Nachtragssatzungen der Fall, könnte aber auch in Fällen zur Anwendung kommen, in denen ein Wirtschaftsplan keine oder nur geringe Wirkung auf den gemeindlichen Haushalt entfaltet, der Gemeindehaushalt jedoch (noch)</p>

<p>2.zum Ausgleich des Vermögensplans erheblich höhere Zuführungen der Gemeinde oder höhere Kredite erforderlich werden oder</p> <p>3.im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder</p> <p>4.eine Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.</p> <p>(3) Der Minister des Innern kann durch Rechtsverordnung bestimmen, daß Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung anzuwenden sind.</p>	<p>beeinträchtigt oder eine Änderung des Vermögensplans verlangt oder</p> <p>2.zum Ausgleich des Vermögensplans erheblich höhere Zuführungen der Gemeinde oder höhere Kredite erforderlich werden oder</p> <p>3.im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen, <b>soweit sie nicht unvorhergesehen und unabweisbar sind und der im Beschluss über den Wirtschaftsplan festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen nicht überschritten wird</b>, oder</p> <p>4.eine Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, <b>daß-dass diese aufgrund des Tarifrechts zwingend erforderlich ist oder</b> es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.</p> <p>(3) Der Minister des Innern kann durch Rechtsverordnung bestimmen, daß Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung anzuwenden sind.</p>	<p>nicht genehmigt werden kann z.B. wegen eines unzureichenden Haushaltssicherungskonzepts. Zuvor ist jedoch entweder eine gesonderte Genehmigung des Wirtschaftsplans oder ggf. eine Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichtsbehörde analog zu § 97 Abs. 4 HGO erforderlich.</p> <p>Der Beschluss der Gemeindevertretung über den Wirtschaftsplan tritt an die Stelle der Haushaltssatzung (Ziffer 3 der Hinweise zu § 115 HGO).</p> <p>Eine sinngemäße Regelung des § 97 Absatz 4 HGO erscheint auch aufgrund der Regelung in § 27 EigBGes zur öffentlichen Bekanntmachung des Jahresabschlusses sinnvoll.</p> <p>Als Grundsatz gilt jedoch uneingeschränkt weiterhin die gemeinsame Genehmigung des Wirtschaftsplans mit dem Haushaltsplan. Dieser enthält als Anlage gemäß § 1 GemHVO auch die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse der Sondervermögen.</p> <p>§ 15 Abs. 2 Nr. 3 EigBGes wird zur Klarstellung ergänzt und an § 102 Abs. 5 HGO angepasst.</p> <p>In § 15 Abs. 2 Nr. 4 EigBGes wird eine Ausnahme von der Pflicht zur Änderung des Wirtschaftsplans entsprechend der Regelung in § 98 Abs. 3 Nr. 3 HGO aufgenommen für den Fall, dass eine Hebung der in der Stellenübersicht enthaltenen Stellen aufgrund des Tarifrechts zwingend erforderlich ist.</p>
---	--	---

<p style="text-align: center;">§ 18</p> <p style="text-align: center;">Stellenübersicht</p> <p>(1) 1Die Stellenübersicht hat die im Wirtschaftsjahr erforderlichen Stellen für Angestellte und Arbeiter zu enthalten. 2Beamte, die bei dem Eigenbetrieb beschäftigt werden, sind im Stellenplan der Gemeinde zu führen und in der Stellenübersicht des Eigenbetriebs nachrichtlich anzugeben.</p> <p>(2) Zum Vergleich sind die Zahlen der im laufenden Wirtschaftsjahr vorgesehenen und der am 30. Juni des laufenden Wirtschaftsjahres tatsächlich besetzten Stellen anzugeben.</p>	<p style="text-align: center;">§ 18</p> <p style="text-align: center;">Stellenübersicht</p> <p>(1) 1Die Stellenübersicht hat die im Wirtschaftsjahr erforderlichen Stellen für <del>Angestellte und Arbeiter</del> <b>Arbeitnehmer</b> zu enthalten. 2Beamte, die bei dem Eigenbetrieb beschäftigt werden, sind im Stellenplan der Gemeinde zu führen und in der Stellenübersicht des Eigenbetriebs nachrichtlich anzugeben.</p> <p>(2) Zum Vergleich sind die Zahlen der im laufenden Wirtschaftsjahr vorgesehenen und der am 30. Juni des laufenden Wirtschaftsjahres tatsächlich besetzten Stellen anzugeben.</p>	<p>Es handelt sich um eine Anpassung an die Begrifflichkeiten in § 5 GemHVO.</p>
<p style="text-align: center;">§ 20</p> <p style="text-align: center;">Buchführung und Kostenrechnung</p> <p>(1) 1Der Eigenbetrieb führt seine Rechnung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung oder einer entsprechenden Verwaltungsbuchführung. 2Die Art der Buchungen muß die zwangsläufige Fortschreibung der Vermögens- und Schuldenteile ermöglichen. 3Die Buchführung muß zusammen mit der Bestandsaufnahme die Aufstellung von Jahresabschlüssen gestatten, die den Anforderungen nach § 22 entsprechen. 4Eine Anlagenbuchführung muß vorhanden sein.</p> <p>(2) Die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches über Buchführung, Inventar und Aufbewahrung finden Anwendung, soweit sie nicht bereits unmittelbar gelten.</p> <p>(3) Der Eigenbetrieb hat die für die Kostenrechnungen erforderlichen Unterlagen zu führen und nach Bedarf Kostenrechnungen zu erstellen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 20</p> <p style="text-align: center;">Buchführung und Kostenrechnung</p> <p>(1) 1Der Eigenbetrieb führt seine Rechnung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung <del>oder einer entsprechenden Verwaltungsbuchführung</del>. 2Die Art der Buchungen muß die zwangsläufige Fortschreibung der Vermögens- und Schuldenteile ermöglichen. 3Die Buchführung muß zusammen mit der Bestandsaufnahme die Aufstellung von Jahresabschlüssen gestatten, die den Anforderungen nach § 22 entsprechen. 4Eine Anlagenbuchführung muß vorhanden sein.</p> <p>(2) Die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches über Buchführung, Inventar und Aufbewahrung finden Anwendung, soweit sie nicht bereits unmittelbar gelten.</p> <p>(3) Der Eigenbetrieb hat die für die Kostenrechnungen erforderlichen Unterlagen zu führen und nach Bedarf Kostenrechnungen zu erstellen.</p>	<p>Die Änderung in § 20 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 und S. 2, 3 HGO ist geboten, da die Möglichkeit einer Verwaltungsbuchführung mit Wirkung vom 24.12.2011 durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786) auch in der HGO gestrichen worden ist. Die Wahlmöglichkeit nach dem Eigenbetriebsgesetz ist damit obsolet geworden.</p>

<p style="text-align: center;">§ 22</p> <p style="text-align: center;">Jahresabschluß</p> <p>1Für den Schluß eines jeden Wirtschaftsjahres ist ein Jahresabschluß aufzustellen, der aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang besteht. 2Die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluß der großen Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches finden sinngemäß Anwendung, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 22</p> <p style="text-align: center;">Jahresabschlüsse</p> <p>1Für den Schluß eines jeden Wirtschaftsjahres <del>ist</del> sind ein Jahresabschluß <del>aufzustellen</del>, der aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang besteht, <del>sowie ein Lagebericht aufzustellen</del>. 2Die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluß <del>sowie für den Lagebericht</del> der <del>großen</del> Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches finden sinngemäß Anwendung, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt.</p>	<p>Mit Blick auf die hohen Kosten für die Erstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse und der damit einhergehenden Belastung für die Gebührenhaushalte wird der Umfang der Jahresabschlüsse für die Eigenbetriebe reduziert. Dem wird durch eine Anpassung an die Vorgaben des HGB für Kapitalgesellschaften Rechnung getragen, entsprechend der Änderung für die Eigen- und Beteiligungsgesellschaften der Kommunen (§ 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 HGO). Die größenabhängigen Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften bzw. Kleinstkapitalgesellschaften können somit, soweit sinngemäß einschlägig, in Anspruch genommen werden, soweit sich aus dem Eigenbetriebsgesetz nichts anderes ergibt.</p> <p>Zudem wird hierdurch eine Klarstellung entbehrlich, dass eine Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nach Umsetzung der EU-Richtlinie nicht für Eigenbetriebe gilt.</p> <p>Bereits nach bisheriger Rechtslage bezieht sich der Verweis in § 22 Satz 2 EigBGes auf die Vorschriften des Dritten Buches des HGB nicht auf den Lagebericht, denn im Gegensatz zu § 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO, der ausdrücklich für den Jahresabschluss und den Lagebericht auf die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des HGB verweist, wird in § 22 Satz 2 HesEigBGes der Lagebericht im Verweis zur sinngemäßen Anwendung der Vorschriften des HGB für die großen Kapitalgesellschaften nicht aufgeführt. Dieser ist auch nicht als Bestandteil des dort aufgeführten Anhangs für den Jahresabschluss umfasst.</p> <p>Eine Klarstellung wird durch die Änderung und Wegfall der Vorgabe der sinngemäßen Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften jedoch entbehrlich.</p>
---	---	--

		Die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung trifft nach den Vorgaben der EU-Richtlinie nur große Kapitalgesellschaften. Der Jahresabschluss wird hingegen abschließend in § 26 EigBGes geregelt. § 26 Satz 2 EigBGes verweist für den Lagebericht lediglich auf § 289 des Handelsgesetzbuches mit der Maßgabe, dass auf die dort in Absatz 2 genannten Sachverhalte einzugehen ist. Der Lagebericht ist daher auch nach bisheriger Regelung nicht nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufzustellen, da kein diesbezüglicher Verweis besteht und somit § 289 Abs. 3 sowie §§ 289b ff. HGB, die Sonderregelungen für große Kapitalgesellschaften beinhalten, nicht zur Anwendung kommen.
<p>§ 25</p> <p>Anhang, Anlagennachweis</p> <p>(1) 1Für die Darstellung im Anhang gilt § 285 Nr. 9 und 10 des Handelsgesetzbuches mit der Maßgabe, daß die Angaben</p> <p>a)nach Nr. 9 über die vom Eigenbetrieb gewährten Leistungen für die Mitglieder der Betriebsleitung und der Betriebskommission und deren Stellvertreter und</p> <p>b)nach Nr. 10 für die Mitglieder der Betriebsleitung und der Betriebskommission und deren Stellvertreter</p> <p>zu machen sind. 2§ 285 Nr. 8 und § 286 Abs. 2 und 3 des Handelsgesetzbuches finden keine Anwendung.</p> <p>(2) In einem Anlagennachweis als Bestandteil des Anhangs ist die Entwicklung der einzelnen Posten</p>	<p>§ 25</p> <p>Anhang, Anlagennachweis</p> <p>(1) 1Für die Darstellung im Anhang gilt § 285 Nr. 9 und 10 des Handelsgesetzbuches mit der Maßgabe, daß die Angaben</p> <p>a)nach Nr. 9 über die vom Eigenbetrieb gewährten Leistungen für die Mitglieder der Betriebsleitung und der Betriebskommission und deren Stellvertreter und</p> <p>b)nach Nr. 10 für die Mitglieder der Betriebsleitung und der Betriebskommission und deren Stellvertreter</p> <p>zu machen sind. 2§ 285 Nr. 8 und § 286 Abs. 2 und 3 des Handelsgesetzbuches finden keine Anwendung.</p> <p>(2) In einem Anlagennachweis als Bestandteil des Anhangs ist die Entwicklung der einzelnen Posten</p>	<p>Aufgrund der Erleichterungen für die Aufstellung des Anhangs nach dem HGB, wie nach § 286 HGB, die größenabhängigen Erleichterungen nach § 288 HGB sowie die Erleichterung für Kleinstkapitalgesellschaften (§ 267a HGB), die unter den dort genannten Voraussetzungen den Jahresabschluss nicht um einen Anhang zu erweitern brauchen, wird in § 25 ein neuer Absatz 3 angefügt, der regelt, dass die Angaben nach Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 auch dann zu machen sind, wenn im Übrigen nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften Erleichterungen gelten oder kein Anhang aufzustellen ist.</p> <p>Es ist aufgrund der Besonderheit der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Gemeinde und der erhöhten Transparenzanforderungen notwendig, dass die Angaben nach § 25 Abs. 1 und 2 EigBGes gemacht werden. Dies wird durch die Änderung sichergestellt.</p>

des Anlagevermögens einschließlich der Finanzanlagen nach Formblättern darzustellen, die der Minister des Innern durch Rechtsverordnung bestimmt.	des Anlagevermögens einschließlich der Finanzanlagen nach Formblättern darzustellen, die der Minister des Innern durch Rechtsverordnung bestimmt.  (3) Die Angaben nach Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 sind in jedem Fall zu machen.	
<p>§ 26</p> <p>Lagebericht</p> <p>1 Gleichzeitig mit dem Jahresabschluß ist ein Lagebericht aufzustellen. 2 § 289 des Handelsgesetzbuches gilt sinngemäß mit der Maßgabe, daß auf die dort in Abs. 2 genannten Sachverhalte einzugehen ist. 3 Im Lagebericht ist auch einzugehen auf</p> <p>1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte,</p> <p>2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen,</p> <p>3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben,</p> <p>4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen jeweils unter Angabe von Anfangsstand, Zugängen und Entnahmen,</p> <p>5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich mit dem Vorjahr,</p> <p>6. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehäl-</p>	<p><del>§ 26</del></p> <p><del>Lagebericht</del></p> <p><del>1 Gleichzeitig mit dem Jahresabschluß ist ein Lagebericht aufzustellen. 2 § 289 des Handelsgesetzbuches gilt sinngemäß mit der Maßgabe, daß auf die dort in Abs. 2 genannten Sachverhalte einzugehen ist. 3 Im Lagebericht ist auch einzugehen auf</del></p> <p><del>1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte,</del></p> <p><del>2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen,</del></p> <p><del>3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben,</del></p> <p><del>4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen jeweils unter Angabe von Anfangsstand, Zugängen und Entnahmen,</del></p> <p><del>5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich mit dem Vorjahr,</del></p> <p><del>6. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehäl-</del></p>	<p>Eigenbetriebe haben in der Regel wenig mit großen Kapitalgesellschaften gemein, so dass es angemessen erscheint, für die Aufstellung und Prüfung des Lageberichts ebenfalls auf die Vorschriften des Dritten Buches des HGB für Kapitalgesellschaften zu verweisen. Auch die Erleichterungen nach § 264 Abs. 1 Satz 4 HGB, wonach kleine Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 1 HGB) den Lagebericht nicht aufzustellen brauchen, können demnach angewendet werden. Sind dementsprechend anzuwenden. Die gesonderten Regelungen nach § 26 EigBGeS können entfallen. Satz 2 war laut Gesetzesbegründung dem damaligen Wortlaut des § 289 Abs. 2 HGB geschuldet, der lediglich als Soll-Vorschrift ausgestaltet war, und dessen Anwendung im Sinne der Einheitlichkeit für die Eigenbetriebe vorgeschrieben werden sollte als Muss-Vorschrift (LT-Drs. 12/3033, S. 19 f.). Die zusätzlichen Anforderungen nach Satz 3 können im Sinne des Bürokratieabbaus entfallen.</p> <p>Es gelten nunmehr nach § 22 EigBGeS die Vorgaben des Dritten Buches des HGB für Kapitalgesellschaften sinngemäß für die Aufstellung des Lageberichts.</p>

ter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung einschließlich der Beihilfen und der sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr.	<del>ter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung einschließlich der Beihilfen und der sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr.</del>	
<p>§ 27</p> <p>Aufstellung, Behandlung und Offenlegung des Jahresabschlusses und des Lageberichts</p> <p>(1) Die Betriebsleitung hat den Jahresabschluß, den Lagebericht und die Erfolgsübersicht innerhalb von sechs Monaten nach Schluß des Wirtschaftsjahres aufzustellen, unter Angabe des Datums zu unterschreiben und der Betriebskommission vorzulegen.</p> <p>(2) 1Die Eröffnungsbilanz, der Jahresabschluss und der Lagebericht sind von einem durch die Gemeindevertretung zu bestimmenden Abschlussprüfer nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu prüfen, soweit sich aus diesem Gesetz oder einer hierzu ergangenen Rechtsverordnung nichts anderes ergibt. 2Die Prüfung erstreckt sich auch auf die Buchführung, auf die nach § 24 Abs. 3 vorgeschriebene Erfolgsübersicht und auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung; dabei ist zu untersuchen, ob zweckmäßig und wirtschaftlich verfahren wurde. 3Über die Prüfung ist schriftlich in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 2 des Haushaltsgrundsätzgesetzes zu berichten. 4Das Nähere bestimmt der Minister des Innern durch Rechtsverordnung.</p> <p>(3) 1Der Jahresabschluß, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht sind nach Prüfung durch den Abschlußprüfer mit dessen Bericht und den Stellungnahmen der Betriebsleitung und der Betriebskom-</p>	<p>§ 27</p> <p>Aufstellung, Behandlung und Offenlegung des Jahresabschlusses und des Lageberichts</p> <p>(1) Die Betriebsleitung hat den Jahresabschlußss, den Lagebericht und die Erfolgsübersicht innerhalb von <del>sechs</del>-vier Monaten nach Schlußss des Wirtschaftsjahres aufzustellen, unter Angabe des Datums zu unterschreiben und der Betriebskommission vorzulegen.</p> <p>(2) 1Die Eröffnungsbilanz, der Jahresabschluss und der Lagebericht sind von einem durch die Gemeindevertretung zu bestimmenden Abschlussprüfer nach den für <del>große</del> Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu prüfen, soweit sich aus diesem Gesetz oder einer hierzu ergangenen Rechtsverordnung nichts anderes ergibt. 2In der Betriebs-satzung kann festgelegt werden, dass die Prüfung nach Satz 1 durch das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt erfolgt. 3Der Jahresabschluss ist zu prüfen; sofern ein Lagebericht aufzustellen ist, erstreckt sich die Prüfung auch auf diesen. 24Die Prüfung erstreckt sich auch auf die Buchführung, auf die nach § 24 Abs. 3 vorgeschriebene Erfolgsübersicht und auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung; dabei ist zu untersuchen, ob zweckmäßig und wirtschaftlich verfahren wurde. 35Über die Prüfung ist schriftlich in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 2 des Haushaltsgrundsätzgesetzes zu berichten. 46Das Nähere bestimmt der Minister des Innern durch Rechtsverordnung.</p>	<p>Die Frist zur Aufstellung und Vorlage bei der Betriebskommission des Jahresabschlusses, des Lageberichts und der Erfolgsübersicht von sechs Monaten nach Schluss des Wirtschaftsjahres wird an die Vorgaben für den Gemeindehaushalt angepasst, dort endet die Frist bereits Ende April.</p> <p>Entsprechend der Änderung in § 22 EigBGes wird auch in Bezug auf die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts zukünftig nur noch auf die Vorschriften des Dritten Buches des HGB für Kapitalgesellschaften abgestellt.</p> <p>Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, auch das jeweilige Revisionsamt mit der Prüfung der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe zu beauftragen, um zu gewährleisten, dass die Prüfungen den Besonderheiten der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Gemeinde gerecht werden, unter anderem geprüft wird, ob die Durchführung des Wirtschaftsplans tatsächlich der Beschlusslage der kommunalen Gremien entspricht.</p> <p>Die Verkürzung der Frist zur Feststellung des Jahresabschlusses in § 27 Abs. 3 EigBGes von einem</p>

<p>mission über den Gemeindevorstand der Gemeindevertretung vorzulegen. 2Der Jahresabschluß soll innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Wirtschaftsjahres festgestellt werden. 3Gleichzeitig beschließt die Gemeindevertretung über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes.</p> <p>(4) 1Der Beschluß über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Behandlung des Jahresergebnisses ist unverzüglich in der ortsüblichen Form öffentlich bekanntzumachen. 2In der Bekanntmachung ist der Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers mit Datum anzugeben. 3Hat der Abschlußprüfer die Bestätigung versagt, ist hierauf besonders hinzuweisen. 4Im Anschluß an die Bekanntmachung sind der Jahresabschluß und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.</p>	<p>(3) 1Der Jahresabschluß, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht sind nach Prüfung durch den Abschlußprüfer mit dessen Bericht und den Stellungnahmen der Betriebsleitung und der Betriebskommission über den Gemeindevorstand der Gemeindevertretung vorzulegen. 2Der Jahresabschluß soll innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Wirtschaftsjahres festgestellt werden. 3In der Betriebsatzung kann eine kürzere Frist zur Feststellung des Jahresabschlusses festgelegt werden; diese muss mindestens acht Monate nach Ablauf des Wirtschaftsjahres betragen. 4Gleichzeitig beschließt die Gemeindevertretung über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes sowie über die Entlastung der Betriebsleitung; versagt sie die Entlastung, hat sie dafür die Gründe anzugeben.</p> <p>(4) 1Der Beschluß über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Behandlung des Jahresergebnisses ist unverzüglich in der ortsüblichen Form öffentlich bekanntzumachen. 2In der Bekanntmachung ist der Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers im Wortlaut mit Datum anzugeben. 3Hat der Abschlußprüfer die Bestätigung versagt, ist hierauf besonders hinzuweisen. 4Im Anschluß an die Bekanntmachung sind der Jahresabschluß und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen mindestens für ein Jahr im Internet zu veröffentlichen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung-Veröffentlichung hinzuweisen.</p>	<p>Jahr auf acht Monate analog der Regelung in § 42a Abs. 2 GmbHG soll in das Ermessen der Gemeindevertretung gestellt werden, indem die Möglichkeit geschaffen wird, abweichend eine kürzere Frist von mindestens acht Monaten in der Betriebsatzung im Einzelfall festzulegen, bis zu deren Ablauf der Jahresabschluss festgestellt werden soll. Somit kann den jeweiligen Belangen nach besserer Steuerung oder den zeitlichen Abläufen in der Gemeindevertretung entsprochen werden.</p> <p>In § 27 Abs. 3 EigBGes wird klarstellend eine Regelung über die Entlastung der Betriebsleitung aufgenommen entsprechend der Regelung in § 114 Abs. 1 HGO.</p> <p>In § 27 Abs.4 EigBGes wird klargestellt, dass der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers in der Bekanntmachung im Wortlaut mit Datum anzugeben ist.</p> <p>Zur Erhöhung der Transparenz und Erleichterung durch digitale Einsichtnahme wird die Pflicht zur öffentlichen Auslegung an sieben Tagen durch eine Pflicht zur Veröffentlichung des Haushaltsplans im Internet ersetzt entsprechend der ebenfalls erfolgenden Änderung in § 114 Abs. 2 Satz 2 HGO. Dies soll für die Dauer von mindestens einem Jahr erfolgen, damit jederzeit Einsicht in einen bzw. den letzten geprüften Jahresabschluss genommen werden kann.</p>
	§ 32a	Die Übergangsvorschrift sorgt dafür, dass erstmals für den Jahresverlust des Wirtschaftsjahres zum

	<p style="color: red; text-align: center;"><b>Übergangsvorschriften</b></p> <p style="color: red;">Auf den Jahresverlust der Wirtschaftsjahre bis zum 31. Dezember 2025 darf § 11 Abs. 6 in der am ... [einsetzen: Datum des Tages vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes] geltenden Fassung angewendet werden.</p>	<p>31.12.2026 der Verlustvortrag lediglich für ein Jahr gilt. Vor dem Wirtschaftsjahr 2026 entstandene Jahresverluste können noch gemäß der vorherigen Regelung für fünf Jahre vorgetragen werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 34</p> <p style="text-align: center;">Außer-Kraft-Treten</p> <p>Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2026 außer Kraft.</p>	<p style="text-align: center;">§ 34</p> <p style="text-align: center;">Außer-Kraft-Treten</p> <p>Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember <del>2026</del>-2036 außer Kraft.</p>	<p>Durch Artikel 1 des Achtzehnten Gesetzes zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung befristeter Rechtsvorschriften soll in § 34 des Eigenbetriebsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 1989 (GVBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVBl. S. 121), die Angabe „2024“ durch „2026“ ersetzt werden. Die Geltungsdauer sollte zunächst um zwei Jahre verlängert werden. Die notwendigen Änderungen sollten im Rahmen der Kommunalrechtsnovelle erfolgen.</p> <p>Die Geltungsdauer des Eigenbetriebsgesetzes soll nunmehr um weitere zehn Jahre verlängert werden.</p>

### Versorgungskassengesetz

<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Aufgaben</p> <p>(1) Die Versorgungskassen haben die Aufgabe, die Versorgungslasten ihrer Mitglieder solidarisch auszugleichen und abzuwickeln sowie ihre Mitglieder sowie deren Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in versorgungsrechtlichen Fragen zu beraten. Sie können bei Teilmitgliedern, die sich nicht am solidarischen Ausgleich</p>	<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Aufgaben</p> <p>(1) Die Versorgungskassen haben die Aufgabe, die Versorgungslasten ihrer Mitglieder solidarisch auszugleichen und abzuwickeln sowie ihre Mitglieder sowie deren Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in versorgungsrechtlichen Fragen zu beraten. Sie können bei Teilmitgliedern, die sich nicht am solidarischen Ausgleich</p>	
---	---	--

<p>der Versorgungslasten beteiligen, die Versorgungsleistungen gegen Erstattung der Leistungen und den Ausgleich von Verwaltungskosten berechnen, festsetzen und auszahlen.</p> <p>(2) Die Versorgungskassen können für Mitglieder und Teilmitglieder sonstige Leistungen übernehmen, insbesondere die Berechnung, Festsetzung und Auszahlung von Beihilfen sowie weitere Personaldienstleistungen einschließlich der Berechnung, Festsetzung und Auszahlung von Besoldungs-, Vergütungs- und Lohnbezügen sowie die Festsetzung, Berechnung und Zahlung des Ehrensoldes. Die Versorgungskassen können dazu auch eine Beihilfeumlagekasse und eine Bezügekasse für ihre Mitglieder einrichten oder einer überregionalen Beihilfeumlagekasse beitreten.</p> <p>(3) Die Versorgungskassen sind zur Festsetzung der Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilfeleistungen im eigenen Namen berechtigt, wenn und soweit ihnen das Mitglied die Befugnis durch schriftliche Vereinbarung überträgt.</p> <p>(4) Die Bereithaltung und die Nutzung der zur Erfüllung der in diesem Gesetz bezeichneten Aufgaben benötigten IT-Struktur gehört zu den Aufgaben der Versorgungskassen</p>	<p>der Versorgungslasten beteiligen, die Versorgungsleistungen gegen Erstattung der Leistungen und den Ausgleich von Verwaltungskosten berechnen, festsetzen und auszahlen.</p> <p>(2) Die Versorgungskassen können für Mitglieder und Teilmitglieder sonstige Leistungen übernehmen, insbesondere die Berechnung, Festsetzung und Auszahlung von Beihilfen sowie weitere Personaldienstleistungen einschließlich der Berechnung, Festsetzung und Auszahlung von Besoldungs-, Vergütungs- und Lohnbezügen sowie die Festsetzung, Berechnung und Zahlung des Ehrensoldes. Die Versorgungskassen können dazu auch eine Beihilfeumlagekasse und eine Bezügekasse für ihre Mitglieder einrichten oder einer überregionalen Beihilfeumlagekasse beitreten.</p> <p>(3) Die Versorgungskassen sind zur Festsetzung der Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilfeleistungen im eigenen Namen berechtigt, wenn und soweit ihnen das Mitglied die <b>Diese Berechtigung zum Handeln im eigenen Namen gilt auch für die Durchführung von Widerspruchsverfahren zu den in Satz 1 genannten Festsetzungsbescheiden, zu denen die Versorgungskassen in Vertretung ihrer Mitglieder befugt sind, wenn und soweit ihnen das Mitglied die Befugnis zur Durchführung der Widerspruchsverfahren durch schriftliche Vereinbarung überträgt.</b></p> <p>(4) Die Bereithaltung und die Nutzung der zur Erfüllung der in diesem Gesetz bezeichneten Aufgaben benötigten IT-Struktur gehört zu den Aufgaben der Versorgungskassen</p>	<p>In der Praxis hat eine hohe Zahl der Mitglieder der drei Versorgungskassen von der Möglichkeit zur Übertragung der Festsetzungsbefugnisse von Beihilfen, Versorgungsbezügen und bei der Besoldung auf die jeweilige Versorgungskasse Gebrauch gemacht. Mit der ergänzenden Regelung in Abs. 3 wird klargestellt, dass zusätzlich zur Übertragungsoption der Festsetzungsbefugnis der Kommunen als Kassenmitglieder auf die Versorgungskassen auch die Möglichkeit zur Delegation der Widerspruchsbefugnis besteht. Insoweit handeln die kommunalen Versorgungskassen im eigenen Namen und in Vertretung ihrer Mitglieder. Eine vergleichbare Regelung findet sich im Landesrecht Nordrhein-Westfalen gemäß § 2 Abs. 2 VKZVKG NRW in Verbindung mit § 91 Landesbeamtengesetz NRW.</p>
<p style="text-align: center;">§ 15 Aufgaben und Pflichten</p> <p>(1) (2) (3)</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Aufgaben und Pflichten</p> <p>(1) (2) (3)</p>	<p>Bei der Änderung eines Wortes in Abs. 4 Satz 1 handelt es sich um eine klarstellende Anpassung</p>

<p>(4) Überträgt ein Mitglied Beschäftigte auf einen insolvenzfähigen Dritten, der ebenfalls Mitglied der Zusatzversorgungskasse ist oder wird, bleibt das übertragende Mitglied zur finanziellen Sicherstellung der für die Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten bestehenden Ansprüche und Anwartschaften für den Fall verpflichtet, dass der Dritte aus der Zusatzversorgung ausscheidet und seine mitgliedschaftliche finanzielle Verpflichtung zur Zahlung eines Ausgleichsbetrages gegenüber der Zusatzversorgungskasse nicht oder nicht vollständig erfüllt (Sicherstellungsverpflichtung). Die Sicherstellungsverpflichtung wird insbesondere durch eine laufende Zahlung nach dem Ausscheiden des insolvenzfähigen Dritten aus der Zusatzversorgungskasse für die Dauer des Bestehens von Ansprüchen und Anwartschaften aus dieser Mitgliedschaft oder durch Bestellung von Sicherheiten zu Gunsten der Zusatzversorgungskasse bereits bei Übertragung von Beschäftigten auf den insolvenzfähigen Dritten erfüllt. Übertragen Kommunen, die Mitglieder der Zusatzversorgungskasse sind, Beschäftigte im Zusammenhang mit einer Übertragung kommunaler Aufgaben auf den insolvenzfähigen Dritten, dürfen sie zur Erfüllung der Sicherstellungsverpflichtung Sicherheiten zu Gunsten der Zusatzversorgungskasse bestellen.</p> <p>(5)</p>	<p>(4) Überträgt ein Mitglied Beschäftigte auf einen insolvenzfähigen Dritten, der ebenfalls Mitglied der Zusatzversorgungskasse ist oder wird, <del>bleibt</del> <b>ist</b> das übertragende Mitglied zur finanziellen Sicherstellung der für die Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten bestehenden Ansprüche und Anwartschaften für den Fall verpflichtet, dass der Dritte aus der Zusatzversorgung ausscheidet und seine mitgliedschaftliche finanzielle Verpflichtung zur Zahlung eines Ausgleichsbetrages gegenüber der Zusatzversorgungskasse nicht oder nicht vollständig erfüllt (Sicherstellungsverpflichtung). Die Sicherstellungsverpflichtung wird insbesondere durch eine laufende Zahlung nach dem Ausscheiden des insolvenzfähigen Dritten aus der Zusatzversorgungskasse für die Dauer des Bestehens von Ansprüchen und Anwartschaften aus dieser Mitgliedschaft oder durch Bestellung von Sicherheiten zu Gunsten der Zusatzversorgungskasse bereits bei Übertragung von Beschäftigten auf den insolvenzfähigen Dritten erfüllt. Übertragen Kommunen, die Mitglieder der Zusatzversorgungskasse sind, Beschäftigte im Zusammenhang mit einer Übertragung kommunaler Aufgaben auf den insolvenzfähigen Dritten, dürfen sie zur Erfüllung der Sicherstellungsverpflichtung Sicherheiten zu Gunsten der Zusatzversorgungskasse bestellen.</p> <p>(5)</p>	<p>des Wortlautes. Die Sicherstellungsverpflichtung soll nach der Intention des Gesetzgebers im Übertragungsfall entstehen und nicht nur erhalten bleiben. Mit der Anpassung wird einem Vorschlag der Versorgungskassen Rechnung getragen.</p>
---	---	--

#### Kommunalabgabengesetz

<p>§ 4</p> <p>Anwendung der Abgabenordnung</p> <p>(1) Auf kommunale Abgaben sind die folgenden</p>	<p>§ 4</p> <p>Anwendung der Abgabenordnung</p> <p>(1) Auf kommunale Abgaben sind die folgenden</p>	
--	--	--

<p>Bestimmungen der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden, soweit nicht dieses Gesetz oder andere Bundes- oder Landesgesetze besondere Vorschriften enthalten:</p> <p>1. aus dem Ersten Teil - Einleitende Vorschriften -</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) über den Anwendungsbereich § 2,</li> <li>b) über die steuerlichen Begriffsbestimmungen § 3 Abs. 1, 4 und 5, §§ 5, 7 bis 15,</li> <li>c) über das Steuergeheimnis § 30 mit folgenden Maßgaben <ul style="list-style-type: none"> <li>aa) die Vorschrift gilt nur für kommunale Steuern,</li> <li>bb) bei der Hundesteuer darf in Schadensfällen Auskunft über Namen und Anschrift des Hundehalters an Behörden und Schadensbeteiligte gegeben werden,</li> </ul> </li> <li>cc) die Entscheidung nach Abs. 4 Nr. 5 Buchst. c trifft der Gemeindevorstand der Gemeinde oder der Kreisausschuss des Landkreises, denen die Abgabe zusteht,</li> </ul>	<p>Bestimmungen der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden, soweit nicht dieses Gesetz oder andere Bundes- oder Landesgesetze besondere Vorschriften enthalten:</p> <p>1. aus dem Ersten Teil - Einleitende Vorschriften -</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) über den Anwendungsbereich §§ 2 und 2a,</li> <li>b) über die steuerlichen Begriffsbestimmungen § 3 Abs. 1, 4 und 5, §§ 5, 7 bis 15,</li> <li>c) über die Verarbeitung geschützter Daten §§ 29b und 29c und über das Steuergeheimnis § 30 mit folgenden Maßgaben <ul style="list-style-type: none"> <li>aa) die Vorschrift gilt nur für kommunale Steuern,</li> <li>bb) bei der Hundesteuer darf in Schadensfällen Auskunft über Namen und Anschrift des Hundehalters an Behörden und Schadensbeteiligte erteilt werden</li> <li>cc) bei gefährlichen Hunden nach § 2 der Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden (HundeVO) vom 22. Januar 2003 (GVBl. I 2003, S. 54), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. November 2022 (GVBl. S. 686), dürfen unabhängig von einem Schadensfall auch die erforderlichen Auskünfte nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 der Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden an die zum Vollzug der Vorschriften über gefährliche Hunde zuständigen Behörden erteilt gegeben werden,</li> <li>dd) die Entscheidung nach § 30 Abs. 4 Nr. 5 Buchst. c der Abgabenordnung</li> </ul> </li> </ul>	<p>Die Änderungen beziehen sich auf § 4 Abs. 1 und sind wegen zwischenzeitlicher Änderungen der Abgabenordnung zur Anpassung des hessischen Rechts erforderlich. Die Neuformulierung geht auf die von der Arbeitsgemeinschaft der Steueramtsleiter des Hessischen Städtetags herausgearbeiteten Änderungsvorschläge zurück.</p> <p>Der in die Abgabenordnung (AO) zwischenzeitlich eingefügte § 2a AO über den Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten und die §§ 29a und 29b AO zur Verarbeitung dieser Daten sollen auch im Kommunalabgabenrecht zur Anwendung kommen. Dies wird mittels einer Ergänzung der Nr. 1 erreicht.</p> <p>Die Ergänzung in Nr. 1 c) bb) bewirkt, dass bei gefährlichen Hunden Daten an zum Vollzug der Vorschriften über gefährliche Hunde zuständige Behörden übermittelt werden dürfen.</p> <p>Die Einbeziehung der §§ 31a und 31c unter Nr. 1 c) betrifft Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs</p>
---	--	--

<p>d) über die Haftungsbeschränkung für Amtsträger § 32,</p> <p>2. aus dem Zweiten Teil - Steuerschuldrecht -</p> <p>a) über die Steuerpflichtigen §§ 33 bis 36,</p> <p>b) über das Steuerschuldverhältnis §§ 37 bis 49,</p> <p>c) über die Haftung §§ 69, 70, § 71 mit der Maßgabe, dass die Worte „oder eine Steuerhehlerei“ gestrichen werden, §§ 73 bis 75, 77</p> <p>3. aus dem Dritten Teil - Allgemeine Verfahrensvorschriften -</p> <p>a) über die Verfahrensgrundsätze §§ 78 bis 93, § 96 Abs. 1 bis 6, Abs. 7 Satz 1 und 2, §§ 97 bis 99, § 101 Abs. 1, §§ 102 bis 110, § 111 Abs. 1 bis 3 und 5, §§ 112 bis 115, § 117 Abs. 1, 2 und 4,</p> <p>b) über die Verwaltungsakte §§ 118 bis 133 mit der Maßgabe, dass in § 126 Abs. 2 und in § 132 das Wort „finanzgerichtlichen“ durch das Wort „verwaltungsgerichtlichen“ ersetzt wird,</p>	<p>trifft der Gemeindevorstand der Gemeinde oder der Kreisausschuss des Landkreises, denen die Abgabe zusteht,</p> <p><b>und über die Mitteilungen zur Bekämpfung illegaler Aktivitäten §§ 31a und 31b,</b></p> <p>d) über die Haftungsbeschränkung für Amtsträger § 32,</p> <p><b>e) über die Rechte der betroffenen Person §§ 32a bis 32f,</b></p> <p>2. aus dem Zweiten Teil - Steuerschuldrecht -</p> <p>a) über die Steuerpflichtigen §§ 33 bis 36,</p> <p>b) über das Steuerschuldverhältnis §§ 37 bis 49,</p> <p>c) über die Haftung §§ 69 <b>und</b> 70, § 71 <b>ohne die Fälle der Steuerhehlerei, §§ 72a Abs. 1, 73 bis 75, 77,</b></p> <p><b>3. aus dem Dritten Teil - Allgemeine Verfahrensvorschriften -</b></p> <p>a) über die Verfahrensgrundsätze §§ 78 bis <b>87, § 87a mit der Maßgabe, dass die Schriftform auch durch sonstige sichere Verfahren nach § 3a Abs. 2 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes ersetzt werden kann, §§ 88 und 88a, 89 bis 93c,</b> § 96 Abs. 1 bis 6, 7 Satz 1 und 2, §§ 97 bis 99, § 101 Abs. 1, §§ 102 bis 110, § 111 Abs. 1 bis 3 und 5, §§ 112 bis 115, § 117 Abs. 1, 2 und 4,</p> <p>b) über die Verwaltungsakte §§ 118 bis 133 mit <b>den</b> Maßgaben, dass in § 126 Abs. 2 und in § 132 <b>das verwaltungsgerichtliche Verfahren an die Stelle des finanzgerichtlichen Verfah-</b></p>	<p>sowie zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.</p> <p>Die Ergänzung in Nr. 1 e) betrifft Regelungen der AO zu Rechten der betroffenen Personen bei der Erhebung personenbezogener Daten.</p> <p>Die Ergänzung in Nr. 2 betrifft ebenfalls den Datenschutzbereich, denn dazu gehört auch die zur KAG-Anwendung übernommene Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden nach § 72a Abs. 1 AO, wobei gemäß der generellen Regelung in § 4 Abs. 3 an die Stelle Finanzbehörde die Körperschaft tritt, der die Abgabe zusteht.</p> <p>In Nr. 3 werden die Verfahrensgrundsätze über die elektronische Kommunikation (§ 87a AO), die Sammlung von geschützten Daten (§ 88a AO), allgemeine Mitteilungspflichten (§ 93a AO), der automatisierten Abruf von Kontoinformationen (§ 93b AO) und die Datenübermittlung durch Dritte (§ 93c AO) ergänzt. Bei den zur Schriftform genannten sicheren Verfahren (§ 87a AO) wird klargestellt, dass auch sichere Verfahren nach § 3a Abs. 2 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes zulässig bleiben.</p> <p>Die Änderungen bei Nr. 3b) betreffen redaktionelle Anpassungen.</p>
--	--	---

<p>4. aus dem Vierten Teil - Durchführung der Besteuerung -</p> <p>a) über die Mitwirkungspflichten §§ 140, 145 bis 149, § 150 Abs. 1 bis 5, §§ 151 bis 153,</p> <p>b) über das Festsetzungs- und Feststellungsverfahren §§ 155, 156 Abs. 2, 157 bis 160, 162, § 163 Abs. 1 Satz 1 und 3, §§ 164 bis 168, § 169 mit der Maßgabe, dass die Festsetzungsfrist nach Abs. 2 Satz 1 einheitlich vier Jahre beträgt, § 170 Abs. 1 bis 3, § 171 Abs. 1 bis 3, Abs. 3a mit der Maßgabe, dass die Angabe „§ 100 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 1, § 101 der Finanzgerichtsordnung“ durch „§ 113 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 1 und Abs. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung“ ersetzt wird, Abs. 7 bis 14, §§ 191 bis 194,</p>	<p>rens tritt und dass in § 132 das Widerspruchsverfahren an die Stelle des Einspruchsverfahrens tritt,</p> <p>4. aus dem Vierten Teil - Durchführung der Besteuerung -</p> <p>a) über die Mitwirkungspflichten § 140 ohne die Wörter „als den Steuergesetzen“, §§ 145 bis 148, 149 Abs. 1 und 2, § 150 Abs. 1 bis 5, §§ 151, 152 Abs. 1, 4 bis 6 und 8 bis 12 mit der Maßgabe, dass die Höhe des Verspätungszuschlags abweichend von § 152 Abs. 5 im Ermessen des Abgabeberechtigten steht, 10 % der festgesetzten Steuer oder des festgesetzten Messbetrags nicht übersteigen und höchstens 25.000 Euro betragen darf; bei der Bemessung des Verspätungszuschlags sind neben seinem Zweck, den Steuerpflichtigen zur rechtzeitigen Abgabe der Steuererklärung anzuhalten, die Dauer der Fristüberschreitung, die Höhe des sich aus der Steuerfestsetzung ergebenden Zahlungsanspruchs, die aus der verspäteten Abgabe der Steuererklärung gezogenen Vorteile, sowie das Verschulden und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen zu berücksichtigen, § 153,</p> <p>b) über das Festsetzungs- und Feststellungsverfahren §§ 155, 156 Abs. 2, 157 bis 160, 162, § 163 Abs. 1 Satz 1 und <del>3</del> Abs. 2 bis 4, §§ 164 bis 168, § 169 mit der Maßgabe, dass die Festsetzungsfrist nach Abs. 2 Satz 1 einheitlich vier Jahre beträgt, § 170 Abs. 1 bis 3, § 171 Abs. 1 bis 3, Abs. 3a mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Angabe „§ 100 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 1, § 101 der Finanzgerichtsordnung“ die Angabe „§ 113 Abs. 1 Satz 1,</p>	<p>Mit der Neufassung der Nr. 4.a) wird insbesondere eine Ermessen-Einräumung für die Abgabeberechtigten beim Verspätungszuschlag ermöglicht und die starre Vorgabe des § 152 Abs. 5 AO praxisgerecht umgestaltet.</p> <p>In Nr. 4.b) wird mit der Streichung von § 163 Abs. 1 Satz 3 AO ein redaktioneller Fehler behoben. Wie bereits jetzt schon bei den Realsteuern durch die direkte AO-Anwendung geltend, werden die Bestimmungen zu Billigkeitsmaßnahmen in Abs. 2 bis 4 des § 163 AO in die Verweisungsregelung aufgenommen.</p>
---	--	--

<p>5. aus dem Fünften Teil - Erhebungsverfahren -</p> <p>a) über die Verwirklichung, die Fälligkeit und das Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis §§ 218, 219, 221 bis 223, § 224 Abs. 1 und 2, §§ 225 bis 232,</p> <p>b) über die Verzinsung und die Säumniszuschläge § 233, § 234 Abs. 1 und 2, § 235, § 236 mit der Maßgabe, dass in Abs. 3 die Angabe „§ 137 Satz 1 der Finanzgerichtsordnung“ durch „§ 155 Abs. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung“ ersetzt wird, § 237 Abs. 1 mit der Maßgabe, dass das Wort „Einspruch“ durch „Widerspruch“ und die Wörter „eine Einspruchsentscheidung“ durch „einen Widerspruchsbescheid“ ersetzt werden, Abs. 2 und Abs. 4 mit der Maßgabe, dass die Angabe „und 3 gelten“ durch das Wort „gilt“ ersetzt wird, §§ 238 bis 240,</p> <p>c) über die Sicherheitsleistung §§ 241 bis 248,</p> <p>6. aus dem Sechsten Teil - Vollstreckung - § 251 Abs. 3, § 261.</p> <p>(2) Die in Abs. 1 genannten Vorschriften gelten entsprechend für Verspätungszuschläge, Zinsen und Säumniszuschläge (abgaberechtliche Nebenleistungen).</p> <p>(3) Bei der Anwendung der in den Abs. 1 und 2 genannten Vorschriften treten jeweils an die Stelle</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Finanzbehörde oder des Finanzamtes die Körperschaft, der die Abgabe zusteht,</li> <li>2. des Wortes „Steuer(n)“ - allein oder in Wortzusammensetzungen - das Wort „Abgabe(n)“,</li> </ol>	<p>Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 1 und Abs. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung“ tritt, Abs. 7 bis 14, §§ 191 bis 194,</p> <p>5. aus dem Fünften Teil - Erhebungsverfahren -</p> <p>a) über die Verwirklichung, die Fälligkeit und das Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis <del>§§ 218, 219, 221 bis 223, § 224 Abs. 1 und 2, §§ 225 bis 232,</del></p> <p>b) über die Verzinsung und die Säumniszuschläge § 233, § 234 Abs. 1 und 2, § 235, § 236 mit der Maßgabe, dass in Abs. 3 an die <del>Stelle der</del> Angabe „§ 137 Satz 1 der Finanzgerichtsordnung“ <del>die Angabe</del> „§ 155 Abs. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung“ tritt, § 237 Abs. 1 mit der Maßgabe, dass an die <del>Stelle des Einspruchs und des Einspruchsbescheids der</del> Widerspruch und der Widerspruchsbescheid treten, Abs. 2 und Abs. 4 mit der Maßgabe, dass nur § 234 Abs. 2 entsprechend gilt, §§ 238 bis 240,</p> <p>c) über die Sicherheitsleistung §§ 241 bis 248,</p> <p>6. aus dem Sechsten Teil - Vollstreckung - § 251 Abs. 3, § 261, <del>§ 324 mit der Maßgabe, dass in Abs. 1 Satz 1 an die Stelle der §§ 249 bis 323 der Abgabenordnung die Vorschriften des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes treten, § 325.</del></p> <p>(2) Die in Abs. 1 genannten Vorschriften gelten entsprechend für Verspätungszuschläge, Zinsen und Säumniszuschläge (abgaberechtliche Nebenleistungen).</p> <p>(3) Bei der Anwendung der in den Abs. 1 und 2 genannten Vorschriften treten jeweils an die Stelle</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Finanzbehörde oder des Finanzamtes die Körperschaft, der die Abgabe zusteht,</li> </ol>	<p>Mit der Änderung der Nr. 5.a) werden weitere AO Bestimmungen aufgenommen, insbesondere durch die Berücksichtigung von § 224 Abs. 4 AO wird ein bargeldloser Zahlungsverkehr mit Schließung der Barkasse ermöglicht.</p> <p>Insbesondere bei der Spielapparatesteuer besteht bei der in Nr. 6 geregelten Vollstreckung ein Bedürfnis für den dinglichen Arrest zur Sicherung der Vollstreckung von Geldforderungen. Aufwändige Verfahren über das Amtsgericht lassen sich so vermeiden.</p>
---	--	---

3. des Wortes „Besteuerung“ die Worte „Heranziehung zu Abgaben“.	2. des Wortes „Steuer(n)“ - allein oder in Wortzusammensetzungen - das Wort „Abgabe(n)“, 3. des Wortes „Besteuerung“ die Worte „Heranziehung zu Abgaben“.	
<p>§ 6 Kleinbeträge</p> <p>(1) Es kann davon abgesehen werden, kommunale Abgaben festzusetzen, zu erheben oder nachzufordern, wenn der Betrag niedriger ist als zehn Euro. Von einer Erstattung kann abgesehen werden, wenn der Betrag niedriger ist als 2,50 Euro.</p> <p>(2) Centbeträge können bei der Festsetzung von kommunalen Abgaben auf volle Euro abgerundet und bei der Erstattung auf volle Euro aufgerundet werden.</p> <p>(3) Kommunale Abgaben, die ratenweise erhoben werden, können bei der Festsetzung so abgerundet werden, dass gleich hohe Raten entstehen.</p>	<p>§ 6 Kleinbeträge</p> <p>(1) Es kann davon abgesehen werden, kommunale Abgaben festzusetzen, zu erheben oder nachzufordern, wenn der Betrag niedriger ist als <b>fünfundzwanzig Euro</b>. Von einer Erstattung kann abgesehen werden, wenn der Betrag niedriger ist als 2,50 Euro.</p> <p>(2) Centbeträge können bei der Festsetzung von kommunalen Abgaben auf volle Euro abgerundet und bei der Erstattung auf volle Euro aufgerundet werden.</p> <p>(3) Kommunale Abgaben, die ratenweise erhoben werden, können bei der Festsetzung so abgerundet werden, dass gleich hohe Raten entstehen.</p>	<p>Die derzeitige Regelung in § 6 Abs. 1 S. 1 KAG entspricht der Regelung des § 31 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), bei der ebenso bisher eine Kleinbetragsgrenze von 10,00 Euro besteht. Die Änderung dient der Harmonisierung des § 31 GemHVO mit der Abgabenordnung und der korrespondierenden Regelung in § 6 KAG für kommunale Abgaben, so dass eine einheitliche Bagatellgrenze von 25,00 € wie in § 156 AO gelten soll.</p>
	<p><b>§ 6b</b></p> <p>(1) Die Festsetzung von Abgaben zum Vorteilsausgleich ist ungeachtet ihrer Entstehung oder Verjährung mit Ablauf des zwanzigsten Kalenderjahres, das auf den Eintritt der Vorteilslage folgt, ausgeschlossen.</p> <p>(2) Sofern Vorausleistungen auf die Abgabe zum Vorteilsausgleich bis zum 1. Juli 2025 erhoben worden sind, jedoch die Festsetzung der endgültigen Abgabe infolge des Ablaufs der Frist des Abs. 1 bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Änderungsgesetzes ausgeschlossen ist, sind die Vorausleistungen nur in dem Umfang zu erstatten, in dem sie die Höhe der fiktiven endgültigen Abgabe</p>	<p>Mit der Regelung soll der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Beschluss vom 03.11.2021 - 1 BvL 1/19) Rechnung getragen werden, wonach das Gebot der Belastungsklarheit und -vorhersehbarkeit (Art. 2 Abs. 1 i.V. m. Art. 20 Abs. 3 GG) sich auf alle Abgaben zum Vorteilsausgleich erstreckt. Die Festsetzungsbegrenzung mit dem Ablauf des 20. Kalenderjahres umfasst eine Zeitspanne, die auch in anderen Bundesländern zu Grunde gelegt wird. Soweit Vorausleistungen in der Vergangenheit bereits erhoben wurden, sind die Abgabenschuldner gegenüber dem Interesse der Körperschaft an einer geregelten Finanzierung nur insoweit schutzwürdig, als dass sie nicht mit</p>

	überschreiten. Eine Verzinsung der Erstattungsbeiträge findet nicht statt.	neuen oder ungerechtfertigten Belastungen belegt werden.
<p>§ 7</p> <p>Steuern der Gemeinden</p> <p>(1) Die Gemeinden erheben Steuern nach Maßgabe der Gesetze.</p> <p>(2) Soweit solche Gesetze nicht bestehen, können die Gemeinden örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern erheben, jedoch nicht Steuern, die vom Land erhoben werden oder den Landkreisen vorbehalten sind.</p>	<p>§ 7</p> <p>Steuern der Gemeinden</p> <p>(1) Die Gemeinden erheben Steuern nach Maßgabe der Gesetze.</p> <p>(2) Soweit solche Gesetze nicht bestehen, können die Gemeinden örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern erheben, jedoch nicht Steuern, die vom Land erhoben werden oder den Landkreisen vorbehalten sind. <del>Steuern auf die Ausübung des Fischereirechts (Fischereisteuer) oder für die Errichtung, Erweiterung und Fortführung eines nach den Vorschriften des Hessischen Gaststättengesetzes vom 28. März 2012 (GVBl. S. 50), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Juli 2021 (GVBl. S. 346) betriebenen Gaststättengewerbes, werden nicht erhoben.</del></p>	<p>Den Gemeinden war es bislang nicht erlaubt, wegen der Zuweisung der Fischeisteuer und der Gaststättenerlaubnissteuer an die Landkreise und die kreisfreien Städte in § 8 derartige Steuern zu erheben. Mit dem neuen Abs. 2 Satz 2 wird der bisherige Rechtszustand unter Berücksichtigung der Änderung des § 8 beibehalten.</p>
<p>§ 8</p> <p>Steuern der Landkreise und der kreisfreien Städte</p> <p>(1) Die Landkreise und die kreisfreien Städte können Steuern auf die Ausübung des Jagdrechts (Jagdsteuer) und des Fischereirechts (Fischereisteuer) erheben.</p> <p>(2) Die Landkreise und die kreisfreien Städte können eine Steuer für die Errichtung, Erweiterung und Fortführung eines nach den Vorschriften des Hessischen Gaststättengesetzes vom 28. März 2012 (GVBl. S. 50), geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 28. März 2012 (GVBl. S. 50) betriebenen Gaststättengewerbes erheben</p>	<p>§ 8</p> <p>Steuern der Landkreise und der kreisfreien Städte</p> <p>(1) Die Landkreise und die kreisfreien Städte können Steuern auf die Ausübung des Jagdrechts (Jagdsteuer) <del>und des Fischereirechts (Fischereisteuer)</del> erheben.</p> <p><del>(2) Die Landkreise und die kreisfreien Städte können eine Steuer für die Errichtung, Erweiterung und Fortführung eines nach den Vorschriften des Hessischen Gaststättengesetzes vom 28. März 2012 (GVBl. S. 50), geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 28. März 2012 (GVBl. S. 50) betriebenen Gaststättengewerbes erheben.</del></p>	<p>Die Änderung dient der Rechtsbereinigung und Rechtsklarheit. Die Gaststättenerlaubnissteuer ist derzeit landesrechtlich nur noch im hessischen und im rheinland-pfälzischen KAG aufgeführt. Nach den Schwierigkeiten für das Gastgewerbe seit der Corona-Zeit wäre ein Ziel, die Errichtung neuer Gaststätten zu hemmen, nicht angemessen. Die Steuer wird schon seit über 10 Jahren in keiner hessischen Kommune mehr erhoben. Zudem ist die Erlaubnispflicht zum Ausschank alkoholhaltiger Getränke mit der Neufassung des Hessischen Gaststättengesetzes vom 28.03.2012 durch eine Anzeigepflicht ersetzt worden. In Hessen gibt es nur noch in Offenbach als einziger Kommune eine derartige Steuersatzung vom 17.12.1991. Durch</p>

		den Wegfall der Erlaubnis ist der Anknüpfungstatbestand nach § 1 der Offenbacher Satzung über die Erhebung einer Gaststättenerlaubnissteuer ab dem 01.05.2012 ersatzlos entfallen. Auch die Fischereisteuer hat keine praktische Relevanz. Sie wird in Hessen – und vermutlich auch deutschlandweit – nicht mehr erhoben.
<p>§ 12</p> <p>Erstattung der Kosten für Grundstücksanschlüsse</p> <p>(1) Die Gemeinden und Landkreise können bestimmen, dass ihnen die Aufwendungen für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie die Kosten für die Unterhaltung eines Grundstücksanschlusses an Versorgungsleitungen und Entwässerungsanlagen in der tatsächlich entstandenen Höhe oder nach Einheitssätzen erstattet werden. Für die Erstattung gelten die Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend.</p> <p>(2) Die Durchführung der Maßnahme kann von der Entrichtung einer angemessenen Vorauszahlung abhängig gemacht werden.</p>	<p>§ 12</p> <p>Erstattung der Kosten für Grundstücksanschlüsse</p> <p>(1) Die Gemeinden und Landkreise können bestimmen, dass ihnen die Aufwendungen für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie die Kosten für die Unterhaltung eines <b>Haus- und</b> Grundstücksanschlusses an Versorgungsleitungen und Entwässerungsanlagen in der tatsächlich entstandenen Höhe oder nach Einheitssätzen erstattet werden. Für die Erstattung gelten die Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend.</p> <p>(2) Die Durchführung der Maßnahme kann von der Entrichtung einer angemessenen Vorauszahlung abhängig gemacht werden.</p>	<p>Nach einem engen Wortlautverständnis würden die Hausanschlüsse die Leitungen auf den Privatgrundstücken zwischen Kontrollschacht/Übergabestelle an der Grundstücksgrenze und dem Haus betreffen und die Grundstücksanschlüsse den Leitungsteil von der Grundstücksgrenze bis zur Sammelleitung bzw. zum öffentlichen Wasserversorgungsnetz. Es ist es nach der Rechtsprechung in Hessen aber anerkannt, dass der Grundstücksanschluss in § 12 auch den Hausanschluss mitumfasst. Gleichwohl ist eine genauere gesetzliche Bezeichnung geboten, denn bei der Rechtsanwendung ergeben sich Unterschiede. Soweit Kanalleitungen auf privatem Grund verlaufen und im Eigentum des Grundstückseigentümers stehen, können diese nicht satzungsrechtlich als Teil der öffentlichen Einrichtung bestimmt werden. In Folge dessen kann – insoweit als alternative Option zum Kostenerstattungsanspruch - durch eine Satzung bestimmt werden, dass die Grundstücksanschlüsse (nicht aber auf privatem Grund liegende Hausanschlüsse) an Versorgungsleitungen und Abwasserbeseitigungsanlagen zu der entsprechenden öffentlichen Einrichtung gehören.</p>

<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Kommunale Gebietsrechenzentren</p> <p>(1) Das ekom 21-Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen und das in Abwicklung befindliche Kommunale Gebietsrechenzentrum Wiesbaden sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Kommunalen Gebietsrechenzentren führen die ihnen aufgrund Gesetz oder Satzung übertragenen Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnik aus und können weitere, durch Satzung bestimmte Aufgaben übernehmen und Tätigkeiten ausüben. Es finden die für Zweckverbände geltenden Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2019 (GVBl. S. 416), Anwendung, soweit nicht in diesem Gesetz etwas anderes bestimmt ist.</p> <p>(2) Bei der Auflösung und Abwicklung eines Kommunalen Gebietsrechenzentrums gelten die §§ 27 und 41 des Hessischen Beamtengesetzes entsprechend.</p> <p>(3) Die Kommunalen Gebietsrechenzentren sind berechtigt, Benutzerentgelte zu erheben.</p> <p>(4) Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Kommunalen Gebietsrechenzentren gelten die Vorschriften für kommunale Eigenbetriebe entsprechend, soweit nicht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes etwas anderes bestimmt ist.</p> <p>(5) Aufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium Gießen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Kommunale Gebietsrechenzentren</p> <p>(1) Das ekom 21-Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen und das in Abwicklung befindliche Kommunale Gebietsrechenzentrum Wiesbaden sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Kommunalen Gebietsrechenzentren führen die ihnen aufgrund Gesetz oder Satzung übertragenen Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnik aus und können weitere, durch Satzung bestimmte Aufgaben übernehmen und Tätigkeiten ausüben. Es finden die für Zweckverbände geltenden Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2019 (GVBl. S. 416), Anwendung, soweit nicht in diesem Gesetz etwas anderes bestimmt ist.</p> <p>(2) Bei der Auflösung und Abwicklung eines Kommunalen Gebietsrechenzentrums gelten die §§ 27 und 41 des Hessischen Beamtengesetzes entsprechend.</p> <p>(3) Die Kommunalen Gebietsrechenzentren sind berechtigt, Benutzerentgelte zu erheben.</p> <p>(4) Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Kommunalen Gebietsrechenzentren gelten die Vorschriften für kommunale Eigenbetriebe entsprechend, soweit nicht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes etwas anderes bestimmt ist.</p> <p>(5) Aufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium Gießen. <b>Die Aufsichtsbehörde kann im Einvernehmen mit dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium im Falle des Ausscheidens einer zur Abwicklung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Wiesbaden bestellten Person eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger berufen.</b></p>	<p>Nachdem das operative Geschäft des KGRZ Wiesbaden zum 30. Juni 2003 eingestellt wurde, hatte die Verbandsversammlung des KGRZ Wiesbaden am 16. Oktober 2003 den Beschluss zur Auflösung gefasst. Mit einer dabei beschlossenen Satzungsergänzung wurde geregelt, dass die beiden Geschäftsführer die Abwicklung des KGRZ durchführen. Die Abwickler sind zwischenzeitlich im Ruhestandsalter und führen die Abwicklung jeweils im Rahmen einer Teilzeittätigkeit durch, wobei es im Wesentlichen noch um Verwaltungstätigkeiten hinsichtlich der Ruhestandsbeamtinnen und -beamten geht. Der Satzung fehlt eine Bestimmung für den Fall des Ausscheidens eines Geschäftsführers. Da die Verbandsversammlung durch die Sondersituation der Abwicklung nicht mehr zusammengetreten ist und die seinerzeitigen Mitglieder der Verbandsversammlung größtenteils nicht mehr in einem kommunalen Amt sind, besteht Regelungsbedarf für den Fall der Beendigung der Abwicklungstätigkeit. Aufgrund des Fehlens der Möglichkeit einer Satzungsänderung zur Bestimmung einer Nachfolge mangels Verbandsversammlung, kommt für diese Nachberufung die Aufsichtsbehörde in Betracht. Im Hinblick auf das fehlende operative Geschäft erscheint ein Vorschlagsrecht der KGRZ-Mitgliedskommunen nicht erforderlich und würde einen unverhältnismäßigen Abstimmungsaufwand erzeugen.</p>
--	--	---

## Verordnung über öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinden und Landkreise

<p style="text-align: center;"><b>§ 1</b></p> <p>(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinden können, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist, entweder nur in einer oder mehreren örtlich verbreiteten, mindestens einmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen, in einem Amtsblatt oder im Internet erfolgen. Dies gilt auch, wenn durch Rechtsvorschrift ortsübliche Bekanntmachung vorgeschrieben ist.</p> <p>(2) Die für die Gemeinde geltende Bekanntmachungsform ist in der Hauptsatzung festzulegen. Zeitungen und Amtsblätter sind namentlich zu bezeichnen. Bei der Bekanntmachung im Internet sind in der Hauptsatzung die Internetadresse der Gemeinde sowie die Zeitung, in der die nach § 5a Abs. 1 erforderlichen Hinweisbekanntmachungen erfolgen, zu bestimmen.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 1</b></p> <p>(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinden können, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist, entweder nur in einer oder mehreren örtlich verbreiteten, mindestens einmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen, in einem Amtsblatt oder im Internet erfolgen. Dies gilt auch, wenn durch Rechtsvorschrift ortsübliche Bekanntmachung vorgeschrieben ist.</p> <p>(2) Die für die Gemeinde geltende Bekanntmachungsform ist in der Hauptsatzung festzulegen. Zeitungen und Amtsblätter sind namentlich zu bezeichnen. Bei der Bekanntmachung im Internet <del>sind ist</del> in der Hauptsatzung die Internetadresse der Gemeinde <del>bekannt zu geben, sowie die Zeitung, in der die nach § 5a Abs. 1 erforderlichen Hinweisbekanntmachungen erfolgen, zu bestimmen.</del></p>	<p>Die Streichung des Erfordernisses der sogenannten Hinweisbekanntmachung dient der Entbürokratisierung in den Gemeinden.</p> <p>Die Verbreitung des Internets als Informationsmedium hat weiter zugenommen. So hatten im Jahr 2020 bereits 91% der Haushalte einen Internetzugang (Quelle: <a href="https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Ausstattung-Gebrauchsguter/Tabellen/zeitvergleich-ausstattung-ikt.html">https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Ausstattung-Gebrauchsguter/Tabellen/zeitvergleich-ausstattung-ikt.html</a>).</p> <p>Auch die Personengruppe der über 65-jährigen nutzt das Internet regelmäßig, zu 76% sogar täglich (Quelle: <a href="https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/IT-Nutzung/Tabellen/durchschnittl-nutzung-alter-ikt.html">https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/IT-Nutzung/Tabellen/durchschnittl-nutzung-alter-ikt.html</a>).</p> <p>Die Mehrzahl der Bundesländer verzichtet bereits auf die Hinweisbekanntmachung. Schwierigkeiten oder Rechtsprobleme sind in diesem Zusammenhang bisher nicht bekannt geworden.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 5a</b></p> <p>(1) Die Bekanntmachung im Internet erfolgt durch die Bereitstellung auf der Internetseite der Gemeinde unter Angabe des Bereitstellungstages. Die Gemeinde hat in mindestens einer Zeitung im Sinne des § 1 Abs. 1 auf die Bekanntmachung im Internet und die einschlägige Internetadresse nachrichtlich hinzuweisen.</p> <p>(2) Die Bekanntmachung im Internet darf nur auf einer ausschließlich in Verantwortung der Ge-</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 5a</b></p> <p>(1) Die Bekanntmachung im Internet erfolgt durch die Bereitstellung auf der Internetseite der Gemeinde unter Angabe des Bereitstellungstages. <del>Die Gemeinde hat in mindestens einer Zeitung im Sinne des § 1 Abs. 1 auf die Bekanntmachung im Internet und die einschlägige Internetadresse nachrichtlich hinzuweisen.</del></p> <p>(2) Die Bekanntmachung im Internet darf nur auf einer ausschließlich in Verantwortung der Ge-</p>	

<p>meinde betriebenen Internetseite erfolgen. Die Gemeinde darf sich zur Einrichtung und Pflege dieser Internetseite eines Dritten bedienen. Die Internetseite soll barrierefrei gestaltet sein. Die Bekanntmachungen im Internet müssen kostenfrei gelesen und auch ausgedruckt werden können. Auf ein hohes Maß an Benutzerfreundlichkeit ist zu achten.</p> <p>(3) Im Internet bekannt gemachte Satzungen und Verordnungen sind für die Dauer ihrer Geltung unter der angegebenen Internetadresse dauerhaft zugänglich zu halten. Im Fall der Änderung des Ortsrechts gilt dies nicht nur für den ursprünglichen Text der Rechtsvorschrift und für die Änderungsnorm, sondern auch für die aktuell gültige Fassung der Satzung oder Verordnung. Alle im Internet veröffentlichten Vorschriftentexte sind durch technische und organisatorische Maßnahmen zu sichern.</p> <p>(4) Jede Person hat das Recht, im Internet bekannt gemachte Satzungen und Verordnungen der Gemeinde während der öffentlichen Sprechzeiten der Verwaltung in Papierform einzusehen und sich gegen Kostenerstattung entsprechende Ausdrucke fertigen zu lassen. Auf dieses Recht ist bei der Veröffentlichung von Ortsrecht in der jeweiligen Hinweisbekanntmachung nach Abs. 1 aufmerksam zu machen.</p>	<p>meinde betriebenen Internetseite erfolgen. Die Gemeinde darf sich zur Einrichtung und Pflege dieser Internetseite eines Dritten bedienen. Die Internetseite soll barrierefrei gestaltet sein. Die Bekanntmachungen im Internet müssen kostenfrei gelesen und auch ausgedruckt werden können. Auf ein hohes Maß an Benutzerfreundlichkeit ist zu achten.</p> <p>(3) Im Internet bekannt gemachte Satzungen und Verordnungen sind für die Dauer ihrer Geltung unter der angegebenen Internetadresse dauerhaft zugänglich zu halten. Im Fall der Änderung des Ortsrechts gilt dies nicht nur für den ursprünglichen Text der Rechtsvorschrift und für die Änderungsnorm, sondern auch für die aktuell gültige Fassung der Satzung oder Verordnung. Alle im Internet veröffentlichten Vorschriftentexte sind durch technische und organisatorische Maßnahmen zu sichern.</p> <p>(4) Jede Person hat das Recht, im Internet bekannt gemachte Satzungen und Verordnungen der Gemeinde während der öffentlichen Sprechzeiten der Verwaltung in Papierform einzusehen und sich gegen Kostenerstattung entsprechende Ausdrucke fertigen zu lassen. Auf dieses Recht ist <b>in der Hauptsatzung sowie auf der Internetseite der Gemeinde hinzuweisen. bei der Veröffentlichung von Ortsrecht in der jeweiligen Hinweisbekanntmachung nach Abs. 1 aufmerksam zu machen.</b></p>	
--	---	--

# **Verordnung über die Besoldung, Dienstaufwandsentschädigung und Reisekostenpauschale der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit**

./.	<p>§ 4a Zulage</p> <p>Den in §§ 2 bis 4 genannten Personen wird nach Ablauf einer vollen Amtszeit ab Beginn einer zweiten Amtszeit zusätzlich zum Grundgehalt eine nicht ruhegehaltfähige Zulage gewährt. Die Zulage beträgt 8 Prozent des Grundgehalts.</p>	<p>Durch die Einführung einer nicht ruhegehaltfähigen Zulage von 8% ab der zweiten Amtszeit für alle kommunalen Wahlbeamten sollen weitere Amtszeiten Berücksichtigung finden.</p> <p>Die Regelung folgt dem entsprechenden Vorbild in NRW. Anders also dort, wird es die Zulage in Hessen zukünftig nicht nur für Bürgermeister, sondern für alle kommunalen Wahlbeamten geben, die in der KomBesDAV geregelt sind.</p>																																																
<p>§ 6 Dienstaufwandsentschädigung</p> <p>(1) Die hauptamtliche Bürgermeisterin oder der hauptamtliche Bürgermeister erhält monatlich folgende Dienstaufwandsentschädigung</p> <table><tr><td>Einwohnerzahl</td><td>Betrag in Euro</td></tr><tr><td>bis 5 000</td><td>230</td></tr><tr><td>bis 7 500</td><td>269</td></tr><tr><td>bis 20 000</td><td>307</td></tr><tr><td>bis 50 000</td><td>346</td></tr><tr><td>bis 100 000</td><td>383</td></tr><tr><td>bis 500 000</td><td>460</td></tr><tr><td>über 500 000</td><td>537</td></tr></table> <p>(2) Die Landrätin oder der Landrat erhält monatlich folgende Dienstaufwandsentschädigung</p> <table><tr><td>Einwohnerzahl</td><td>Betrag in Euro</td></tr><tr><td>bis 150 000</td><td>383</td></tr><tr><td>bis 250 000</td><td>422</td></tr><tr><td>über 250 000</td><td>460</td></tr></table> <p>(3) Die Direktorin oder der Direktor des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen und die Verbandsdirektorin oder der Verbandsdirektor des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain erhalten monatlich eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 383 Euro.</p>	Einwohnerzahl	Betrag in Euro	bis 5 000	230	bis 7 500	269	bis 20 000	307	bis 50 000	346	bis 100 000	383	bis 500 000	460	über 500 000	537	Einwohnerzahl	Betrag in Euro	bis 150 000	383	bis 250 000	422	über 250 000	460	<p>§ 6 Dienstaufwandsentschädigung</p> <p>(1) Die hauptamtliche Bürgermeisterin oder der hauptamtliche Bürgermeister, die Landrätin oder der Landrat und die Direktorin oder der Direktor des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen und die Verbandsdirektorin oder der Verbandsdirektor des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 5 Prozent ihres Grundgehalts nach der jeweiligen Besoldungsgruppe.</p> <table><tr><td>Einwohnerzahl</td><td>Betrag in Euro</td></tr><tr><td>bis 5 000</td><td>230</td></tr><tr><td>bis 7 500</td><td>269</td></tr><tr><td>bis 20 000</td><td>307</td></tr><tr><td>bis 50 000</td><td>346</td></tr><tr><td>bis 100 000</td><td>383</td></tr><tr><td>bis 500 000</td><td>460</td></tr><tr><td>über 500 000</td><td>537</td></tr></table> <p>(2) Die Landrätin oder der Landrat erhält monatlich folgende Dienstaufwandsentschädigung</p> <table><tr><td>Einwohnerzahl</td><td>Betrag in Euro</td></tr><tr><td>bis 150 000</td><td>383</td></tr><tr><td>bis 250 000</td><td>422</td></tr><tr><td>über 250 000</td><td>460</td></tr></table>	Einwohnerzahl	Betrag in Euro	bis 5 000	230	bis 7 500	269	bis 20 000	307	bis 50 000	346	bis 100 000	383	bis 500 000	460	über 500 000	537	Einwohnerzahl	Betrag in Euro	bis 150 000	383	bis 250 000	422	über 250 000	460	<p>Bei der Dienstaufwandsentschädigung wird nach dem Vorbild verschiedener anderer Bundesländer in Hessen zukünftig vom Modell fester Beträge abgerückt und eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 5% des Grundgehaltes gezahlt. Damit geht zunächst eine spürbare Steigerung der seit 2001 nicht mehr erhöhten Beträge einher.</p> <p>Zukünftig verändern sich die Beträge der Dienstaufwandsentschädigung entsprechend der Besoldung der Wahlbeamten, Anpassungen der Beträge an den Lebenshaltungskostenindex sind nicht mehr erforderlich.</p>
Einwohnerzahl	Betrag in Euro																																																	
bis 5 000	230																																																	
bis 7 500	269																																																	
bis 20 000	307																																																	
bis 50 000	346																																																	
bis 100 000	383																																																	
bis 500 000	460																																																	
über 500 000	537																																																	
Einwohnerzahl	Betrag in Euro																																																	
bis 150 000	383																																																	
bis 250 000	422																																																	
über 250 000	460																																																	
Einwohnerzahl	Betrag in Euro																																																	
bis 5 000	230																																																	
bis 7 500	269																																																	
bis 20 000	307																																																	
bis 50 000	346																																																	
bis 100 000	383																																																	
bis 500 000	460																																																	
über 500 000	537																																																	
Einwohnerzahl	Betrag in Euro																																																	
bis 150 000	383																																																	
bis 250 000	422																																																	
über 250 000	460																																																	

<p>(4) Die Dienstaufwandsentschädigung</p> <p>1. der oder des hauptamtlichen Ersten Beigeordneten und</p> <p>2. der oder des für die Verwaltung des Finanzwesens bestellten hauptamtlichen Beigeordneten in Gemeinden ab 30 000 Einwohnern, in den Landkreisen und beim Regionalverband FrankfurtRheinMain</p> <p>beträgt 60 Prozent der Dienstaufwandsentschädigung der jeweiligen hauptamtlichen Wahlbeamtin oder des jeweiligen hauptamtlichen Wahlbeamten nach Abs. 1 bis Abs. 3. Die Dienstaufwandsentschädigung der übrigen hauptamtlichen Beigeordneten beträgt 40 Prozent der Dienstaufwandsentschädigung der jeweiligen hauptamtlichen Wahlbeamtin oder des jeweiligen hauptamtlichen Wahlbeamten nach Abs. 1 bis Abs. 3.</p> <p>(5) Der Anspruch auf Dienstaufwandsentschädigung entfällt, wenn die Beamtin oder der Beamte</p> <p>1. ununterbrochen länger als drei Monate die Dienstgeschäfte nicht wahrnimmt, für die über drei Monate hinausgehende Zeit,</p> <p>2. des Dienstes enthoben oder ihr oder ihm die Führung der Dienstgeschäfte untersagt ist.</p> <p>(6) Der Anspruch auf Dienstaufwandsentschädigung erhöht sich auf den für den Vertretenen geltenden Satz, bei einer Vertretung im Falle des Abs. 5</p> <p>1. Nr. 1 für die über drei Monate hinausgehende Zeit,</p> <p>2. Nr. 2 ab dem Tag der vertretungsweisen Übernahme der Dienstgeschäfte.</p>	<p><del>(3) Die Direktorin oder der Direktor des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen und die Verbandsdirektorin oder der Verbandsdirektor des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain erhalten monatlich eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 383 Euro.</del></p> <p>(2) Die Dienstaufwandsentschädigung</p> <p>1. der oder des hauptamtlichen Ersten Beigeordneten und</p> <p>2. der oder des für die Verwaltung des Finanzwesens bestellten hauptamtlichen Beigeordneten in Gemeinden ab 30 000 Einwohnern, in den Landkreisen und beim Regionalverband FrankfurtRheinMain</p> <p>beträgt 60 Prozent der Dienstaufwandsentschädigung der jeweiligen hauptamtlichen Wahlbeamtin oder des jeweiligen hauptamtlichen Wahlbeamten nach Abs. 1 <del>bis Abs. 3</del>. Die Dienstaufwandsentschädigung der übrigen hauptamtlichen Beigeordneten beträgt 40 Prozent der Dienstaufwandsentschädigung der jeweiligen hauptamtlichen Wahlbeamtin oder des jeweiligen hauptamtlichen Wahlbeamten nach Abs. 1 <del>bis Abs. 3</del>.</p> <p>(3) Der Anspruch auf Dienstaufwandsentschädigung entfällt, wenn die Beamtin oder der Beamte</p> <p>1. ununterbrochen länger als drei Monate die Dienstgeschäfte nicht wahrnimmt, für die über drei Monate hinausgehende Zeit,</p> <p>2. des Dienstes enthoben oder ihr oder ihm die Führung der Dienstgeschäfte untersagt ist.</p> <p>(4) Der Anspruch auf Dienstaufwandsentschädigung erhöht sich auf den für den Vertretenen geltenden Satz, bei einer Vertretung im Falle des Abs. <del>3</del></p> <p>1. Nr. 1 für die über drei Monate hinausgehende Zeit,</p>	
--	---	--

	2. Nr. 2 ab dem Tag der vertretungsweisen Übernahme der Dienstgeschäfte.	
<p>§ 9</p> <p>Inkrafttreten, Außerkrafttreten</p> <p>Diese Verordnung tritt am 1. März 2014 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember XXXX außer Kraft.</p>	<p>§ 9</p> <p>Inkrafttreten, Außerkrafttreten</p> <p>Diese Verordnung tritt am 1. März 2014 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2035 außer Kraft.</p>	<p>Die Geltungsdauer der Verordnung wird um 10 Jahre verlängert gem. Ziff. 2.1.3 b) des Leitfadens für das Vorschriften-Controlling.</p>

## Ehrensoldverordnung

<p><b>§ 1</b></p> <p><b>Anspruch auf Aufwandsentschädigung</b></p> <p>(1) Die Aufwandsentschädigung nach § 44 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung wird vom Beginn des Kalendermonats an gewährt, in dem die ehrenamtliche Bürgermeisterin oder der ehrenamtliche Bürgermeister ihr oder sein Amt antritt. Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung endet mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem die ehrenamtliche Bürgermeisterin oder der ehrenamtliche Bürgermeister aus ihrem oder seinem Amt ausscheidet. Die Aufwandsentschädigung ist monatlich im Voraus zu gewähren.</p> <p>(2) Die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung beträgt 2 500 Euro. Die Gemeindevertretung kann im Laufe der Amtszeit der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters in geheimer Abstimmung mit einer Mehrheit von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder beschließen, dass in besonderen Fällen die Aufwandsentschädigung für die restliche Dauer der Amtszeit um bis zu 50 Prozent erhöht wird. Der Anspruch auf die erhöhte Aufwandsentschädigung entsteht mit dem Beginn</p>	<p><b>§ 1</b></p> <p><b>Anspruch auf Aufwandsentschädigung</b></p> <p>(1) Die Aufwandsentschädigung nach § 44 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung wird vom Beginn des Kalendermonats an gewährt, in dem die ehrenamtliche Bürgermeisterin oder der ehrenamtliche Bürgermeister ihr oder sein Amt antritt. Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung endet mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem die ehrenamtliche Bürgermeisterin oder der ehrenamtliche Bürgermeister aus ihrem oder seinem Amt ausscheidet. Die Aufwandsentschädigung ist monatlich im Voraus zu gewähren.</p> <p>(2) Die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung <del>bestimmt sich nach der Anlage 1 zu dieser Verordnung. beträgt 2 500 Euro. Die Gemeindevertretung kann im Laufe der Amtszeit der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters in geheimer Abstimmung mit einer Mehrheit von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder beschließen, dass in besonderen Fällen die Aufwandsentschädigung für die restliche Dauer der Amtszeit um bis zu 50 Prozent erhöht wird. Der</del></p>	<p>Die Streichung des Abs. 2 Satz 2 und 3 und damit der Entscheidungsbefugnis der Gemeindevertretung zur Erhöhung des Entschädigungsbetrages um 50% dient der Erhöhung der Attraktivität des Ehrenamtes, da die Entschädigungshöhe zukünftig nicht mehr von dem Beschluss des Gremiums abhängt und damit für mögliche Kandidaten besser kalkulierbar ist.</p> <p>Die Höhe der Aufwandsentschädigung in Höhe von 3.950,- € gemäß Anlage 1 entspricht der bisherigen maximalen Höhe des Entschädigungsbetrages von 3.750 € und antizipiert zusätzlich bereits die Erhöhung der Beamtenbesoldung um 4,8% zum 1.2.2025 durch das Gesetz zur Anpassung der Besoldung (Drs. 21/519)</p> <p>Künftig ändert sich die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Bürgermeister ebenso wie die Aufwandsentschädigung der hauptamtlichen Bürgermeister in dem Maß, in dem sich die Grundgehälter der Beamtinnen und Beamten des Landes ändern.</p>
--	--	---

<p>des Kalendermonats, in dem der Beschluss gefasst wird.</p> <p>(3) War die ehrenamtliche Bürgermeisterin oder der ehrenamtliche Bürgermeister zuvor hauptamtliche kommunale Wahlbeamtin oder hauptamtlicher kommunaler Wahlbeamter und hat sie oder er aus diesem Hauptamt einen Versorgungsanspruch erworben, so darf die Aufwandsentschädigung abweichend von Abs. 2 den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ruhegehalt und der Besoldung, die einer hauptamtlichen Bürgermeisterin oder einem hauptamtlichen Bürgermeister in der Gemeinde nach § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Besoldung, Dienstaufwandsentschädigung und Reisekostenpauschale der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit vom 17. Februar 2014 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. April 2015 (GVBl. S. 190), zustünde, nicht übersteigen.</p>	<p><del>Anspruch auf die erhöhte Aufwandsentschädigung entsteht mit dem Beginn des Kalendermonats, in dem der Beschluss gefasst wird. Die Aufwandsentschädigung ändert sich in dem Maß, wie die Grundgehälter der Beamtinnen und Beamten des Landes allgemein erhöht oder vermindert werden.</del></p> <p>(3) War die ehrenamtliche Bürgermeisterin oder der ehrenamtliche Bürgermeister zuvor hauptamtliche kommunale Wahlbeamtin oder hauptamtlicher kommunaler Wahlbeamter und hat sie oder er aus diesem Hauptamt einen Versorgungsanspruch erworben, so darf die Aufwandsentschädigung abweichend von Abs. 2 den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ruhegehalt und der Besoldung, die einer hauptamtlichen Bürgermeisterin oder einem hauptamtlichen Bürgermeister in der Gemeinde nach § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Besoldung, Dienstaufwandsentschädigung und Reisekostenpauschale der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit vom 17. Februar 2014 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. April 2015 (GVBl. S. 190), zustünde, nicht übersteigen.</p>	
<p><b>§ 7</b> <b>Bisherige Ehrensoldempfänger</b></p> <p>(1) Für vor Inkrafttreten dieser Verordnung ausgeschiedene ehrenamtliche Bürgermeisterinnen sowie ehrenamtliche Bürgermeister und ehrenamtliche Kassenverwalterinnen sowie ehrenamtliche Kassenverwalter und deren Hinterbliebene, die am Tag vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung Anspruch auf Ehrensold nach den §§ 9 bis 12 des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung und den Ehrensold der ehrenamtlichen Bürgermeister</p>	<p><b>§ 7</b> <b>Bisherige Ehrensoldempfänger</b></p> <p>(1) Für vor Inkrafttreten dieser Verordnung ausgeschiedene ehrenamtliche Bürgermeisterinnen sowie ehrenamtliche Bürgermeister und ehrenamtliche Kassenverwalterinnen sowie ehrenamtliche Kassenverwalter und deren Hinterbliebene, die am Tag vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung Anspruch auf Ehrensold nach den §§ 9 bis 12 des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung und den Ehrensold der ehrenamtlichen Bürgermeister</p>	<p>Redaktionelle Anpassung an den neuen § 7a</p>

<p>und der ehrenamtlichen Kassenverwalter der Gemeinden hatten, gelten die §§ 9 bis 13 dieses Gesetzes fort.</p> <p>(2) Die Höhe der für den Ehrensold nach Abs. 1 maßgeblichen Aufwandsentschädigung bestimmt sich nach der Anlage zu diesem Gesetz. Die Aufwandsentschädigung ändert sich in dem Maß, wie die Grundgehälter der Beamtinnen und Beamten des Landes allgemein erhöht oder vermindert werden. Der für das Kommunalrecht zuständige Minister wird ermächtigt, die Sätze der Aufwandsentschädigungen, die sich aus Änderungen nach Satz 2 ergeben, im Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt zu machen.</p>	<p>und der ehrenamtlichen Kassenverwalter der Gemeinden hatten, gelten die §§ 9 bis 13 dieses Gesetzes fort.</p> <p>(2) Die Höhe der für den Ehrensold nach Abs. 1 maßgeblichen Aufwandsentschädigung bestimmt sich nach der Anlage <b>2</b> zu diesem Gesetz. Die Aufwandsentschädigung ändert sich in dem Maß, wie die Grundgehälter der Beamtinnen und Beamten des Landes allgemein erhöht oder vermindert werden. <del>Der für das Kommunalrecht zuständige Minister wird ermächtigt, die Sätze der Aufwandsentschädigungen, die sich aus Änderungen nach Satz 2 ergeben, im Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt zu machen.</del></p>	
<p><i>J.</i></p>	<p><b>§ 7a Ermächtigung</b></p> <p>Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, die Sätze der Aufwandsentschädigungen, die sich aus Änderungen nach § 1 Abs. 2 Satz 2 und § 7 Abs. 2 Satz 2 ergeben, im Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt zu machen.</p>	<p>Die Ermächtigung zur Bekanntmachung der veränderten Sätze der Aufwandsentschädigungen wird in einer Norm zusammengefasst</p>
<p><b>§ 8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten</b></p> <p>Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2017 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember XXXX außer Kraft.</p>	<p><b>§ 8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten</b></p> <p>Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2017 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember <b>2035</b> außer Kraft.</p>	<p>Die Geltungsdauer der Verordnung wird um 10 Jahre verlängert gem. Ziff. 2.1.3 b) des Leitfadens für das Vorschriften-Controlling.</p>

	<p>Anlage 1</p> <p>Tabelle der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und ehrenamtliche Bürgermeister nach § 1 Abs. 2 Satz 1</p> <table><tr><th>Größengruppen nach Einwohnerzahl</th><th>Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und ehrenamtliche Bürgermeister (monatlich) Euro</th></tr><tr><td>Bis 5 000</td><td>3 950,00</td></tr></table>	Größengruppen nach Einwohnerzahl	Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und ehrenamtliche Bürgermeister (monatlich) Euro	Bis 5 000	3 950,00	<p>Die Höhe der Aufwandsentschädigung in Höhe von 3.950,- € gemäß Anlage 1 entspricht der bisherigen maximalen Höhe des Entschädigungsbetrages von 3.750 € und antizipiert zusätzlich bereits die Erhöhung der Beamtenbesoldung um 4,8% zum 1.2.2025 durch das Gesetz zur Anpassung der Besoldung (Drs 21/519)</p>
Größengruppen nach Einwohnerzahl	Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und ehrenamtliche Bürgermeister (monatlich) Euro					
Bis 5 000	3 950,00					

#### Kommunale Dienstaufsichtsverordnung

<p>§ 3</p> <p>Dienstvorgesetzte und Dienstvorgesetzter, höhere Dienstvorgesetzte und höherer Dienstvorgesetzter</p> <p>(1) Die Aufgaben der Dienstvorgesetzten oder des Dienstvorgesetzten gegenüber den Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten werden, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, von der Aufsichtsbehörde wahrgenommen. Die Aufgaben der höheren Dienstvorgesetzten oder des höheren Dienstvorgesetzten gegenüber den Wahlbeamtin-</p>	<p>§ 3</p> <p>Dienstvorgesetzte und Dienstvorgesetzter, höhere Dienstvorgesetzte und höherer Dienstvorgesetzter</p> <p>(1) Die Aufgaben der Dienstvorgesetzten oder des Dienstvorgesetzten gegenüber den Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten werden, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, von der Aufsichtsbehörde wahrgenommen. Die Aufgaben der höheren Dienstvorgesetzten oder des höheren Dienstvorgesetzten gegenüber den Wahlbeamtin-</p>	<p>Über den Antrag auf Teilzeitbeschäftigung von Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten soll das Organ entscheiden, das von der Teilzeit unmittelbar betroffen ist. Nur der Magistrat, Gemeindevorstand oder Kreisausschuss kann letztlich beurteilen, ob die Aufgaben auch dann noch erfüllt werden können, wenn ein oder mehrere Mitglieder des Organs teilzeitbeschäftigt sind.</p>
---	---	--

<p>nen und Wahlbeamten werden, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, von der oberen Aufsichtsbehörde, wenn keine obere Aufsichtsbehörde vorhanden ist, von der Aufsichtsbehörde wahrgenommen.</p> <p>(2) Die Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten leisten den Dienst vor der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden der Vertretungskörperschaft.</p> <p>(3) Die Aufgaben der Dienstvorgesetzten oder des Dienstvorgesetzten nach § 68 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Beamtengesetzes werden von der Verwaltungsbehörde wahrgenommen. Für Beigeordnete ist in diesen Fällen die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte zuständig.</p> <p>(4) In den Fällen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Entgegennahme des Antrags auf Entlassung nach § 29 Abs. 1 des Hessischen Beamtengesetzes,</li> <li>2. der Feststellung der Dienstunfähigkeit nach § 36 Abs. 3 und 4 des Hessischen Beamtengesetzes,</li> <li>3. der Erteilung der Aussagegenehmigung nach § 37 Abs. 3 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 3 Abs. 6 des Hessischen Beamtengesetzes,</li> <li>4. der Erteilung eines Dienstzeugnisses nach § 59 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes,</li> <li>5. der Meldung und Untersuchung eines Dienstunfalls nach § 37 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes,</li> <li>6. der Anzeige von Nebentätigkeiten und der Abrechnung von Nebentätigkeitsvergütungen nach §§ 5, 6 der Nebentätigkeitsverordnung</li> </ol>	<p>nen und Wahlbeamten werden, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, von der oberen Aufsichtsbehörde, wenn keine obere Aufsichtsbehörde vorhanden ist, von der Aufsichtsbehörde wahrgenommen.</p> <p>(2) Die Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten leisten den Dienst vor der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden der Vertretungskörperschaft.</p> <p>(3) Die Aufgaben der Dienstvorgesetzten oder des Dienstvorgesetzten nach § 68 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Beamtengesetzes werden von der Verwaltungsbehörde wahrgenommen. Für Beigeordnete ist in diesen Fällen die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte zuständig.</p> <p>(4) In den Fällen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Entgegennahme des Antrags auf Entlassung nach § 29 Abs. 1 des Hessischen Beamtengesetzes,</li> <li>2. der Feststellung der Dienstunfähigkeit nach § 36 Abs. 3 und 4 des Hessischen Beamtengesetzes,</li> <li>3. der Erteilung der Aussagegenehmigung nach § 37 Abs. 3 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 3 Abs. 6 des Hessischen Beamtengesetzes,</li> <li>4. der Erteilung eines Dienstzeugnisses nach § 59 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes,</li> <li>5. der Entscheidung über den Antrag auf Teilzeitbeschäftigung nach §§ 62, 63, 64 a und 64 b des Hessischen Beamtengesetzes und § 8 Abs. 1 Satz 1 der Hessischen Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen und die Elternzeit für Beamtinnen und Beamte vom 8. Dezember 2011,</li> </ol>	<p>Die Auswirkungen einer Teilzeitbeschäftigung auf die Amtszeit nach § 40 HGO entsprechend derjenigen auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit, der Teilzeitfaktor ist folglich zu berücksichtigen.</p>
--	--	---

<p>werden die Aufgaben der Dienstvorgesetzten oder des Dienstvorgesetzten gegenüber den Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten von der Verwaltungsbehörde wahrgenommen.</p>	<p style="color: red;">zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2021 (GVBl. S. 718),</p> <p>6. der Meldung und Untersuchung eines Dienstunfalls nach § 37 des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes,</p> <p>7. der Anzeige von Nebentätigkeiten und der Abrechnung von Nebentätigkeitsvergütungen nach §§ 5, 6 der Nebentätigkeitsverordnung</p> <p>werden die Aufgaben der Dienstvorgesetzten oder des Dienstvorgesetzten gegenüber den Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten von der Verwaltungsbehörde wahrgenommen.</p>	
---	--	--